

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Protokoll der 11. Sitzung

Arbeitsgruppe
Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeits-
beteiligung und Transparenz unter Berück-
sichtigung der Erfahrungen aus Asse, Gorleben,
Schacht Konrad und Morsleben

Freitag, den 22. Mai 2015, 9:30 Uhr
Sitzungssaal E. 200
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
Berlin

Vorsitz:

- Ralf Meister
(Sitzungsleitung)
- Hartmut Gaßner

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 4**

Begrüßung

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 4**

Beschlussfassung über die Tagesordnung

Protokolle

Tagesordnungspunkt 3 **Seite 6**

Konsequenzen des Beteiligungskonzeptes;
Prüfung der personellen und finanziellen Machbarkeit

dazu:

- K-Drs. 107a (Entwurf DEMOS/Prognos)

Tagesordnungspunkt 4 **Seite 64**

Fortsetzung Erörterung StandAG

dazu:

- K-Drs. /AG1-30 neu
- K-Drs. /AG1-37

Tagesordnungspunkt 5 **Seite 74**

Verschiedenes

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Teilnehmer:

Ralf Meister (Vorsitz)

Hartmut Gaßner (Vorsitz)

Prof. Dr. Gerd Jäger

Erhard Ott

Jörg Sommer

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla

Prof. Dr. Bruno Thomauske

Abg. Eckhard Pols

Abg. Dr. Matthias Miersch

Abg. Sylvia Kotting-Uhl

Abg. Hubertus Zdebel

Für Klaus Brunsmeier: Thorben Becker

Für Min Garrelt Duin: Dr. Stefan Schielke

Gäste:

Mario Dürr (Bürgermeister von Neckarwestheim)

Andreas Fox

Michael Fuder

Hans Hagedorn (Firma DEMOS)

Lukas Haberland (Firma Prognos)

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Tagesordnungspunkt 1 **Begrüßung**

Vorsitzender Ralf Meister: Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie uns beginnen. - Einige nehmen noch Platz.

Ich begrüße Sie herzlich an diesem Morgen zu unserer 11. Sitzung der Arbeitsgruppe. Man kann ja manchmal in den Verdacht kommen, wenn Montag und Freitag Kommissionssitzungen sind, dass das Leben doch in einer gewissen Einschränkung durch die Arbeit bestimmt wird. Wir gehen fröhlich und zuversichtlich an diese Sitzung heran. Ich wünsche uns konzentrierte und hoffentlich auch möglichst erfolgreiche Abschlüsse in bestimmten Fragestellungen, die uns beschäftigen.

Ich begrüße zudem die Öffentlichkeit und freue mich, dass Sie da sind. Ich begrüße die Stenografen sowie die Herren Hagedorn und Haberland. Herr Haberland vertritt Frau Dirks, die die Teilnahme an dem heutigen Termin nicht einrichten konnte. Schön, dass Sie da sind; wir werden Sie brauchen.

Wir haben eine Reihe von Absagen. Wir hörten, dass durch den Bahnstreik Herr Grunwald später kommt. Wir haben die Absage aus Baden-Württemberg von Herrn Untersteller. Wir haben nicht ein Problem, aber eine Koordinierungsherausforderung, weil im Bundestagsplenum heute namentliche Abstimmungen vorgesehen sind. Sie sind, glaube ich, kurz nach zehn, sind aber vermutlich dann überschaubar hinsichtlich der dadurch bedingten Abwesenheit.

(Abg. Eckhard Pols: Nur eine! Das geht relativ schnell!)

Herr Zdebel wird etwas länger abwesend sein; er ist erst um 11:30 Uhr hier angemeldet.

Eine Tonaufzeichnung soll wie üblich laufen, wird also dann später auch im Internet eingelegt werden können.

Wir begrüßen Herrn Fox und Herrn Fuder; schön, dass Sie als Gäste dazu kommen.

Ich rufe nunmehr auf:

Tagesordnungspunkt 2 **Beschlussfassung über die Tagesordnung**

Vorsitzender Ralf Meister: Sie haben die Tagesordnung bekommen. - Ja, Herr Pols.

Abg. Eckhard Pols: Ich habe auf der Tagesordnung ein bisschen vermisst, dass wir noch einmal über den Bürgerdialog sprechen. Aber Herr Hagedorn ist ja Gott sei Dank da. Die Frage ist auch, unter welchem Tagesordnungspunkt wir darüber sprechen, ob unter Punkt 4 oder einem gesonderten Tagesordnungspunkt; denn so einige Dinge müssten noch besprochen werden, zum Beispiel: Gibt es mittlerweile einen Plan B? Wie ist es mit der Anzahl der Gäste; was machen wir, wenn wir über 200 sind? Sind wir in diesen 200 mit enthalten, ist die Presse in dieser Menge 200 mit drin? Das alles sind Punkte, die wir heute noch einmal besprechen sollten.

Vorsitzender Ralf Meister: Grüß Gott, Herr Thomauske. - Herr Hagedorn ist da, um genau diese Fragen zu beantworten. Lassen Sie mich eine kleine Spezifizierung vornehmen, nur sozusagen für die Dramaturgie im Tagesordnungspunkt 3, der eigentlich das Schwergewicht unserer heutigen Sitzung ist. Ich glaube, dass wir aus dieser Sitzung mit klaren, verbindlichen Entscheidungen herausgehen müssen. Das kann auch einmal eine Entscheidung über eine weitere Absprache sein, was dann vollzogen werden muss.

Aber wir haben die Herausforderung, dass wir uns über den Konzeptentwurf selbst, der ja in der Kommissionssitzung diskutabel war, so einigen müssen, dass wir in einem sehr überschaubaren Rahmen mit einem Konzeptentwurf alle gemeinsam hantieren können, nicht nur hier in der AG, mit der Begründung, das ist das Beteiligungskonzept. Dafür würden wir als Erstes unter dem Tagesordnungspunkt 3 einmal dieses Konzept in den Blöcken durchgehen und sagen, an welchen Stellen wir Konsens haben und an welchen wir keinen haben und was wir tun müssen, damit wir an letzteren den Konsens bekommen.

Wir würden uns in einem zweiten Abschnitt dann allerdings - das nimmt das auf, Herr Pols, was Sie sagen - noch einmal sehr genau über die ausgewählten Formate die Verfahren anschauen. Wir haben darüber eine Debatte geführt, und wir haben auch eine Beschlussfassung in der Kommission, dass wir eine Freigabe haben, in bestimmten Formaten eine Weiterentwicklung vorzunehmen. Dazu hat Herr Kudla auch noch einen Entwurf gemacht; Herr Hagedorn hat es aufgenommen und überarbeitet.

Das wäre der zweite Punkt, den wir uns genau anschauen. Auch da muss es am Ende verbindliche Absprachen geben.

Der dritte Punkt unter dem Tagesordnungspunkt 3 wäre dann: Was bedeutet das für die Vergabepraxis? Was von den Dingen können wir jetzt so zuschneiden, dass wir daraus eine Vergabe machen können, die auch in einem doch sehr überschaubaren Zeitfenster realisiert werden muss? - So ist für mich der Tagesordnungspunkt 3 gegliedert.

Sind Sie einverstanden, dass wir die Tagesordnung dann so, wie sie vorliegt, annehmen? - Danke schön. - Herr Fuder.

Michael Fuder: Ich habe eine Frage. Ich hatte ein Papier eingereicht; das müsste eigentlich angekommen sein. Das habe ich aber bisher nicht verteilt gefunden. Was ist damit passiert? Das würde genau zu diesem Tagesordnungspunkt zumindest eine Teilrelevanz haben.

Vorsitzender Hartmut Gabner: Herr Fuder, vielen Dank. Das Papier haben wir sozusagen unkommentiert erst einmal entgegengenommen. Das ist Anhang 2 oder Anhang 3 zu - - Nein, das ist nicht Anhang 3 zu 30d geworden, weil es zu spät gekommen ist. Dann ist es momentan noch in der Postmappe; da muss ich mich entschuldigen. Das ist noch nicht im Umlauf, und es ist noch nicht nachgereicht worden, weil dieser vorläufige Überblick für drei Sitzungen davon ausgegangen ist, dass wir es in der dritten Sitzung machen. Dann müssten Sie es freundlicherweise, soweit es für heute aus Ihrer Sicht relevant ist, noch einmal mündlich vortragen. Das ist jetzt versäumt worden, weil ich es quasi gedanklich in die dritte Sitzung gelegt habe. Sorry!

Michael Fuder: Alles okay, so machen wir es.

Vorsitzender Ralf Meister: Wir rufen auf: Protokolle.

Wir haben das Protokoll der 8. Sitzung immer noch nicht vorliegen. Es liegt nur als Entwurf vor. Frau Gäbler, die in der vergangenen und in dieser Woche krank ist, wird es dann so erarbeiten müssen, dass wir es zur Verfügung haben.

Aber uns liegen die Protokollentwürfe für 9a und 9b vor. Sie sind kommentiert worden, so von Herrn Jäger; ich glaube, Herr Hagedorn hatte auch eine Kommentierung. In den Kommentierungen geht es nicht um irgendeine Veränderung im Inhalt, sondern um die Ergänzung eines „auch“ und in dieser Kategorisierung, sodass nach den Rückmeldungen, die wir empfangen haben, die

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Protokolle damit, weil wir ja auch eine Frist haben, sanktioniert sind, sodass wir diese beiden Protokolle so beschließen, dass sie dann sozusagen ins Internet gestellt werden können.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 3 **Konkretisierung des Beteiligungskonzepts; Prüfung der personellen und finanziellen Machbarkeit**

Vorsitzender Ralf Meister: K-Drs. 107a (Entwurf DEMOS/Prognos).

Wir haben am Montag den Konzeptentwurf für die Beteiligung der Öffentlichkeit ausführlich diskutiert, und ich bin selbst - das haben Sie ja in einem Beitrag auch gehört - dadurch, dass ich am 12. Mai in der Diskussion dieses Konzeptentwurfes nicht dabei gewesen bin, immer mit einem Jetlag in der Debatte gewesen und hatte eigentlich die Vermutung, dass das, was vorliegt, schon aus einem breiten Konsens entstanden ist. Einwendungen von Herrn Kudla, von Herrn Ott und auch anderen zeigten an, dass es dort noch mehr Bedarf gibt, es sozusagen fein zu tunen und abschließend so zu diskutieren, dass es von allen gleichermaßen mitgetragen werden kann.

Mein Vorschlag wäre, dass wir es ganz pragmatisch unter den einzelnen Oberpunkten durchgehen und sehen, ob wir ein Einvernehmen herstellen können oder nicht herstellen können. Wenn dieses Einvernehmen nicht hergestellt wird, wäre meine Bitte, dass das nicht breit diskutiert wird, sondern so präzise zugespitzt wird, dass es für mögliche Veränderungen handhabbar ist. - Sind Sie einverstanden?

Sie haben das Konzept, das wir jetzt am Montag vorgelegt haben, das 46 Seiten hat, vor sich liegen. Ich rufe es auf, und zwar im ersten Schritt den gesamten ersten Punkt „Ziele und Leitlinien

der Öffentlichkeitsbeteiligung“. Frage in die Runde: Ist dieser Punkt noch notwendigerweise zu diskutieren im Blick auf Veränderungen? - Ich sehe das nicht. - Herr Jäger.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ich habe einen Punkt angesichts der Diskussion, die wir im Vorfeld zu dem Thema Beteiligungsbereitschaft geführt haben. Zweiter Absatz:

Es geht dabei um eine Bürgerbeteiligung von neuer Qualität. So muss eine belastbare Beteiligungsbereitschaft ausreichend vieler Menschen eine wesentliche Grundlage des Entscheidungsprozesses ...

Aus dem Text müsste klar werden, dass das nicht mit der Definition der Beteiligungsbereitschaft identisch ist, die vom AkEnd als Voraussetzung für die Realisierung eines Endlagers in einer Region formuliert worden ist.

Das liegt einfach an der gleichen Wortwahl. Ich würde das hier so interpretieren; aber ich sehe dann doch die Gefahr, dass das missinterpretiert wird.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich würde dem zustimmen wollen und schlage vor, dass wir „Bereitschaft zur Mitwirkung“ schreiben.

(Prof. Dr. Gerd Jäger: Ja!)

Beteiligungsbereitschaft ist ein Synonym für Vetorecht, und diese Assoziation soll hier nicht aufgelöst werden; deshalb machen wir „Bereitschaft zur Mitwirkung“.

(Hans Hagedorn: Okay!)

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Vorsitzender Ralf Meister: Wir würden die Veränderungen, die jetzt so eingebracht werden, direkt redaktionell verbindlich schon festlegen. - Herr Kudla.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Eine kleine Sache, auch wenn es an sich nur eine redaktionelle Sache ist. Aber das ist ja ein Papier, das ja auch weitere Verbreitung erlangt.

Auf Seite 2 in der fünftletzten Zeile heißt es:

... eine Debatte zum Thema der atomaren Lagerung anzustoßen, ...

Das ist an sich Umgangssprache. „Eine Debatte zum Thema Endlagerung radioaktiver Abfallstoffe“, das ist die korrekte Ausdrucksweise. Vielleicht kann man das noch ändern.

Vorsitzender Ralf Meister: Einverständnis? - Nicht. - Herr Sommer.

Jörg Sommer: Gegenrede! Das ist etwas anderes! Das eine bezieht sich ... (akustisch unverständlich)

Die Endlagersituation ist eine Sache. Aber wir haben auch in der letzten Gesamtkommissionssitzung - das weiß ich noch - auf Initiative unter anderem des BUND-Vertreters auch die Thematik der sonstigen Lager hier bei uns angesprochen, und deswegen würde ich sie durch einen solchen vermeintlich redaktionellen Eingriff nicht ausschließen wollen.

Das ist gut so, wie es da steht; es ist in der Tat ein bisschen breiter gefasst. Das ist aber Absicht, dass es weiter gefasst ist.

(Widerspruch der Abg. Sylvia Kotting-Uhl)

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Dann schreiben Sie „Lagerung radioaktiver Abfallstoffe“; aber „atomare Lagerung“, das gibt es nicht.

Vorsitzender Ralf Meister: Der Vorschlag ist akzeptiert. - Herr Kudla, herzlichen Dank. Das wird so aufgenommen. Danke schön.

Ich ergänze noch einmal: Rein redaktionelle Dinge - - Entschuldigen Sie, Herr Hagedorn, in dem Manuskript finden sich einige Rechtschreibfehler. Es sind auch sprachästhetische Fragen - - Wenn man einen Satz mit „einerseits“ beginnt, erzwingt dies in der deutschen Sprache das „Andererseits“. Solche Dinge bringen wir hier nicht ein.

(Abg. Dr. Matthias Miersch: Dazu hatte ich etwas vorbereitet!)

- Ich kenne Sie ja, Herr Miersch. Danke schön!

(Heiterkeit)

Dann kommen wir zum Punkt 2: „Warum zu welchen Themen wen beteiligen?“ - Anmerkungen zu diesem Punkt? - Herr Jäger.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Erstens spricht auf Seite 10 der Punkt 6 wenig selbst; deswegen wäre meine Anregung, dass wir versuchen, diesen „Umgang mit bisherigen Festlegungen“ noch etwas zu konkretisieren, wohl wissend, dass es im Standortauswahlgesetz auch nicht präzisiert ist. Aber es ist sicherlich für viele, die darauf aufbauend jetzt Folgeschritte machen, sehr schwierig, sich darunter etwas vorstellen zu können.

Zweitens auf derselben Seite der letzte Absatz:

Im Sinne eine „atmenden Gliederung“ wird die Kommission diese Liste voraussichtlich spezifizieren.

Ich meine, es würde besser heißen, „noch ergänzen und modifizieren“.

Vorsitzender Ralf Meister: Ja.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Wir werden wahrscheinlich nicht nur innerhalb dieser Punkte bleiben können, sondern es wird - so war die Diskussion beim letzten Mal - wahrscheinlich auch darüber hinausgehen.

Vorsitzender Ralf Meister: Danke schön. - Ich fange bei dem Letzten an: Gibt es bei der Frage der Art der Untergliederung mit „noch ergänzen und modifizieren“ irgendwie Debattenbedarf? - Das ist nicht der Fall.

Haben Sie konkret einen Vorschlag für den ersten Passus, den Sie einbrachten?

Prof. Dr. Gerd Jäger: Nein, habe ich noch nicht; kann ich aber gerne nachliefern.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Becker.

Thorben Becker: Da würde ich es aber, gerade wenn dieser zweite Absatz da dann steht, dass das ergänzt und modifiziert werden soll, so lassen, weil dies ja die Gesetzesformulierung aufnimmt. Insofern ist das jetzt das, von dem wir ausgehen, und das wird dann im weiteren Prozess konkretisiert werden. Meines Erachtens macht es keinen Sinn, jetzt eine Formulierung zu suchen, die noch nicht diesem Konkretisierungsprozess folgt und auch nicht im Gesetz steht.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Fox.

Andreas Fox: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Erst einmal nur eine Verfahrensfrage: Gehen wir jetzt die einzelnen Punkte doch für sich separat durch, 2.1, 2.2, 2.3 usw.? Dann sollten wir hier auch über die letzte Kommissi-

onssitzung sprechen, als ja die ganze differenzierte Aufgliederung auch etwas infrage gestellt wurde, sowohl, was die Themen angeht, als auch, was die Methoden angeht, die Teilnehmenden, und gefragt wurde, ob denn die finanziellen Ressourcen und personellen Ressourcen letztlich dafür ausreichen, ein Programm in dieser Form hier aufzubauen.

Ich denke, dass es dann auch sinnvoll ist, auch die Themen als solche in diese Richtung noch einmal zu überprüfen und dann möglicherweise dazu zu kommen, sie im weiteren Verlauf in Bezug auf die Veranstaltung stärker zusammenzufassen.

Vorsitzender Ralf Meister: Das ist eine sehr weitgehende Zwischenfrage. Zum Ersten: Über den Punkt 3., „Wie beteiligen“, Beteiligungsformate - werden wir noch einmal einen eigenständigen Gesprächsgang haben, weil wir diesen Punkt nachher ja auch in die Vergabefrage überführen müssen.

Bei der Themensetzung würde ich nach wie vor dabei bleiben, dass wir das, was jetzt mit den Punkten 2.2.1 bis 2.2.6 vorliegt - die Seite, die wir aufgeschlagen haben -, insgesamt also so nehmen, wie es da vorgelegt ist, es sei denn, es gäbe jetzt konkrete Veränderungen. Ich würde nicht die Debatte an dieser Stelle eröffnen.

Andreas Fox: Dann hätte ich zum Punkt 2.3, „Zielgruppen“, einen Hinweis. In der letzten Arbeitssitzung wurde an und für sich Einvernehmen darüber hergestellt, dass die kritische Öffentlichkeit und die engagierte Öffentlichkeit letztlich unter einem Punkt subsumiert werden. Insofern wundert es mich sehr, dass es hier in einem neuen Dokument doch wieder in getrennter Form erscheint. Meines Erachtens wäre es auch hier machbar, die beiden Punkte letztlich zusammenzuführen und dann tatsächlich genauer darüber nachzudenken, wie man alle interessierten

und alle betroffenen gesellschaftlichen Gruppen hier in diesem Verfahren zusammenbringt.

Vorsitzender Ralf Meister: Das nehmen wir gleich auf. Das ist jetzt spezifisch an einem Punkt.

Ich würde gern noch einmal auf den Aspekt zurückschalten, den wir in der Debatte Jäger/Becker eben hatten. Das war die Frage: Bleibt „Umgang mit bisherigen Festlegungen“, wenn unter der „atmenden Gliederung“ von „ergänzen und modifizieren“ gesprochen wird? - Herr Jäger.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Angesichts der Diskussion ziehe ich meinen Beitrag zurück. Lassen wir es so, wie es jetzt ist.

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank. - Jetzt kommen wir zum Vorschlag von Herrn Fox, die Differenzierung zwischen kritischer Öffentlichkeit und engagierter Öffentlichkeit auf den Seiten 14 und 15 aufzugeben.- Herr Kudla.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Ich hatte ja vorgeschlagen, an sich beide Begriffe entfallen zu lassen, weil sie auch etwas wertend sind, und werten wollen wir hier an sich nicht. Wen ordnen wir dann da entsprechend darunter?

Ich würde das etwas neutraler formulieren: breite Öffentlichkeit. Wir werden sowieso zu allen Veranstaltungen voraussichtlich auch alle einladen - wir werden ja niemanden ausschließen können -, und anhand des Verteilers der Einladungen werden wir dann vielleicht gezielt Schwerpunkte setzen. Aber ich weiß nicht, ob wir eine Wertung in kritische oder engagierte Öffentlichkeit vornehmen sollten. Ich würde es eher entfallen lassen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Also, Herr Kudla, wir diskutieren diese Fragestellung tatsächlich

jetzt seit November/Dezember, und es gab den Hinweis von Herrn Thomauske, der sagte, kritische Öffentlichkeit ist insoweit missverständlich, als dass er erwarte, dass alle Menschen, die sich mit einem solchen Thema beschäftigen, kritisch sind. Dieses inhaltliche und Sprachspiel haben wir mitgenommen.

Es geht jetzt aus meiner Sicht schon darum, dass wir uns nicht nur über Adjektive unterhalten, sondern fragen: Gibt es unterschiedliche Gruppen? Dann können wir den unterschiedlichen Gruppen auch wiederum meinetwegen unterschiedliche Adjektive geben. Wir sollten uns aber nicht über die Adjektive unterhalten.

Es gibt einmal Menschen, die möglicherweise an diesem Prozess hier gar nicht mehr teilnehmen oder die in diesen Prozess in einer Weise einbezogen werden sollten, dass der Vorschlag von DEMOS/Prognos ist, ihnen anzubieten, ihre Position vielleicht in Form eines Dokumentarfilms in die Debatte einzubringen. Denjenigen Menschen, die man in Form eines Dokumentarfilms ansprechen möchte, sollte man einen Namen geben. Das ist eigentlich das, was Herr Hagedorn und Frau Dirks jetzt aufgegriffen haben.

Das andere ist die Definition, die hier steht, dass man davon ausgeht, dass eine breite Öffentlichkeit nicht bereit und in der Lage ist, sich an einem Format zu beteiligen, das eine höhere Intensität an Befassung ausmacht. Auch dafür kann jetzt jeder ein Adjektiv einsetzen. Das sollte heißen, dass ich entweder - das war einmal ursprünglich gedacht - an fünf, sechs Tagen an Workshops teilnehme oder dass ich - so lautet jetzt der Vorschlag - an einer Fachkonferenz teilnehme und anschließend mich an den Computer setze und über einen Zeitraum von vier Wochen noch eine Arbeit mit einbringe.

Also, ich verbinde jetzt unsystematisch das Format und eine Zielgruppenbestimmung und würde bitten, dass wir aber jetzt nicht künstlich

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

trennen. Vielmehr sagen wir: Wir haben bestimmte Vorstellungen von Formaten, und die Angesprochenen sind nicht die Gleichen. Dann brauchen wir uns jetzt nicht über die Adjektive zu unterhalten, kommen dann aber irgendwie hilfsweise zu Adjektiven zurück. Dann würde ich sagen: Die einen engagieren sich und sind kritisch, und die anderen sind kritisch und engagieren sich; denn wir wollen ja gerade, dass sie bei dem Dokumentarfilm mitmachen.

Also, helfen Sie mir jetzt, aus dem Sprachspiel herauszukommen, dass wir im Grunde genommen ein gemeinsames Verständnis entwickeln, dass jedenfalls nicht jeder von jedem Format angesprochen sein soll. Dann verlören wir die Spezifik.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Sommer.

Jörg Sommer: So sehr ich als Schriftsteller gerne für jede semantische Diskussion zu haben bin, glaube ich, wir müssen versuchen, das relativ entspannt zu sehen. Ich sehe es natürlich genauso; Sie haben völlig recht, wenn Sie sagen, kritisch - - Ich gehe davon aus, dass auch die Fachöffentlichkeit nicht unkritisch der ganzen Sache gegenübersteht, völlig klar.

Aber vorweg noch einmal: Engagierte Öffentlichkeit, kritische Öffentlichkeit sind im Übrigen zwei Begrifflichkeiten, die in der Bürgerbeteiligung einen gewissen Standard haben; dazu kann vielleicht auch Herr Hagedorn noch etwas sagen. Deswegen sind sie hier so hineingekommen.

Wir sollten es aus einem einzigen Grund differenzieren: Was hier unter „Kritische Öffentlichkeit“ steht, ist der Teil der Öffentlichkeit, der bislang dem gesamten Verfahren kritisch gegenübersteht - also nicht unbedingt der Atomenergie, sondern dem Verfahren - und nicht beteiligungsgewillt ist, aus Gründen, die jeder für sich bewerten muss. Diese Gruppe müssen wir lokalisieren

und ihr ein Angebot machen. Deshalb brauchen wir die Differenzierung, mit welchem Adjektiv auch immer.

Vorsitzender Ralf Meister: Tragen Sie die Zustimmung zu dem Fortfahren in der Differenzierung, wie sie vorliegt, in der großen Majorität mit? - Ja.

Weitere Anfragen zu 2.? - Herr Thomauske.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Sowohl zu diesem als auch zu einem anderen Punkt: Ich glaube, ich habe jetzt verstanden, was unter Workspace gemeint ist, und zwar nach Ihrer Aussage eben, dass man sich im Nachgang noch an den Computer setzen und etwas machen kann. Aus dem Text heraus habe ich nicht verstanden, was der Unterschied zwischen Workshop und Workspace ist, weil natürlich beides irgendwo in einem Raum stattfindet, sodass ich an dieser Stelle gewisse Schwierigkeiten hatte, das auseinanderzuhalten. Jetzt ist mir das klar geworden.

Trotzdem wäre es auch zu der Fragestellung kritische Öffentlichkeit/engagierte Öffentlichkeit oder zu diesen Begrifflichkeiten nicht schlecht, wenn am Ende irgendwo eine Definition stünde. Ich denke auch, dass wir uns schwertun würden, eine Bevölkerungsgruppe als unkritisch zu bezeichnen. Insofern würde ich einmal sehen wollen, was das Komplementäre zu der kritischen Öffentlichkeit ist und wen wir in diesem Komplement zuordnen.

Vorsitzender Ralf Meister: Der Hinweis ist an dieser Stelle - vielleicht gibt das ja schon ausreichend Möglichkeiten, den Konsens zu finden -, dass es noch eine Erklärung zu einer, so kann man sagen, doch relativ differenzierten Segmentierung geben sollte.

Sorry, mir würde dabei helfen, wenn es einen Hinweis auf ein Stück Literatur gäbe. Es gibt

reichlich Literatur zu der Frage der Spezifizierung von Öffentlichkeiten. Aber man kann das sehen, wie man will: An dieser Stelle sollte es eine Fußnote oder zwei, drei Fußnoten geben, die das noch einmal erklären, aber dann sollte es so bleiben, wie es ist.

Ich will noch einmal dafür plädieren, wie es dort steht. Wir finden unter jeder Überschrift Erklärungen, warum. Wenn man eine kritische Öffentlichkeit aufführt, die man ja nicht allgemein pauschal benennt, sondern die wir, wie Herr Sommer sagt, benennen - ich sage es zugespitzt -, weil wir uns selbst auch nicht in der Lage sehen, im Falle eines Kommunikationsabbruchs diese Kommunikation wiederherzustellen, dann symbolisieren wir in dieser Thematik ein Thema, das in Zukunft auch in der Standortsuche immer wieder eine Rolle spielt und das wir benennen: Das ist das Wie. Dass wir an einer bestimmten Facette sogar bisher ratlos sind, das sollte schon auch auftauchen. - Herr Ott.

Erhard Ott: Ich kann das nachvollziehen und würde bei dieser Differenzierung durchaus bleiben, weil das in der Tat unterschiedliche Personengruppen und Initiativen sind, über die wir da reden.

Aber ich würde noch eine Anmerkung machen, nicht unbedingt, was die Definitionen angeht, sondern ein Hinweis für diejenigen, die für bestimmte Veranstaltungen gezielt angesprochen werden. Das sind für mich auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die beispielsweise in Zwischenlagern oder Endlagern arbeiten, und deren Vertreter. Das kommt eigentlich hier gar nicht weiter vor; das kann nur bei der Fachöffentlichkeit, der engagierten Öffentlichkeit oder der regionale Öffentlichkeit unter unterschiedlichen Aspekten eine Rolle spielen. Aber wir sollten auch diese Erfahrungen mit einbeziehen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ja, Herr Ott, ich glaube, diese Differenzierung hat schon in der

Kommissionssitzung gute Wirkung gezeigt. Wir sollten das tatsächlich mit aufnehmen. Da gibt es meines Erachtens keinen Widerspruch.

Ich würde gern noch das ergänzen, was Herr Meister im Übrigen gesagt hat, ob wir nicht damit leben könnten, dass man die zwei Definitionen für engagierte Öffentlichkeit und für kritische Öffentlichkeit, die sich jeweils mit zwei Sätzen hier finden, gedanklich dann auch zur Fußnote machen könnte. Vielleicht können wir aber auf die Fußnote verzichten und es im Text lassen, weil wir eben einfach auch eine Definition gefunden haben: Die einen haben ein bestimmtes Vorwissen und sind bereit, sich länger zu beteiligen; die anderen stehen dem Prozess kritisch gegenüber und wollen sich von der Kommission nicht vereinnahmen lassen.

Also, wir haben eigene Definitionen geschaffen, die über die Adjektive hinausgehen. Ich glaube, in diesem Sinne sollten wir jetzt einfach eine Marke Eigenbau akzeptieren. Wir haben im Text auch noch einmal von sogenannter kritischer Öffentlichkeit gesprochen. Also, wenn wir jetzt nicht auf der Adjektivebene bleiben, sondern die drei Sätze dazu lesen, dann ist das eine relativ konsistente Definition für etwas, wovon wir wissen, dass wir es im Grunde genommen dann nur für eine Zuordnung von Formaten brauchen, die jetzt wiederum die Einladungspolitik nicht abschließend vorbestimmt.

Aber am Beispiel des Dokumentarfilms habe ich gesagt: Da wäre es nicht so sinnig, wenn man sich da in erster Linie an den VDI wendete, dem ich bestimmte Elemente der engagierten Öffentlichkeit zusprechen würde, während ich sie für den Dokumentarfilm nicht gewinnen wollte.

Also, lassen Sie uns doch mit der wiederum ausführlichen Debatte vielleicht dann doch zu dem Ergebnis kommen: Damit können wir jetzt als Arbeitstitel auch leben, weil wir selber die Begriffe in einer bestimmten Weise definiert haben, die

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

gerade nicht den Anspruch erhebt, eine wissenschaftliche Definition zu sein. Es ist eine pragmatische Definition für unsere Zwecke.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Fox.

Andreas Fox: Ich möchte noch eine Anmerkung machen. Wenn wir hier die kritische Öffentlichkeit in dieser Form umreißen, sie aber dann letztlich mit der Teilnahme an der Abschlussveranstaltung und dem Dokumentarfilm, der von Dritten gemacht wird - in ihm können sie sich zwar äußern; aber das war es dann auch -, von der Kommission auf diese Art abgespeist wird, diese sogenannte kritische Öffentlichkeit, dann, denke ich, ist das direkt konträr zu dem, was hier einleitend auch im Leitbild für die Arbeit der Kommission angestrebt wird, nämlich, dass man eine Aussöhnung will oder dass man zumindest eine Verständigung erreichen will, ein Aufeinander-zu-Gehen. Das sehe ich dann hier nicht mehr.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Fox, da bin ich in diesem Sinne jetzt ganz bei Ihnen; nur bekommen wir die verschiedenen Schritte jetzt nicht auf einmal hin.

Ich hatte, wenn ich daran erinnern darf, das letzte Mal die etwas ironische Formulierung verwendet: Ob diejenigen, die wir hier adressieren, sich filmen lassen wollen - im doppelten Wortsinne -, wissen wir natürlich nicht. Das heißt wiederum, die Fragestellung, ob das gewählte Format hinreichend ist, können wir jetzt mit der Frage, ob wir eine Ansprache dieser Gruppe wollen, nicht abschließend erledigen. Auf jeden Fall muss aus meiner Sicht eine spezifische Ansprache dieser Gruppe versucht werden.

Wir sind eben jetzt auch in der Eile, und ich weiß nicht, ob wir aus der Eile heute herauskommen. Wenn wir aus der Eile noch einmal herauskommen, könnten wir natürlich überlegen, ob wir in

der Auswertung des 20. Juni darauf zurückkommen. Mit dieser Fragestellung wäre das interessant.

Wir haben das letzte Mal ja auch gesagt: Wir drehen ja nicht einen Film und fragen dann, ob jemand mitmacht, sondern wir werden erst einmal fragen: Ist das eine Plattform, die geeignet wäre, in einer bestimmten Distanz zur Kommission Position zu beziehen, um ein Stück weit freie Gestaltung mit denjenigen, die den Film machen, zu betreiben, damit für eine Positionierung letztendlich filmisch zu werben, die sich selber daran messen muss, ob sie denn in ihrer filmischen Darstellung dann auch eine Diskussionsbasis bietet? Oder sagen die Kolleginnen und Kollegen, das interessiert uns nicht, das ist für uns Spielerei? Da gucke ich dann Herrn Hagedorn an, weil wir ja gesagt haben, wir holen auch Fachleute dazu.

Ich habe aber auf jeden Fall ein bestimmtes Grundverständnis, das ich sage: Wir haben uns das letzte Mal darauf verständigt, dass wir den Versuch einmal unternehmen sollten. Erschöpfend wird es mit Sicherheit nicht sein. Aber wir bräuchten die Ansprachemöglichkeit, und dazu müssen wir die Gruppe irgendwie bestimmen. Ihr jetzt nur den Platz zuzuweisen, sie dürfte bei einer Fachkonferenz mitmachen, das wäre noch weniger, als ein Format auszurichten und möglicherweise das Falsche zu finden.

Vorsitzender Ralf Meister: Bevor Herr Becker und Herr Jäger das Wort nehmen: Herr Fox, wären Sie einverstanden - wir haben vorhin ja von der Fußnote gesprochen; wir haben den Text ja schon -, dass Sie jetzt noch einmal einen Textbaustein, einen Satz entwerfen, der dann unter der kritischen Öffentlichkeit Aufnahme fände, sodass sozusagen Ihr Anliegen, was ja auch auf Verständnis stößt, doch noch einmal aufgenommen wird, mit einem Satz, den Sie einfügen? Den können wir dann ja später wieder einspielen, wenn Sie ihn haben. Okay?

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Andreas Fox: Okay.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Becker und dann Herr Jäger.

Thorben Becker: Noch kurz zu dem Punkt Regionale Öffentlichkeit, der mir relativ wichtig ist. Da sind wir beim letzten Mal, glaube ich, ja durchaus einen Schritt nach vorne gekommen. Jetzt liest sich das auf der Seite 14 und dann später bei 3.2.2 noch etwas anders.

Ich denke, wir sollten uns jetzt hier darauf verständigen und es präzisieren. Mein Vorschlag wäre - ich glaube, wir haben uns beim letzten Mal darauf verständigt -, dass die Kommission das Ziel verfolgt, alle Regionen, die im Moment von Atommülllagerung betroffen sind - das meint dann selbstverständlich auch die Arbeiter in den Zwischenlagern -, und darüber hinaus als regionale Öffentlichkeit auch die potenziell von Atommülllagerung betroffenen Regionen anzusprechen, aber ohne dass die Kommission dafür eine Definition macht, wer denn davon betroffen ist oder nicht. Das hat Herr Hagedorn dann Selbstselektion genannt.

Ich meine also, dass wir diese zwei Schritte machen. Für den ersten, ganz klar, muss auch keine Selbstselektion stattfinden; vielmehr können sie ganz direkt angesprochen werden, weil man ja weiß, wer das ist, und dann folgt dieser zweite Schritt. Aber dazu ist wichtig, dass man auch klar sagt: Wir wollen, dass sie sozusagen über diese Teilöffentlichkeit und über die Formate angesprochen werden, aber wir können im Moment wissenschaftlich begründet nicht sagen, wer es denn ist.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Becker, Vorschläge werden nur angenommen, wenn sie direkt redaktionell schon Ergebnisse zeigen. Also, wir erwarten sie dann. - Oder haben Sie sie sofort?

Thorben Becker: Es ist sicherlich besser, wenn ich es dann gleich schriftlich mache.

Vorsitzender Ralf Meister: Sie haben mich verstanden. Das war nicht ganz ernst gemeint. Aber trotzdem, wir müssen an dieser Stelle ja doch nachher einen Haken machen, wie wir weiter vorgehen und dass Sie das vorschlagen. - Herr Jäger.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Zunächst lassen Sie mich einmal zum Ausdruck bringen, dass ich es sehr begrüße, dass wir jetzt diese Segmente im Einzelnen besprechen und gerade das Thema Zielgruppen jetzt hoffentlich gemeinsam mit einer klaren Definition finalisieren können, damit wir alle genau verstehen, welche Zielgruppen wir haben.

Das scheint mir auch vor dem Hintergrund des Grunwald-Papiers besonders wichtig zu sein. Dort ist ja auch sehr deutlich ausgeführt, dass es eine saubere Differenzierung zwischen Zielgruppen auf der einen Seite mit Blick auf das Verfahren - Legitimation durch Verfahren - und auf der anderen Seite standortbezogen geben muss. Das scheint mir sehr wichtig zu sein, und das werden wir auch mit den Definitionen greifen, die wir jetzt hier haben.

Ich habe noch eine Anregung über die hinaus, die Herr Ott schon gegeben hat, Betriebsräte, Mitarbeiter. Vielleicht kann man das sogar noch allgemeiner formulieren. Das sind ja letztendlich die Beteiligten in der nuklearen Industrie; sie sind ja wichtige Teilnehmer, wobei ich schon das Verständnis hätte: Betriebsräte und Mitarbeiter müssen da inkludiert sein - das sollte in den Text hineinkommen -; denn auf sie muss man ja setzen, um das Ganze umzusetzen. - Das ist die eine Ergänzung.

Das Zweite: Beim letzten Mal hatten Sie, Herr Hagedorn, eine Ergänzung der Zielgruppen ge-

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

nannt, die leider jetzt verloren gegangen ist, nämlich die Journalisten/Medienvertreter. Ich würde sehr dafür werben, dass wir sie als eine Zielgruppe mit aufnehmen; denn sie können uns entscheidend helfen oder auch Probleme machen. Besser wäre es, wenn wir auf ihre Unterstützung setzen. Das bedeutet aber auch: Man muss sie dann relativ früh informieren.

Der zweite Punkt ist mehr ein strukturell-systematischer. Wenn ich mir den Bericht noch einmal insgesamt anschau, ist er schön gegliedert und es ist gut, dass wir uns jetzt über die Themen verständigt haben. Dann werden in dem Kapitel 2.2 unter 2.2.1 Themen wieder aufgegriffen. Leider werden dort dann Hinweise auf Themen gegeben, die erst später im Bericht adressiert werden, nämlich Zielgruppen und Formate.

Ich hielte es für viel konsequenter, wenn wir sagen: Wenn wir die einzelnen Themen noch einmal aufgreifen, dann sollten wir die Fokussierung dieser Themen hier nennen. Sie greifen wir nachher in der Tabelle auf Seite 19 auf. Damit hätten wir sauber getrennt zum einen die Themen, zum anderen die Zielgruppen. Die Fokussierung dient noch der Konkretisierung der Themen - da ist noch ein wenig in der Tabelle zu korrigieren -, und dann kommen wir auf die Formate und verbinden das zunächst einmal in einer Übersicht in der Tabelle und später im Detail.

Also, konkreter Vorschlag, jetzt in 2.2 statt bei 2.2.1., „Unverzügliche Endlagerung oder weitere Zwischenlagerung“, zum Beispiel auf Formate einzugehen - wir sprechen hier nicht nur Formate an, sondern auch Zielgruppen - und hier dann die Fokussierung aufzuführen. Dann kommen wir unter 2.3 zu den Zielgruppen, so wie jetzt diskutiert und ergänzt, dann sprechen wir über die Phasen, und dann gibt es einen Überblick, wie das am Ende miteinander verbunden wird und im Detail später dann ausgeführt wird.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Jäger, entschuldigen Sie, das hatten Sie in der letzten Sitzung schon gesagt - ich mache heute ein bisschen den Bad Boy -; ich verstehe es nicht. Ich verstehe ein bestimmtes naturwissenschaftliches Vorgehen, dass das, was auf Seite 19 in der Tabelle ist, vorher abgeleitet werden soll. Aber warum wir jetzt für das Thema „Fokus“ einen eigenen Abschnitt brauchen, das leuchtet mir jetzt wirklich nicht ein.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Darf ich dazu direkt etwas sagen? - Weil das in der Tabelle wie Kraut und Rüben durcheinander geht. Das passt hinten und vorne nicht, und das zeigt, dass wir uns damit noch einmal intensiv auseinandersetzen müssen, damit das wirklich am Ende auch sitzt.

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen:

Wie ist eine Standortsuche im gesellschaftlichen Konsens möglich?

Das ist nicht der Fokus zu dem Thema „Unverzügliche Endlagerung oder weitere Zwischenlagerung“.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Okay.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Die Fokusthemen, die hier genannt sind, die passen einfach nicht zu den Themen. Das ist für mich ein Hinweis, dass ganz offensichtlich hier noch ein Diskussions- oder Informationsdefizit besteht. Das könnte man auflösen, wenn man es vorher systematisch abgearbeitet hat.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Okay, habe ich verstanden. - Dann bitte ich Herrn Hagedorn - das wäre jetzt eine Anregung, Herr Jäger -, dass er das dann vielleicht unter 2.2 noch einmal zu den sechs Ziffern schreibt, was der Fokus ist; damit brauchen wir da keinen eigenen Abschnitt. Dann wird sich diese Ungereimtheit, die ich jetzt mit

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Ihnen auch erkenne, auch ergeben; denn es muss natürlich der Fokus eins zu sechs harmonieren.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Hagedorn.

Hans Hagedorn: Zu den Themen und der Struktur: Einerseits haben Sie natürlich recht, Themen und Formate wurden in der Kürze der Zeit parallel entwickelt. Von daher sind sie nicht exakt aufeinander abgeleitet. Aber ich wage sowieso zu bezweifeln, ob man eine solche hundertprozentige Exaktheit jemals hinkriegen würde. Wenn ich jetzt hingehen sollte und die Themen noch einmal genau definitorisch auflistete, vermute ich, dass wir noch eine Sitzung brauchten, in der wir sozusagen noch einen Zirkelschluss machen, um das noch einmal zu korrigieren, weil es einfach auch Unstimmigkeiten gibt, die ich aus meiner neutralen Perspektive nicht auflösen kann, sondern die einfach im Raum, in der Kommission verankert sind, und es ist auch gut so, dass sie da sind, weil genau dies die Debatte ist.

In einem ursprünglichen Format hatten wir ja auch irgendwie in diesem Kapitel 2 die Themen noch einmal sehr viel genauer spezifiziert. Das haben wir in der Überarbeitung absichtlich herausgenommen, damit wir eine etwas konsistentere Form bei den Formaten hinbekommen; denn dort, wo man die Formate beschreibt, ist es dann auch viel einfacher, die Themen zuzuspitzen.

Meines Erachtens wäre es jetzt eine sehr akademische Übung, die viel Zeit sowohl von unserer Seite, aber vor allem bei Ihnen erforderte, jetzt noch einmal genau die Themen abzuleiten und dann sozusagen wiederum die Formate abzuleiten. Das schaffen wir wahrscheinlich im nächsten halben Jahr, und dann können wir im Dezember ungefähr die Ausschreibung machen. Also, ich plädiere stark dafür, dass wir die Themen so roh lassen und dann wirklich in den Formaten ganz konkret sagen, was da besprochen werden soll.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Gaßner noch einmal.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich würde gerne beides zusammen bekommen, Ihre Anmerkungen und die von Herrn Jäger, weil es sich im Ergebnis wahrscheinlich so auflösen wird, dass wir nur bei ein bis zwei Themen diese Disharmonie spüren. Diese Disharmonie werden wir wieder erleben unter 3.2.1, 3.2.2 und 3.2.3, wo Sie das Thema und dann unter dem Balken den Fokus definiert haben. Von daher würde ich jetzt sagen, wir schieben das einen Moment auf, bis wir zu diesen Sachen kommen.

Ich wiederhole: Unter 3.2.3 steht „Fachveranstaltung und Workspace ...“, dann steht „Themen der Kommission“, „Entscheidungsgrundlagen, Fehlerkorrektur“, dann kommt „Fokus für die Öffentlichkeit“, und dann kommt dieses Anführungszeichen. Wenn wir es bitte an diesen Stellen noch einmal definieren, dann wird es in die Tabelle auf Seite 19 rückübertragen werden.

Damit haben wir es ein bisschen konkreter, an welcher Stelle wir zu diskutieren haben. Dann wird zum Beispiel der Fokus Öffentlichkeitsbeteiligung bei Öffentlichkeitsbeteiligung nicht aufstoßen, und der Fokus, ob es Alternativen gibt, bei Entscheidungsgrundlagen nicht aufstoßen. Dann kommen wir wahrscheinlich zu den ein, zwei Punkten, die Herr Jäger meinte, und die erledigen wir dann damit.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Jäger, damit einverstanden? - Herr Sommer.

Jörg Sommer: Ich schlage auch vor, dass wir diesen Teil der Themen etwas entspannter angehen, weil gelungene Bürgerbeteiligung vor allem von zwei Faktoren abhängt, von den Zielgruppen und von den richtigen Formaten für die Zielgruppen. Themen werden auch hineingetragen werden. Es

ist richtig, dass wir mit Vorstellungen hineingehen; aber diese Themendebatte ist meines Erachtens diejenige, die wir am wenigsten scharf führen müssen. Wir müssen uns mit den Zielgruppen und den passenden Formaten intensiv beschäftigen.

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank. - Ich frage weiter noch einmal zurück zu den Zielgruppen: Sind Sie einverstanden, Herr Ott, wenn wir die Frage der Beschäftigten in den regionalen Öffentlichkeiten aufnehmen, oder braucht es einen eigenen Punkt?

Erhard Ott: Ich würde schon zu einem eigenen Punkt raten.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Ott, ich finde es grundsätzlich von der Akzeptanz, die dieser Gedanke auch innerhalb der Kommission gefunden hat, richtig, dass wir sie jetzt quasi zu einer eigenen Zielgruppe machen. Unter dem Gesichtspunkt der anderen Maßgaben, die wir jetzt dann haben, also Umfänglichkeit in Bezug auf Budget, in Bezug auf Beteiligung usw. würde ich eher Herrn Hagedorn bitten, uns vielleicht noch einmal einen Vorschlag zu machen, wie man sie sinnvollerweise mit einbeziehen könnte, weil ich jetzt nicht die Diskussion eröffnen möchte, indem ich sage, ich möchte die nicht beteiligt sehen; vielmehr habe ich eine große Schwierigkeit.

Vielleicht könnte man beispielsweise einen speziellen Workshop innerhalb der nächsten Veranstaltung für die Zielgruppe der breiten Öffentlichkeit machen, oder man kann natürlich dafür werben, dass die Stakeholder, die für die Regionalgruppen gesucht werden, auch Beschäftigte sind. Ich hatte nur mit Herrn Meister gerade geflüstert, weil wir die Frage der Einladung klären wollten.

Das würde ich Herrn Hagedorn bitten, das auch noch einmal mit aufzunehmen; ich weiß nicht,

ob es aufgenommen ist: Die Einladungen für die regionalen Sachen sollen nicht an Landräte, sondern von Landräten und nicht an Bürgergruppen, sondern von Bürgergruppen kommen, und da können wir jetzt schlecht sagen, und im Übrigen habt ihr aber Beschäftigte zu benennen. Das ist ein bisschen so die Crux.

Wenn das gemacht würde, hätten wir es deckungsgleich. Aber wir können nicht hier von Berlin aus sagen, wer die zwei, drei Vertreter für den Standort Krümmel sind, die für eine Veranstaltung von Regionalvertretern vorgesehen werden.

Also, langer Rede kurzer Sinn: Können wir es noch einen Moment verwalten? Ich würde gern so eine Schiebeverfügung machen, dass ich sage: Da muss was gemacht werden, aber wir müssen noch einmal überlegen, wo wir es am besten mit einpassen, damit wir jetzt nicht zu breit werden; denn wenn wir jetzt ein eigenes Format für die Beschäftigten auflegen, dann kriegen wir relativ bald auch noch andere Gruppen, für die wir eigene Formate brauchen. Auf jeden Fall soll es mit meinem Beitrag nicht weggeschoben werden, sondern quasi im Zentrum bleiben: Wo können wir es wirklich gut mit andocken?

Vorsitzender Ralf Meister: Ergebnis: Es wird auf jeden Fall auftauchen; zu diesem Zeitpunkt, momentan, wissen wir noch nicht, an welcher Stelle. Für dieses Auf-jeden-Fall-Auftauchen gibt es hier einen Konsens.

Erhard Ott: Nur einen Hinweis in diesem Zusammenhang: Wir diskutieren das mit betroffenen Kolleginnen und Kollegen derzeit auch und planen da auch für den Herbst eine Veranstaltung, wo genau die Frage eine Rolle spielen wird, welches Interesse Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Kernkraftwerken wie auch in den Zwischen- oder Endlagern an einem zügigen Zustandekommen eines Endlagers für hoch radioaktive Abfälle haben.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Jäger.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Nur noch ein kurzer Hinweis: Mein Verständnis war, Herr Hagedorn - korrigieren Sie mich, wenn ich das falsch gesehen habe -, dass Zielgruppe nicht automatisch bedeutet, dass diese Zielgruppe ein eigenes Format haben muss, sondern dass man durchaus verschiedene Zielgruppen mit einem Format bedienen kann. So sehe ich eine gewisse Nähe zwischen der Fachöffentlichkeit und den Beschäftigten in der Nuklearindustrie, wenn ich es jetzt einmal weit fasse, sodass man das miteinander verbinden kann.

(Hans Hagedorn nickt)

Mir scheint aber im Sinne der Transparenz sehr wichtig zu sein, dass deutlich wird, um welche Gruppen wir uns besonders bemühen, das heißt, welche wir als besonders relevant im Sinne unseres Beteiligungskonzeptes ansehen. Da scheint mir dann ein expliziter Ausweis schon sinnvoll.

Vorsitzender Ralf Meister: Das spräche dafür, dass es tatsächlich unter regionaler Öffentlichkeit auftauchen könnte, sage ich einmal; da würde es hineinpassen.

Ich nehme noch einmal den Fokus oder die Zielgruppe Journalisten/Medien, die Sie genannt hatten. Meines Erachtens würde es an dieser Stelle reichen, wenn sie ganz am Ende noch ohne Angabe von Formaten auftauchen, also bei „Weitere Zielgruppe und weitere Formate“ oder davor oder danach, und zwar eher in einem klaren Satz, dass die Arbeitsgruppe oder dass das Konzept der Beteiligung davon ausgeht, dass es eine professionelle Begleitung von ... gibt, und dann tauchen sie auf.

Was wir hier wollen, ist nicht, den einzelnen Journalisten anzusprechen, sondern dass wir im Bereich der Journalisten eine professionelle Form

der Kommunikation dieser Arbeit haben; aber ich würde es vermeiden, daraus sozusagen auch noch eine eigene Kategorie zu machen. - Herr Sommer und dann Herr Jäger.

Jörg Sommer: Ja, ganz kurz. - Herr Jäger, ich bin völlig bei Ihnen, wenn wir sagen, wir müssen schauen, wie wir mit Journalisten in den Prozessen umgehen und dies auch definieren. Aber Journalisten sind natürlich per definitionem keine Zielgruppe von Bürgerbeteiligung. Ein Journalist, der etwas auf seine eigene Ethik hält, sieht sich nicht als Beteiligter in einem Beteiligungsprozess, sondern als Berichterstatter, als kritischer Begleiter. Das ist etwas anderes, und da sollten wir auch nicht den Fehler machen, den Journalisten so gegenüberzutreten. Ich weiß, dass Sie das auch nicht vorhaben. Deshalb würde ich wirklich für den Meister-Vorschlag plädieren: Transparenz und Kommunikation sowie die Möglichkeit für Journalisten, den Prozess so zu begleiten, wie sie es für richtig halten, sind uns wichtig.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ja, dem kann ich uneingeschränkt folgen. Wir sollten uns dann in der Folge bei der Ausgestaltung Gedanken machen, bei welchen Veranstaltungen wir beispielsweise dann doch gezielt Journalisten mit einbeziehen. Ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, dass das Format 3.2.4, der Workshop mit Beteiligungspraktikern und jungen Erwachsenen, ein dafür sehr geeignetes Format ist. Aber das können wir ja später noch festlegen.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Darf ich dazu etwas sagen?

Vorsitzender Ralf Meister: Ja, bitte.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Also, ich hatte diesen Punkt in der Tat etwas anders verstanden, unter dem Aspekt, Hinweise zu bekommen. Ich weiß es nicht; ich glaube, es waren Sie, Herr

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Meister, der in der letzten Sitzung das Thema angesprochen hat, wie brav wir denn tatsächlich sein sollen.

Das ist ja auch ein Punkt der Fragestellung: Wie kommen Dinge in Medien an? Wie sind sie für Medien vermittelbar? Insofern war der Aspekt - so hatte ich ihn bislang verstanden - gewissermaßen die Rückkopplung aus der Medienlandschaft: So, wie ihr das betreibt, erreicht ihr die Öffentlichkeit möglicherweise nie. Was müsstet ihr gegebenenfalls tun, damit ihr sie erreicht? Insofern hatte ich dieses als eine Zielgruppe verstanden, die etwas beitragen kann, an dieser Stelle unseren Prozess in dieser Richtung effizienter zu gestalten.

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank. Ich habe das gar nicht im Widerspruch zu dem verstanden, was Herr Sommer und Herr Jäger sagten, sondern noch einmal als eine Bestärkung, sie nicht als Zielgruppe zu definieren; aber gemäß ihrer Bedeutung müssten sie durchaus an dieser Stelle unter diesem Gesichtspunkt auftauchen. - Herr Sommer.

Jörg Sommer: Eine ganz kurze Ergänzung noch, weil ich es in anderen Beteiligungsprozessen beobachte: Einen Punkt müssen wir allerdings als Merkpunkt für uns setzen. Wir müssen sehr früh sehr deutlich kommunizieren, welches Format tatsächlich medienoffen ist und welches nicht. Da gibt es manchmal ganz schlimme Verwerfungen, weil sich Journalisten als Berichterstatter beteiligen wollen und dann so nonchalant am Rande erfahren, ihr seid jetzt nicht erwünscht. Das löst natürlich unter Umständen dann wieder einen Konflikt aus, den man nicht unbedingt braucht. Im Übrigen gibt es durchaus Formate, Herr Jäger, bei denen man an eines denken muss, fällt mir gerade auf: Wenn man Jugendliche an einem Format beteiligt, weiß ich zum Beispiel nicht, ob es so geschickt ist, einen Journalisten mit drin sitzen zu haben. Das ist zum Beispiel et-

was, was wir einfach einmal reflektieren müssten. Also, wir sollten als Merkpunkt nehmen, dass wir dann, wenn wir über die einzelnen Formate sprechen, klären: Sind sie medienoffen, sind sie es nicht, oder ist es eine Mischung aus beiden?

Vorsitzender Ralf Meister: Okay, einverstanden. - Wir begrüßen den Kommissionsvorsitzenden Herrn Müller in dieser Runde. Schön, dass Sie teilnehmen!

Mit den Einschränkungen möglicher Umstellungen, die im Dialog Jäger/Gäßner auftauchten, ein, zwei hinzugefügten Sätzen von Herrn Fox, wäre 2. hier so sanktioniert, es sei denn, Herr Kudla hat noch einen besseren Vorschlag.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Ich habe noch eine Frage zum logischen Aufbau. Es werden unter 2.2.1, 2.2.2 usw. die Themen genannt. Dann kommen darunter die vorgeschlagen Formate. Bei den vorgeschlagen Formaten gibt es einige, bei denen themenübergreifend etwas behandelt wird; das sind die Formate 3.2.1, „Bürgerdialog Standortsuche“, 3.2.6 und 3.2.7; sie tauchen also bei jedem Thema auf. Ist das richtig so? Aber beim Punkt 2.2.3, Fehlerkorrektur, taucht das Format 3.2.1 nicht auf. Hat das irgendeinen Sinn, oder ist das da nur vergessen worden?

Hans Hagedorn: Das erklärt sich einfach daraus, dass das bei den sieben Fokusgruppen einfach nicht auftaucht, und deshalb ist es da auch absichtlich nicht genannt.

Vorsitzender Ralf Meister: Das ergibt sich aus der Logik der bisherigen Diskussion, die wir an diesem Punkt geführt haben, muss man sagen. - Herr Ott.

Erhard Ott: Auf Seite 16 macht es der letzte Satz unter der Überschrift „Oberste Landesbehörden

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

und kommunale Spitzenverbände“ eigentlich beliebig, ob sie sich überhaupt in Beteiligungsangebote einbringen. Das ist mir einfach zu schwach. Es steht ihnen frei, in welche Beteiligungsangebote sie sich einbringen; aber dass sie sich einbringen sollten, sollte schon etwas schärfer formuliert werden, zumal wir in der Diskussion in der letzten Kommissionssitzung ja gehört haben, dass sie mit den kommunalen Spitzenverbände jetzt beispielsweise einen Vertreter benennen sollen, der dann mitarbeitet.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Gaßner beantwortet das.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Ott, es ist so: Die obersten Landesbehörden und kommunalen Spitzenverbände haben in das Papier der AG 1 Eingang gefunden, weil das Papier der AG 1 auch aus einer juristischen Analyse des Standortauswahlgesetzes erwachsen ist. Es war in erster Linie daran gedacht gewesen, dass es nicht vergessen wird.

Jetzt hat der Kommissionsvorsitz mittlerweile die Initiative ergriffen und die kommunalen Spitzenverbände angeschrieben, sodass jetzt der formale Teil erst einmal abgedeckt ist, der sich aus dem Standortauswahlgesetz ergibt. Jetzt steht es uns frei, zu sehen, ob und inwieweit man die mit einlädt und inwieweit sie sich mit einklinken. Aber ich würde dem jetzt im Rahmen des Beteiligungskonzeptes nicht viel mehr Nachdruck verleihen wollen, sondern da ist es in dem Sinne okay, weil die offizielle Ansprache lautet, dass wir sie beteiligen sollen. Da ist mehr der planerische Gedanke, dass ein Standortauswahlverfahren natürlich etwas mit Raumbedeutsamkeit zu tun hat. Der einschlägige Satz dazu lautet:

Die jeweils zuständigen obersten Landesbehörden und die kommunalen Spitzenverbände sind bei

der Erarbeitung der Entscheidungsgrundlagen nach § 4 Absatz 2 Nummer 2 zu beteiligen.

§ 4 Absatz 2 Nummer 2 wiederum betrifft die AG 3, verkürzt ausgedrückt. Es war dann daran gedacht, dass das nicht vergessen wird, und so ist es auch ins Konzept aufgenommen worden. Es gibt einen förmlichen Auftrag aus dem Gesetz, das ist eine Beteiligung an den Aufgabenstellungen, die die AG 3 abdeckt. Aber dass wir sie darüber hinaus jetzt durch unser Format richtig zwingen oder ihnen Drive geben, das muss aus deren Impuls kommen.

Vorsitzender Ralf Meister: Das war die historische Genese, warum sie so auftauchen, und nicht mehr. Meines Erachtens war das schon Konsens. - Herr Fuder.

Michael Fuder: Ja, zum Thema Zielgruppen - ich glaube, das ist der richtige Aufhänger -: Ich habe ja gesagt, dass ich eine kurze Vorlage erstellt hatte, die ich am Sonntag geschickt habe. Ich finde es schade, dass sie noch nicht verteilt worden ist. Sie hat mindestens eine Teilrelevanz für das, was wir hier gerade diskutieren. Das hatte ich beim letzten Mal auch schon angekündigt. Ich versuche jetzt einmal, es mündlich in aller Kürze zu sagen, worum es mir geht. Wie wir damit umgehen, wäre dann noch die nächsten Fragestellung.

Ich habe das Papier betitelt: „Wie kann der im Standortauswahlgesetz definierte dialogorientierte Prozess zwischen staatlichen Stellen einerseits und zivilgesellschaftlichen Akteuren andererseits gelingen?“ Das ist ja Kern der ganzen Geschichte. Nicht zuletzt der Asse-2-Begleitprozess zeigt, dass ein dialogorientierter Prozess zwischen Staat und Zivilgesellschaft notwendig, aber auch unendlich schwierig ist. Deshalb ist es sinnvoll, die grundsätzlichen Erfahrungen aus diesem Prozess bei der Planung der Öffentlichkeitsbeteiligung als Form einer gemeinwohlorientierten

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Begleitung im Rahmen der Umsetzung des Standortauswahlgesetzes zu nutzen und wesentliche Erkenntnisse auch in den Bericht der Kommission einfließen zu lassen.

Ich habe dann in dem Papier die Vorgaben zur Öffentlichkeitsbeteiligung laut Standortauswahlgesetz noch einmal kurz zusammengeschrieben, wo sich genau dieser Dialogcharakter manifestiert. Im nächsten Schritt habe ich grundlegende Bedingungen für den Erfolg eines solchen dialogorientierten Prozesses definiert und auch typische prozessuale Konfliktfelder dargestellt, wie sie sich jetzt aus der Erfahrung ergeben.

In diesem Sinne - Thema Zielgruppen - fehlen aus meiner Sicht schon im Gesetz die Behörden, die letztlich während der Standortauswahl mit den Vertretern von Öffentlichkeit, wie auch immer sie gestrickt sind, kooperieren müssen. Dieser Prozess muss vorbereitet sein, sonst wird exakt das passieren, was wir zum Beispiel im Asse-2-Begleitprozess haben, wie es übrigens auch das BfS in seinem Schreiben zum Ausdruck bringt, das Ihrem Papier, Herr Gaßner, als Anlage beigelegt ist: Wenn ganz bestimmte Regularien, Rollendefinitionen, Entscheidungsprozesse usw. nicht im Vorfeld geklärt sind, dann wird einen das später im Prozess einholen.

Wie das aussehen kann, das muss aus meiner Sicht genau während der Phase bearbeitet, vorbereitet und in gewisser Weise definiert werden, über die wir jetzt hier in diesem Konzept von Prognos sprechen.

Ich habe in diesem Sinne am Schluss drei Vorschläge gemacht. Erstens: dass es in Bezug auf Zielgruppen, aber auch konkrete Aktivitäten ergänzt wird. Zweitens: dass das, was dabei herauskommt, selbstverständlich in den Bericht der Kommission aufgenommen wird. Auch den dritten Vorschlag will ich noch ausdrücklich benennen: In den Bericht der Kommission wird die

Empfehlung aufgenommen, langfristige Organisations- und Personalentwicklungsmaßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, um in den beteiligten staatlichen Institutionen die Bereitschaft und die Fähigkeiten für einen erfolgreichen Beteiligungsprozess zu fördern. Ob dies mit einer Empfehlung zur Gesetzesänderung verbunden sein muss, sollte später überlegt werden.

Sie merken, das ist so ein bisschen quer, das bringt, wie ich denke, noch einen völlig neuen Aspekt hinein, den ich hier aber schon vorgetragen habe. Es stellt sich die Frage, wie wir damit umgehen. Vermutlich werden wir das heute nicht mehr inhaltlich vertiefen. Für mich stellt sich eher die Frage, Herr Gaßner, Sie haben es für den 22. Juli, oder wann das ist, als Thema vorgesehen. Dazu soll wohl auch das BfS auftauchen. Vielleicht ist es besser, dass dann intensiv zu machen, aber ausdrücklich jetzt schon zu sagen, was dabei herauskommen wird, muss in dieses Konzept letztlich noch irgendwie Eingang finden können.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Gaßner und dann Herr Fox.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Fuder, ich möchte mich noch einmal entschuldigen, dass das jetzt nicht weitergeleitet wurde. Ich habe es tatsächlich relativ übergreifend gesehen. Das hing natürlich auch - jetzt noch einmal so als Fußnote - damit zusammen: Sonntag, Montag Sitzung, Dienstag Sitzung. Sie haben ja auch keinen Vorwurf formuliert; ich sage es nur noch einmal. Tatsächlich habe ich es dann gedanklich zugeordnet und gedacht, es wäre schon verteilt; das habe ich auch schon gesagt.

Ich würde vorschlagen, dass wir auf jeden Fall Herrn Hagedorn bitten, dass er Genehmigungs- und Zulassungsbehörden unter Fachöffentlichkeit mit aufnimmt, weil wir natürlich, wenn wir bei den Formaten auch Fachveranstaltungen mit

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Workspace oder eine Workshop-Reihe mit Beteiligungspraktikern haben, auf jeden Fall beispielsweise auch BfS-Erfahrungen als Beteiligungspraktiker mit aufnehmen könnten,

(Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ja!)

sodass wir da also nicht nur in dem Sinne dann Praktiker aus dem Feld der Moderatoren und so etwas nehmen, sondern auch solche, die solche Prozesse strukturieren.

Deshalb würde ich Sie bitten, weil der Gedanke von Herrn Fuder wirklich schon länger hier im Raum ist und wir ihn noch nicht zugeordnet haben, dass wir sie als einen Teil der Fachöffentlichkeit ausdrücklich mit aufnehmen. Das wären dann Genehmigungs- und Zulassungsbehörden der Länder, also nur beispielhaft BfS, BGR usw., und dann hätten wir diesen Baustein auf jeden Fall als Teil der Fachöffentlichkeit.

Ein weiterer Aspekt wäre vielleicht, dass wir den obersten Landesbehörden und kommunalen Spitzenverbände doch auch ein, zwei der Formate zuordnen, also in Dopplung. Dann haben wir den Herrn Ott noch mehr darin. Wir können die obersten Landesbehörden beispielsweise auch zu der Workshop-Reihe mit Beteiligungspraktikern hinzudenken.

Wie das Konzept im Einzelnen aussieht, wird ja dann noch einmal entwickelt. Ich will dem jetzt nicht vorgreifen; aber man kann das ja beispielhaft an die Hand geben. Ich nehme zum Beispiel die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in Stuttgart, Frau Erler, die in diesem Sinne eine große Breite von Beteiligungsformaten entwickelt. Genauso könnte ich mir denken - das ist ein Gedanke, der dann in dem Diskussionsbeitrag von Frau Kotting-Uhl kommt, wie eine Anhörung aussehen könnte -, dass es momentan

sehr intensive Erfahrungen der Bundesnetzagentur mit der Trassensuche für Überlandleitungen gibt. Auch das sind Beteiligungspraktiker.

Also, wir sollten bei dem Begriff Beteiligungspraktiker nicht zu eng werden. So könnten wir dann auch den Anliegen von Herrn Ott gerecht werden und würden die obersten Landesbehörden hier nicht so in der Luft hängen lassen, sondern ihnen auch ein, zwei Formate zuordnen.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Fox.

Andreas Fox: Das kann man sicherlich auch auf den Punkt bringen, dass das ganze Instrumentarium der atomrechtlichen Planfeststellung hier aus diesem Prozess erst einmal ausgespart ist. Darauf sollte man doch und wird die Kommission sicherlich viel stärker rekurren müssen; denn letztlich geht es auch darum, welche Einspruchsrechte nachher von den Bürgern eingefordert werden.

Ich möchte folgenden Satz hier nachtragend zu dem Punkt mit der kritischen Öffentlichkeit vorschlagen, und zwar dann als Ergänzung -

Vorsitzender Ralf Meister: Ja.

Andreas Fox: - vor dem jetzigen letzten Satz, wo steht „Bislang wird vorgeschlagen, ...“, sodass dort die Kommission ergänzt:

Generell ist die kritische Öffentlichkeit eingeladen, ihre Kompetenzen zu allen Veranstaltungen einzubringen.

Ich denke, das ist auch im Sinne des Vorschlages von Herrn Kudla.

Vorsitzender Ralf Meister: Das findet sofort eine breite Zustimmung. Herzlichen Dank, Herr Fox, für diesen Vorschlag.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Mit der Aufnahme der Möglichkeit für die obersten Landesbehörden und kommunalen Spitzenverbände, die Herr Gaßner vorgeschlagen hat, noch einmal ein anderes Format vorzubereiten, ist der gesamte Punkt 2 damit Konsens? - Klammer auf: Das Gespräch vorhin, mit Umstellung und so, ist impliziert.

Dann kommen wir zum Punkt 3, „Wie beteiligen?“. Da werden wir zu einigen Punkten sehr verbindlich sein müssen. Zu einem, zu 3.1, sind wir es schon. Aber vor allen Dingen geht es um die Punkte unter 3.2.

Deswegen sei jetzt erst einmal der Punkt 3.1 aufgerufen. Gibt es zu der Seite 17 irgendwelche Rückfragen? - Herr Jäger.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ja, zum vorletzten Absatz. Da geht es um den Termin. Wir gehen nicht davon aus, dass wir zum 31. Dezember 2015 fertig sind, wissen aber auch nicht, ob es bis 2016 so ist. Das ist also sehr offen formuliert.

Können wir uns nicht darauf verständigen, dass wir eine gewisse Arbeitshypothese haben? Herr Gaßner, das war ja auch in Ihrem ursprünglichen Papier einmal aufgefächert, und wir haben jedenfalls nach meinem Verständnis bisher eine Arbeitshypothese verfolgt, die lautet, bis Ende des Jahres den Bericht zu haben, dann den Berichtsentwurf, der sicherlich dann noch nicht den letzten Feinschliff haben muss, ein halbes Jahr intensiver Beteiligung zu unterziehen und Mitte nächsten Jahres fertig zu sein. Das war sozusagen die Arbeitshypothese. Frage: Können wir die nicht jetzt hier so konkret hineinschreiben? Also, ich würde sie hier so hineinschreiben.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Aha.

Vorsitzender Ralf Meister: Ja, gut, Herr Gaßner.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich habe da jetzt Herrn Hagedorn als Mediator verstanden, weil sich natürlich in dem Papier, das Herr Meister und ich vorgelegt haben, beides findet. Er hat jetzt letztendlich die etwas offenere Formulierung gewählt und gleichzeitig Phrasen genauso kopiert.

Es ist jetzt eine Geschmacksfrage, ob die Kommission jetzt durch eine solche Überlegung, die Sie jetzt einbringen, aus Sicht der AG 1 dann doch in einem Satz etwas zum Ausdruck bringt, was eben einfach noch nicht Konsens ist, Herr Jäger. Es ist einfach so, und von daher ist das, sage ich einmal so, die politisch etwas offenere Formulierung. Wenn andere jetzt diese Diskussion noch einmal wieder führen wollen - - Es wäre jedenfalls jetzt eine wertende Festlegung.

Man könnte es natürlich gerade deshalb hineinschreiben. Vielleicht machen wir es so. - Wenn Sie freundlicherweise an den Satz, der jetzt hier steht, „... nicht entscheidungsreif ...“, anfügen:

Deshalb gehen wir vorläufig von der Arbeitshypothese aus, dass Mitte ...

(Prof. Dr. Gerd Jäger: Sehr gut, sehr gut!)

Das ist das, was bislang immer die Sprachregelung war.

(Zuruf: Deshalb vorläufig!)

Vorsitzender Ralf Meister: Das findet Zustimmung. - Herr Hagedorn.

Hans Hagedorn: Die einzige Frage, die vielleicht jetzt irgendwie missverständlich ist: Sie hatten gesagt, bis Ende dieses Jahres ist der Bericht fertig, und dann kommt die Beteiligung? Das Konzept sieht ja eigentlich genau den umgekehrten Weg vor.

Vorsitzender Ralf Meister: Das war ein Missverständnis.

Hans Hagedorn: Okay.

(Prof. Dr. Gerd Jäger: Viel Beteiligung bis dahin, aber dann noch einmal!)

Vorsitzender Ralf Meister: Wir folgen jetzt den Punkten 3.2, und da bitte ich dann zum Beispiel Herrn Kudla, an bestimmten Punkten auch zu intervenieren - wir alle sind beteiligt -, weil Sie ja eine Vorlage gemacht haben. Herr Hagedorn hat auch eine Vorlage vorbereitet, die noch einmal an den Punkten 3.2.2 folgende entlang geht. Oder haben Sie 3.2.1 auch mit drin?

Hans Hagedorn: Genau, alle Punkte unter 3.2.1 und dann die jeweiligen Formate.

Vorsitzender Ralf Meister: Bis 3.2.7.

Hans Hagedorn: Wenn wir da vielleicht ... (akustisch unverständlich)

Vorsitzender Ralf Meister: Moment! - Genau; das würden wir dann gleich noch einmal aufrufen.

Jetzt aber zu Grundfrage: Nach der Irritation in der Kommissionssitzung würde ich das deshalb hier ruhig noch einmal fragen. Dem Grundaufbau von „Wie beteiligen?“, dass wir jetzt die Formate aufrufen, dass sie spezifiziert werden, dass sie in ein Zeittableau eingeordnet werden und dass es da im Anschluss auch optionale Variationen gibt, folgen alle, die wir hier sitzen? - Danke. Das steht so im Protokoll.

Dann würden wir jetzt vorgehen an den Punkt 3.2 und die Dinge aufrufen. Sind Sie einverstanden, dass Herr Hagedorn an der Folie jetzt weiter arbeitet, oder sollen wir die aufrufen, und Herr Hagedorn spielt dann zu? - Mir erscheint es sinnvoller, tatsächlich an dem, wie es vorliegt,

das jetzt anzuschauen, wie Herr Hagedorn das gemacht hat, und wir intervenieren dann. - Einverstanden; danke schön.

Hans Hagedorn: Es wäre gut, wenn einmal das Gerät eingeschaltet wird, weil wir diese Folien eigentlich gar nicht als fertige Vorlage, sondern als Arbeitsgrundlage vorbereitet haben, sodass wir Ihre Zwischenergebnisse direkt dort einarbeiten können und wir das alles verfolgen können, ob das richtig protokolliert ist.

(Der Monitor wird heruntergelassen)

Hans Hagedorn: Ich sehe gerade, dass von dieser Seite der Monitor gerade defekt ist. Von daher wäre es vielleicht für das Publikum gut, wenn sie sich rechts und links verteilen, damit sie es auch mitkriegen können.

Sehen Sie es schon auf der anderen Seite? Ich sehe es hier noch nicht; aber der Monitor auf dieser Seite ist defekt.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Das ist jetzt gut! Wir sehen es, und Sie kommentieren es.

Hans Hagedorn: Ich habe hier zuerst noch einmal den Zeitablauf in Übersicht dargestellt. Die einzelnen Balken symbolisieren die einzelnen sieben primären Formate, auf die sich ja vorläufig geeinigt wurde.

Sie sehen vom Zeitablauf, wie eng es getaktet ist. Wenn wir also jetzt am 20. Juni den Bürgerdialog haben, dann muss parallel halt die Auftragsvergabe für die einzelnen weiteren Formate vorbereitet werden, sodass dann Ende Juli die entsprechenden Firmen auch ihre Aufträge vorliegen haben und sich auf die Formate vorbereiten können, die dann ab 1. September starten können.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Die einzelnen Formate haben jeweils Zeitpunkte, wo besonders etwas geschieht, also eine Veranstaltung stattfindet oder online etwas passiert, und darum herum sind jeweils Phasen, während derer eingeladen wird, in denen in dem Online-Workspace weitergearbeitet wird. Dementsprechend würden halt die Workshop-Reihe mit Regionen und die Fachveranstaltung mit dem Online-Workspace wie auch die Workshop-Reihe zur Öffentlichkeitsbeteiligung im September beginnen, dann jeweils eine Veranstaltung bis drei Veranstaltungen haben, die sich bis Anfang 2016 ziehen.

Der Dokumentarfilm hat natürlich eine relativ lange Vorlaufzeit. Man muss halt irgendwie überhaupt erst einmal das Konzept erstellen, die Kontakte aufbauen, dass das irgendwie funktionieren kann, und der Film wäre dann, wenn alles gut läuft, so im April/Mai 2016 vielleicht vorführbar, sodass man da ein öffentliches Screening mit Diskussion machen könnte.

(Folie: Zeitplan für die primären Beteiligungsformate)

Die langen Balken da unten sind die Zuschriften, das weiterentwickelte Online-Format, die jetzt auch direkt angegangen werden können und dann die gesamte Phase begleiten können, während derer die Inhalte für den Bericht bearbeitet werden und dann eben auch die Finalisierung des Berichtes, sodass man da ein leistungsfähiges Tool zur Verfügung hat.

Der letzte kleine Balken unten rechts ist dann die Abschlussveranstaltung, die halt auch zwei, drei Monate Vorlauf braucht und dann im Juni 2016 stattfinden könnte.

Das wäre also sozusagen alles darauf getaktet, dass die Kommissionsarbeit Mitte 2016 abgeschlossen wäre. - Soweit zum Überblick.

Die nächste Folie, die Sie jetzt gleich sehen werden, betrifft den Bürgerdialog Standortsuche.

(Prof. Dr. Bruno Thomauske: Kann ich zu dem Zeitplan noch etwas sagen?)

Vorsitzender Ralf Meister: Bitte schön.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ich habe ein gewisses Problem, wenn wir sagen, Ende Juni ist gewissermaßen die Arbeit zu Ende, und Mitte Juni machen wir die Abschlussveranstaltung, weil das suggeriert, dass es keine Rückkopplung aus der Abschlussveranstaltung in die Arbeit der Kommission mehr geben wird, sondern dass das, was wir dort vorgelegt haben, final unsere Position ist und damit die Arbeit auch abgeschlossen ist, gewissermaßen egal, was andere dazu sagen.

Insofern, glaube ich, brauchen wir, um die Rückkopplung aus der Bevölkerung und den verschiedenen Fokusgruppen hier ernst zu nehmen, zumindest eine Zwei- bis Dreimonatsfrist, um das entsprechend einfließen lassen zu können. Ansonsten werden wir da meines Erachtens auf Akzeptanzprobleme stoßen.

Vorsitzender Ralf Meister: Das ist nur das Votum, dass der rote Pfeil, der über den immerhin dreieinhalb Monate langen Prozess der Abschlussveranstaltungen eingezeichnet ist, sich verschiebt, mehr nicht. - Sorry.

Ich habe diese roten Pfeile noch nicht als Diktum gelesen, sondern wir haben hier Planphasen, in denen Veranstaltungen und Formate stattfinden. Deswegen würde ich das an dieser Stelle noch nicht so stark spezifizieren. - Aber bitte schön, Herr Sommer noch.

Jörg Sommer: Ich beneide jetzt natürlich Herrn Hagedorn nicht um die Aufgabe, quasi ins Blaue hinein eine solche Zeitplanung zu machen, vor

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

dem Hintergrund dessen, dass wir in der Kommission uns ja noch gar nicht eine Meinung darüber gebildet haben, wann wir tatsächlich realistisch mit dem Ende unserer Tätigkeit rechnen.

Ich halte das aber gleich aus zwei Gründen für einen in dieser Form nicht sehr realistischen Zeitplan. Das Erstens ist es so, wie Herr Thomauske sagte: Nach hinten heraus, wenn wir sehr sensibel und mit einem tatsächlichen Beteiligungswirkungseffekt aus der Bürgerbeteiligung herauskommen wollen, werden wir da etwas mehr Luft brauchen.

Zweitens glaube ich, dass es wie bei jedem Projektmanagement auch am Anfang nicht so funktionieren wird. Das liegt nicht an Ihnen und liegt nicht an uns; aber inzwischen fange ich ja langsam an zu lernen, dass Vergabeverfahren in unserem Prozess eine große Rolle spielen und nicht immer so schnell und so zügig funktionieren, wie wir das gerne hätten. Vielleicht reden wir nachher noch darüber.

Mein Vorschlag wäre einfach, um Entspannung hineinzubringen, das Ganze einmal so zur Kenntnis zu nehmen und zu sagen, das ist aber ganz roh und rau und definiert eher so die Frage der Parallelitäten und Reihenfolgen dieser Formate, ohne dass wir uns jetzt sklavisch mit diesen roten Pfeilen weiter abgeben. Dazu haben wir viel zu viele Unbekannte in dieser Gleichung.

Vorsitzender Ralf Meister: Die Frage von Herrn Thomauske ist bei Herrn Hagedorn gehört und als Anfrage, wie wir mit dieser Tabelle umgehen, von Herrn Sommer noch einmal spezifiziert worden. - Bitte schön, Herr Hagedorn.

Hans Hagedorn: Kommen wir zur nächsten Folie. Das ist jetzt der Vollständigkeit halber einfach nur noch einmal das Format Bürgerdialog/Standortsuche. Ich denke, da ist ja alles entschieden. Selbst wenn wir da jetzt noch irgendwie große

Änderungen vornehmen wollten, wäre es leider schon ein bisschen zu spät. Aber das ist ja auf einem guten Weg. Wir haben da ein übergreifendes Themenkonzept, breite Öffentlichkeit und gesellschaftliche Gruppen werden angesprochen, insgesamt circa 200 Personen.

Das Ziel für diese Veranstaltung ist, kurz gesprochen, Grundlagen für die weitere Öffentlichkeitsbeteiligung zu schaffen. Wir machen das in dem Format World Café und Fokusgruppen. Von Ihnen sind derzeit 19 Personen angemeldet. Das heißt, wir haben 19 Tage Aufwand auf Botschafterseite. Es wäre die zentrale Veranstaltung für Phase 1, also sprich, jetzt im Juni. - Gibt es dazu Anmerkungen?

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank. Fahren Sie fort. Wir machen den großen Haken. Sie haben gesagt, das ist alles schon verbindlich verabredet.

Hans Hagedorn: Jetzt wird es spannend. Das ist jetzt diese Workshop-Reihe mit den Regionen, also nicht in den Regionen, sondern mit den Regionen. Hier ist ja der Vorschlag, so wie es im Papier steht, die Themen gemäß Standortauswahlgesetz - einerseits die Frage unverzügliche Endlagerung oder weitere Zwischenlagerung und andererseits die Frage Standortsuchverfahren - mit den Regionen zu besprechen.

Da spielt vor allen Dingen auch das Leitbild hinein, weil nach unserer Analyse das Leitbild hier die entsprechenden Grundlagen setzt, die für die Regionen auch die interessanten Punkte darstellen, die dann für die weitere Standortsuche entscheidend werden.

Der Fokus für die öffentliche Diskussion ist halt formuliert: Wie ist eine Standortsuche im gesellschaftlichen Konsens möglich? Das ist natürlich

eine sehr breite Fragestellung, die, wie Herr Sommer auch immer betont, in dem Format selbst dann natürlich noch spezifiziert wird.

Hinsichtlich der Zielgruppe gibt es jetzt noch einen offenen Punkt. Bisläng steht im Konzept, dass dort die Verwaltungsspitzen - Landräte und Bürgermeister - und auch die Bürgergruppen in den Regionen, die von den Einrichtungen für die Lagerung nuklearer Abfälle betroffen sind, Vertreter schicken sollen. Da hat Herr Gaßner jetzt gesagt, nicht sie selbst sollen kommen, sondern sie sollen wiederum einladen. Das bitte ich sozusagen jetzt noch einmal zu klären, was da wirklich die sinnvolle und zielgerechte Aussage ist.

Vom Format her sollten wir darauf achten, dass das nicht mehr als 40 bis 60 Personen sind, weil wir ansonsten, wenn es mehr Personen werden, einfach Schwierigkeiten haben, ein Format zu finden, das Ergebnisse erzeugt. Nach unserer derzeitigen Analyse wäre das Beteiligungsziel, dass die von der Kommission vorgeschlagenen Grundsätze und Verfahrensprinzipien in sehr hoher Detailschärfe erfasst werden, dass dort Teilaussagen justiert werden und Prioritäten gesetzt werden und dass man das dann eben sehr gut an diesem Leitbild festmachen kann.

Format wäre die Workshop-Reihe mit Arbeitsgruppen. Mit 60 Personen kann man nicht in großer Runde arbeiten. Das sollte man relativ frühzeitig in den Workshops jeweils aufteilen. - Botschafteraufwand von Ihrer Seite wäre, dass Sie circa zwei Personen zu jedem dieser Workshops hineinschicken, das heißt, insgesamt sechs Tage. Da müssten wir Namen festlegen, und das wäre gemäß dem eben gezeigten Zeitplan in Phase 2 und 3, also September, November und Februar wahrscheinlich.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Gaßner.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich hätte folgende Anmerkungen. Das erste ist: Ich würde Sie bitten, dieses Format thematisch noch um das Beteiligungsverfahren zu ergänzen. Also, Standortsuchverfahren ist beides, sind sozusagen die Kriterien und die Öffentlichkeitsbeteiligung. Ich würde die Regionen natürlich auch gerne bei der Frage beteiligen: Wie sieht eine Beteiligung aus?

Wir hatten uns in der letzten AG-Sitzung darauf verständigt, dass sie letztendlich den großen Wurf bekommen, weil sie auch drei Sitzungen haben, erste Sitzung stark geprägt von Leitbild und Konsensfragen, zweitens Kriterienfragen, Standortsuchverfahren, eher technische Fragen, drittens auch Beteiligungsprozess. - Ich will da jetzt nicht rechnen; mein Vorschlag wäre, dass unter „Themen“ das Thema Beteiligung auch auftaucht.

Zweite Anmerkung ist die, dass ich dafür werbe, dass wir nicht Vorfestlegungen treffen, wer von den Verantwortlichen benannt wird, sondern dass wir nur sagen, es sollen zwei bis drei Vertreter pro Region benannt werden. Das ist textlich auf der Seite 21. Da steht im Text:

... sollten Einladungen an Landräte, Bürgermeister sowie an Bürgergruppen und -initiativen ... ausgesprochen werden, ...

Das war sozusagen inhaltlich ein Missverständnis oder Übertragungsfehler. Als ich redaktionelle Anmerkungen machte, hatte ich geschrieben, „von Landräten und Bürgermeistern und von Bürgergruppen und -initiativen in den Regionen ausgesprochen werden“, weil wir uns da letztendlich nicht einmischen sollten, weder in die eine noch in die andere Richtung. Also, wir sollten nicht vorgeben, wer da hinkommt.

Dass es jetzt aber bei zwei bis drei Vertretern bleiben sollte, das ergibt sich aus der ungefähren

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Zahl von 20. Da dachte ich, wenn wir jetzt zwei bis drei schreiben, dann müssen wir jetzt nicht lange diskutieren. Das sollten dann diejenigen, die den Feinschliff machen, noch einmal überlegen, ob man für 60 Leute noch ein Format hinbekommt, also einen vernünftigen Workshop, ob man dann teilen muss. Das müssen, glaube ich, jetzt wir hier nicht entscheiden.

Auf jeden Fall würde ich dafür werben, dass die Regionalvertretung nicht von hier aus vorbestimmt wird, sondern dass das in den Regionen auch mit entschieden werden kann, wen die Region entsendet, weil das ein sehr sensibles Thema ist, und da sollten meines Erachtens diejenigen, die dort Verantwortung tragen, auch die Hauptentscheidung mit tragen und es nicht delegieren und sagen, die Kommission hat aber gesagt, die Region wird durch den Landrat vertreten. Das hielte ich für ein zu starkes Regieren von oben nach unten.

Vorsitzender Ralf Meister: Frau Kotting-Uhl.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich halte das für ein sehr wichtiges Beteiligungsformat, sowohl von der Länge her als auch von der Zielgruppe her. Ich würde Herrn Gaßner zustimmen, dass wir nicht vorgeben, wen wir uns da vorstellen. Aber wir müssen zum einen natürlich einen Adressaten haben: Wer kriegt die Einladung? Zum anderen muss, meine ich, klar sein, dass das auch heterogen besetzt werden muss, dass sie uns nicht beispielsweise den Landrat und den Bürgermeister schicken oder zwei Vertreter aus dem Kommunalparlament, die eine völlig gleiche Sicht der Dinge haben. Vielmehr sollte das ein bisschen heterogen sein, wenn es da unterschiedliche Sichten gibt, was ich einmal vermute. Zumindest ist das in den Standorten, die ich kenne, der Fall.

Deswegen sind zwei bis drei auch fast ein bisschen knapp. Ich habe jetzt gerade noch einmal überlegt: Wir haben die 17 AKW-Standorte; dann haben wir nach meiner Rechnung auf alle Fälle

fünf weitere Orte, die betroffen sind, also Morsleben, Gorleben, Wolfenbüttel, Karlsruhe, Lubmin. Wahrscheinlich gibt es noch ein paar mehr, die sich zumindest betroffen fühlen könnten. Aber die wären ja schon einmal mit dreien über den 60; da wären wir schon bei 66, wenn sie alle drei schickten.

Also müssten wir gucken, ob diese Begrenzung auf 60 sein muss oder ob man das eventuell ausweiten kann, dass man von vornherein sagt, man hat eben immer zwei Parallelstränge laufen. Ich glaube, eine solche Repräsentativität auch noch in Heterogenität mit zwei Personen abzudecken, ist ein bisschen viel verlangt. - Darüber müssen wir vielleicht noch einmal reden. Vielleicht bewerte ich das auch über.

In einem Punkt würde ich Ihnen, Herr Gaßner, widersprechen. Ich halte es nicht für klug, wenn wir da auch wieder die Metafrage hineinbringen, wie denn das Beteiligungskonzept oder das Beteiligungsverfahren aussehen soll. Ich finde, es ist eine klar umrissene Aufgabenstellung, die wir bisher haben, die wahrscheinlich genau für diese Leute auch am spannendsten ist, weil sie ja mit dem Atommüll die ganze Zeit schon konfrontiert sind. Ich persönlich empfinde es jetzt nicht als gut; es wird dann mit allen Aufgaben sehr überfrachtet. Meiner Erfahrung nach ist es extrem hilfreich für die Ergebnisse, wenn man auch einmal Zeit hat, darüber zu reden, und nicht zu viele verschiedene Themen hat, auf die man sich dann immer wieder neu einstellen muss.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Also, grundsätzlich würde ich auch dafür werben wollen, dass es keinen Sinn macht, in allen Formaten alles zu machen. Weil wir aber - Herr Jäger weiß, worauf ich anspiele - uns auf Grundlage des Paragrafen Sowieso Standortauswahlgesetz ausdrücklich damit beschäftigen müssen, ob wir mit der Formatierung im Standortauswahlgesetz einverstanden sind - Stichwort Regionalbüros, Mitwirkung der

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

regionalen Initiativen bei Bürgerversammlungen -, würde ich dafür werben, dass wir dann zumindest einen Ausschnitt, der wirklich unmittelbar unser Thema betrifft, auch mit denjenigen besprechen, von denen möglicherweise ein kleiner Teil sogar noch betroffen bleibt.

(Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Okay!)

Also, dann müssten wir eine Formulierung wählen, die dem Gedanken, dass man nicht alles bei allen macht - -

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das war vielleicht ein Missverständnis. Es geht ausschließlich um das Verteilungsverfahren im Auswahlprozess.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ausschließlich um den Auswahlprozess, ausschließlich um den Auswahlprozess; so ist es.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Becker.

Thorben Becker: Das ist eine Unterstützung für den Vorschlag, das potenziell auch mit zwei Strängen zu machen. Ich meine tatsächlich, dass das ein zentrales Beteiligungsinstrument ist, wo wir so viele wie möglich mitnehmen sollten und jetzt nicht sagen können, es ist leider voll. Das wäre ganz fatal.

Das Zweite hat sich, glaube ich, schon ein bisschen geklärt: Mit wem, wenn nicht mit dieser Gruppe, sollte man die Frage besprechen, wie ein Verfahren aussieht und ob eine Region am Ende, wie auch immer beteiligt, zustimmen oder was auch immer will. Also, das muss ja genau da besprochen werden. Wo soll man sonst vernünftige Rückmeldungen bekommen?

Vorsitzender Ralf Meister: Es gibt einen breiten Konsens momentan in der Akzeptanz dieses Workshops, in dem Aufbau, wie er skizziert worden ist. Es gab eine Spannung in der Titulatur,

also bei der Benennung des Themas im Verhältnis mit dem Fokus. Das würde ich aber jetzt erst einmal zurückstellen. Das war noch nicht so dominierend, dass man sagte, deswegen muss man alles infrage stellen, sondern das war eher eine Stimmigkeit. Aber ansonsten großer Konsens, so wie es vorliegt. - Herr Kudla.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Noch einmal zu dem Workshop. Es sind ja an sich mehrere Workshops, wenn ich das recht verstanden habe. Es sollen eben - Sie hatten es gezeigt - im September und im November 2015 und im Februar 2016 jeweils ein Workshop à zwei Tage stattfinden. Ist das so?

Hans Hagedorn: Das ist richtig.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Wenn ich das recht verstanden habe, dann soll - -

(Zuruf)

- Das heißt, wir haben an sich drei Workshops in drei verschiedenen Regionen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Nein!

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Nicht?

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Eine Gruppe, die eine bestimmte Kontinuität haben soll.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Okay.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Also nicht regional, möglicherweise auch zentral, aber drei Veranstaltungen immer in der gleichen Gruppe.

Vorsitzender Ralf Meister: Soweit akzeptiert? - Herr Hagedorn.

Hans Hagedorn: Vielleicht noch eine kurze Anmerkung zu der Frage Beteiligungsverfahren

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

während der Standortsuche. Ich wäre aus fachlicher Sicht wirklich vorsichtig damit, das Thema zu sehr zu überfrachten. Also, die Standortsuche an sich ist natürlich ganz klar Thema dieser Gruppe. Aber die beteiligungsfachlichen Fragen könnten das ganze Format sehr sprengen, und deshalb hatten wir ja auch dieses Extraformat mit den Beteiligungspraktikern und den Jugendlichen vorgeschlagen, weil dort sehr viel stärker ins Detail gegangen werden kann und dies dann auch unabhängig von den regionalen Befindlichkeiten getan werden kann. Das hat, glaube ich, eine etwas neutralere und damit irgendwie auch sachlichere Dimension, und da würde ich doch empfehlen, das sauber zu trennen.

Jörg Sommer: Vielleicht der Versuch einer Hilfe, uns die Möglichkeit zu geben, das Thema jetzt wirklich gut abräumen zu können; denn es ist in der Tat so: Wenn man das unvoreingenommen liest, das Thema der Kommission und Fokus für öffentliche Diskussion, das passt vorne und hinten nicht.

Allerdings ist im Grunde, wenn ich es richtig verstehe, der Fokus bei dieser Veranstaltung nicht, wie die Standortsuche im gesellschaftlichen Konsens möglich ist, sondern vielmehr, wie ein gesellschaftlicher Konsens über den Umgang mit dem Atommüll während dieser Standortsuche möglich ist. Darum geht es ja, um die Frage, was mit dieser Zwischenlagersituation passiert. Das ist ja die Frage, die unsere Landesminister immer wieder aufwerfen: Wie gehen wir mit der Situation um, dass wir das Zeug ja haben und damit eine nicht geklärte Zwischenlagersituation? Wie können wir also einen Konsens über die Frage des Umgangs mit dem vorhandenen Müll im Standortsuchverfahren bis zur Findung und Betreibung eines Endlagers herstellen? Das wäre da der korrekte Fokus.

(Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Das ist noch mal etwas anderes!)

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Also, ich war ja immer ein Stück weit Verfechter des Muts zur Lücke, damit wir sehen, dass das zukünftige Schneiden auch noch eine Funktion hat. Aber ich merke, wenn wir nicht mit einer bestimmten Großzügigkeit umgehen, dann wird es relativ schwierig. Also, jetzt sage ich auch meine Meinung, obwohl ich immer denke, wir könnten es auch verschieben.

(Jörg Sommer: Ja!)

Ich hatte es so verstanden: Wir hatten am 12. Mai hier besprochen, es gibt in diesen Workshops drei Themenblöcke, erstens Leitbild, zweitens Standortsuche und drittens Öffentlichkeitsbeteiligung. Dieses Thema „Unverzögliche Endlagerung oder weitere Zwischenlagerung“ ist jetzt durch die Kürze der Zeit irgendwo noch mit verwaltet worden.

Jetzt könnte ich entweder sagen, wir streichen es heraus, weil wir schon einmal anderer Meinung waren, oder ich nehme mehr die Position von Herrn Sommer ein und frage in der weiteren Konkretisierung dieses Formates: Was ist der Hauptfokus für die Gruppe, 60 Leute, die aus den Regionen kommen? Überlassen wir das ein Stück weit dem Prozess?

Was ich aber nicht als gut empfände, wäre, wenn jetzt die Fokusfrage von Herrn Sommer käme, weil wir mit den Regionalvertretern natürlich in erster Linie das Standortauswahlverfahren diskutieren wollen, nicht aber in erster Linie die Frage, was die Zwischenlagersituation ist.

Man kann es ihnen nicht vorschreiben; machen wir uns nichts vor. Aber wenn wir die Personen dazu aufrufen würden, sie sollten sich primär mit ihrer jetzigen Situation befassen - - So sehe ich es auch nicht. Also, mein Petitum war, dass wir in diesem Format, da wir das einzige Mal einen relativ großen Betroffenenkreis drei Wochenenden

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

lang zusammen haben, einen relativ breiten Ausschnitt der Kommissionsarbeit abgebildet diskutieren, weil alles andere spezifischer wird. Dann würde ich eher dafür plädieren, bei dem alten Titel zu bleiben - Leitbild, Standortsuchverfahren, Öffentlichkeitsbeteiligung - und den Rest der zukünftigen Verfeinerung zu überlassen, als dass wir jetzt in die Diskussion gehen.

Hans Hagedorn: Ja.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Also, dann schreiben wir bitte, wenn ich das Nicken sehe: Leitbild, Standortsuchverfahren, Öffentlichkeitsbeteiligung. Dann könnte man die Fokusfrage auch stehen lassen, weil sie relativ oberflächlich ist, Herr Jäger.

Wenn man sagen will, wir rufen die gesamte Arbeit auf, dann ist wiederum die Frage: Wozu brauche ich Konsens? Ich brauche Konsens zu gewissen Leitbildern, ich brauche Konsens zu einem bestimmten Kriterienkatalog, und ich brauche Konsens zu einer bestimmten Art von Beteiligung. Das betrifft beispielsweise natürlich auch die Frage Vetorecht, ja, nein. So würde ich es dann vorschlagen.

Vorsitzender Ralf Meister: Ich sehe an dieser Stelle Kopfnicken. - Herr Jäger.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ja, es macht eben deutlich, dass, wenn wir jetzt hier zu sehr versuchen, den Fokus zu konkretisieren - -

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Die Fokusfrage bleibt, die Eintragung wird geändert.

Vorsitzender Ralf Meister: Oben die Eintragung unter Thema der Kommission, dort muss der Block hinein. - Herr Jäger.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ich sehe da eben dieses Problem, dass wir auf der einen Seite die Themen und dann den Fokus definieren, und sie mitunter nicht zusammenpassen. Gerade bei diesem Beispiel - ich sehe das genauso -: Das ist eine der zentralen Gruppen, die später auch gefordert sein wird. Da wird wahrscheinlich das gesamte Spektrum diskutiert werden müssen, wohl wissend, dass das zeitlich sehr schwierig sein wird. Deswegen sollte man die Themen dennoch ansprechen.

Ich verstehe das so: Die Themen so, wie sie jetzt genannt sind, nämlich das Standortsuchverfahren, das Beteiligungsverfahren während des Standortsuchverfahrens, das sind die Schwerpunkte, die dort diskutiert werden, dass dann beispielsweise auch automatisch der Bearbeitungsstand der Kommission zu den Pfaden diskutiert wird. Dann kommt man auch in die Diskussion über Zwischenlager, unmittelbare tiefengeologische Lagerung; das ist in der Tat das, was die Menschen an den Standorten interessiert. Andere, also diejenigen an den Endlagerstandorten haben ein anderes Interesse. Insofern kann man das also gar nicht so einordnen. Allgemeiner ist gerade hier an diesem Format besser als sehr spezifisch. Nur die Widersprüche müssen hier heraus. Wir dürfen nicht Themen und Fokus im Widerspruch haben.

Vorsitzender Ralf Meister: Ich glaube, das ist eben klar geworden. Das ist durch das System entstanden, dass relativ stark auf der Seite 10, wo die Themen aufgenommen worden sind, unter dem § 4 diese sechs Themen skizziert worden sind und sie nachher als Überschrift so wie hier aufgenommen werden, weil jetzt Thema der Kommission „Leitbild, Standortsuchverfahren, Öffentlichkeitsbeteiligung“ gemäß § 4 Absatz 2 StandAG ist, wie es hier jetzt gerade steht, wie Sie es korrigiert haben. Das ist insofern befremdlich, als „gemäß § 4 StandAG“ diese Stimmigkeit brachte, die ursprüngliche Spannung, und die

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Spannung war an dieser Stelle noch einmal deshalb stärker, weil es die einzige Themenstellung war, die mit dem „oder“ in einer Frage formuliert wurde, und wir in den Fokus mit einer Zielformulierung hineingegangen sind, die nicht auf diese Frage antwortet.

Insofern habe ich aber diese Diskussion so verstanden, dass wir etwas freier in der Formulierung der Themen sind, aber sehr klar bleiben in der Beschreibung des Fokus, den wir jetzt für diese eigenen Formate anwenden, die entwickelt worden sind. Findet dieses Format so, wie es beschrieben worden ist, und mit der Veränderung, wie sie im Augenblick ist, Ihre Zustimmung? - Dann können wir weitergehen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich habe noch eine kleine Anmerkung, auch wenn sie schwierig wird. Ich würde Sie bitten, bei dem einen Format, bei der Auftaktveranstaltung, die 19 Tage herauszunehmen - Mut zur Lücke, damit die Summe nicht so groß wird -; denn das ist sozusagen eine Pflichtveranstaltung, die wir nicht als Botschafter nehmen. Aber ich würde hier vorschlagen, dass wir andeuten, dass wir aus jeder AG einen Botschafter haben, sodass wir es hier um einen erhöhen, sodass wir hier also nicht zwei, sondern drei Botschafter haben. Weil das Themenspektrum so breit ist, wie es Herr Jäger gerade unterstrichen hat, kann es sein, dass zwei Botschafter nicht ausreichen.

Hans Hagedorn: Sie meinen, bei dem Regionen-Workshop dann?

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Genau, genau, die Zahl 19 herausnehmen, damit sie nicht so schreckt, aber bei den Botschaftern um einen erhöhen, weil es wahrscheinlich sonst überfordert, wenn nur zwei drei Wochenendseminare mitmachen.

Vorsitzender Ralf Meister: Frau Kotting-Uhl.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich würde mich schon einmal als Botschafterin bewerben.

Vorsitzender Ralf Meister: Oh, Mann, wenn es sogar Bewerbungsverfahren dafür gibt! Aber erst einmal herzlichen Dank, Herr Gaßner, für das beteiligungsbilanzkosmetische Vorgehen an dieser Stelle. Aber wenn es Interessen gibt, sollten sie hier gleich angemeldet werden. - Danke schön.

Wir gehen jetzt aber trotzdem gleich weiter zum zweiten Workshop, zum zweiten Format.

Hans Hagedorn: Gut, Frau Kotting-Uhl wird direkt festgenagelt und in die Tabelle eingetragen?

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Das würden die Vorsitzenden hier nicht vorschlagen, weil man das noch insgesamt austarieren muss. Es gibt auch schon andere Bewerbungen. Also nicht noch eine Metaebene!

(Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Es gibt auch schon geheime Bewerbungen! - Heiterkeit)

- Herr Sommer hatte sich hier in der letzten AG-Sitzung öffentlich auch interessiert gezeigt.

Vorsitzender Ralf Meister: Wir kommen zum nächsten - -

Hans Hagedorn: Kommen wir zum nächsten Format, der „Fachveranstaltung mit anschließendem Online-Workspace“ zu den Kriterien: Gemäß dem aktuellen Konzept stehen die Entscheidungsgrundlagen und die Frage der Fehlerkorrektur im Fokus mit folgender Formulierung:

Gibt es zur Endlagerung in tiefen Bergwerken bessere Alternativen?

Dies erfolgt im vollen Bewusstsein, dass das natürlich nicht das Gesamte abbildet; aber wir sind natürlich frei, den Fokus noch umzuformulieren.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Es geht darum, mit der Zielgruppe „Engagierte Öffentlichkeit“ im Sinne einer vorinformierten Öffentlichkeit, zu der natürlich auch die sogenannte kritische Öffentlichkeit sehr willkommen ist, und einer eher wissenschaftlich geprägten Fachöffentlichkeit in einer Art Schneeballsystem auf Basis einer Interessenanalyse eine Gruppe zusammenzustellen, in der etwa hundert Teilnehmer - vom Format her sind maximal 400 Personen möglich; aber ich denke, 100 bis 200 würden schon ausreichen - diskutieren, welche relevanten Auswahlkriterien besprochen werden sollen, wie die Korrekturmechanismen aussehen sollen, und den bisherigen Arbeitsergebnissen der Arbeitsgruppen hier in der Kommission fachliche Spezifikationen hinzufügen.

Das ist halt eine sehr voraussetzungsreiche Diskussion, deswegen richtet sich das hier absichtlich nicht an die breite Öffentlichkeit mit einem Zufallsverfahren oder wie auch immer, sondern mit diesem Schneeballsystem soll dort eine Gruppe zusammenfinden, die mit einem ähnlichen Level an Vorinformationen gemeinsam startet. Nichtsdestotrotz wird da natürlich eine sehr große Vielfalt an Perspektiven zu erwarten sein; von daher wird die Arbeit schwierig genug werden. Aber es ist das Ziel, hier mit guten Vorinformationen anzufangen.

Als Format wurde das von der Bertelsmann Stiftung abguckte Format BürgerForum gewählt, das so aussieht, dass man eine ein- bis zweitägige Präsenzveranstaltung durchführt, auf der sich die Teilnehmer kennenlernen und sich auf die gemeinsamen Themen einigen. Danach gehen sie in eine sehr intensive Online-Arbeitsphase hinein. Das ist überhaupt nicht mit irgendwelchen Online-Formaten zu vergleichen, die Sie vielleicht sonst kennen, sondern das ist eher ein sehr konzentriertes Redaktionssystem, bei dem es gewählte Redakteure gibt, die dann die Anregungen aus den Arbeitsgruppen in die Texte einarbeiten. Am Ende dieser vier Wochen stehen dann sehr konsensorientierte ausformulierte Texte, die auch

sehr gut als Ergebnis eines solchen Formats verwendet werden können.

Der Botschafteraufwand wären wieder mindestens zwei Personen, die an der Präsenzveranstaltung teilnehmen und dann auch in der vierwöchigen Onlinephase punktuell zur Verfügung stehen. Natürlich ist das kein Eintagesjob, sondern ich würde rechnen, dass sich das auf noch einmal anderthalb Tage kumuliert, sodass man dann pro Person mit drei Tagen rechnen sollte.

Das soll im Oktober stattfinden, wenn die Gesamtkommission an dem Bericht weiterarbeitet, damit das Ergebnis auch noch sinnvoll einzuarbeiten ist. Die Kostenschätzung liegt bei 100 Teilnehmern bei etwa 80 000 €.

Vorsitzender Ralf Meister: Fachveranstaltung und Workspace waren letztlich schon am 12. eigentlich weitestgehend sanktioniert. Welche Anmerkungen oder kritischen Punkte gibt es dazu? - Herr Jäger.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Noch einmal zu der Formulierung des Fokus, wie sie jetzt da ist:

Gibt es zur Endlagerung in tiefen Bergwerken bessere Alternativen?

Der Fokus passt nicht zu dem Thema.

Hans Hagedorn: Dann lassen Sie uns etwas Neues formulieren.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Mein Vorschlag würde in die Richtung gehen, dass wir das Wort „Pfade“ mit aufnehmen. Der Fokus soll ja ein Schlagwort sein.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: In der Zeile 1 steht das Thema der Kommission gemäß Standortauswahlgesetz § 4 Absatz 2, und dann steht rechts: Entscheidungsgrundlagen, Fehlerkorrektur. Der

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Absatz 2 hat ja noch Unterpunkte. Das Thema Entscheidungsgrundlagen ist dann die Nummer 2., und das Thema Fehlerkorrektur ist die Nummer 3. Vielleicht kann man das noch aufnehmen, damit etwas klarer ist, worauf man sich bezieht. Wir beziehen uns hier doch auf die Punkte 2 und 3, die in § 4 Absatz 2 genannt sind? - „Entscheidungsgrundlagen“ ist ein sehr weiter Begriff. Wir meinen die Entscheidungsgrundlagen, die hier im Standortauswahlgesetz genannt sind. Daraus kann man dann in meinen Augen auch den Fokus entwickeln.

Vorsitzender Ralf Meister: Wir haben bei der Betrachtung des vorherigen Formats zu der Frage, wie sich Thema und Fokus zueinander verhalten, Verbesserungsvorschläge bekommen. Bei dem ersten, Entscheidungsgrundlagen, Fehlerkorrektur, könnte man das so ergänzen, wie Sie es vorschlagen, Herr Kudla. Allerdings müssten Sie es etwas präziser machen. Ich glaube, nur der Hinweis mit dem Paragraphen reicht noch nicht. Ich fand, muss ich gestehen, das Thema hier sehr nachvollziehbar in der Breite, in der es angelegt ist, weil wir ja nicht nur punktuell das Gesetz abschreiben. Daher eher noch einmal die Frage, ob denn die Beschreibung, die der Fokus vorgibt, nicht eine Einschränkung darstellt, die wir weitens müssten.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Ja.

Vorsitzender Ralf Meister: Wie das aussehen könnte, weiß ich auch nicht. Vielleicht wäre die Weitung im Fokus dann auch sogar etwas, was mit dem Vorschlag von Ihnen, Herr Kudla, korrespondieren würde, da es dadurch etwas deutlicher wird, worum es noch gehen kann. Hat jemand einen Vorschlag für bessere Alternativen zur Endlagerung in tiefen Bergwerken? Sonst würde ich sagen, dass wir es an dieser Stelle dabei belassen und das in die Debatte geben, die wir in den Pausen führen. - Herr Fox, Herr Jäger, doch Vorschläge?

Andreas Fox: Doch Vorschläge, stichwortartig: „Suchkriterien und Sicherheit“ als Fokus für diese - -

Prof. Dr. Gerd Jäger: „Auswahl- und Entscheidungskriterien“ wären für mich die wesentlichen Stichworte.

Andreas Fox: Und Sicherheit.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: „Mögliche Entsorgungspfade“.

Vorsitzender Ralf Meister: Mögliche Entsorgungspfade trifft es? - Herr Kudla hat einen Einwand.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Die möglichen Entsorgungspfade sind hier im Gesetz an sich mehr im Punkt 1. genannt. Das ist wieder noch einmal etwas anderes. Ich würde im Fokus die Begriffe wiedersehen wollen, die hier unter den Punkten 2 und 3 im Gesetz genannt sind. Ich habe jetzt hier auch keine schnelle Formulierung dafür.

Vorsitzender Ralf Meister: Wir haben es protokolliert, dass wir von Herrn Fox und Herrn Jäger, von Frau Kotting-Uhl Möglichkeiten aufgezeigt bekommen haben. - Herr Jäger?

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ich würde vorschlagen, wenn wir auf Seite 10 die Themen nehmen, dort gibt es unter „Entscheidungsgrundlagen“ und „Fehlerkorrektur“ zwei Sätze. Die kann man übernehmen. Dann hat man das Thema auch gefasst, und dann sind wir auch konsistent in unserem Papier.

Entscheidungsgrundlagen: „Welche Kriterien gelten bei der Standortsuche?“ Fehlerkorrektur: „Wie bleiben Fehler bei Suche und Lagerung korrigierbar?“

Vorsitzender Ralf Meister: Wunderbar, das auf Seite 10 nehmen wir so auf. - Wir gehen weiter auf 3.2.4.

Hans Hagedorn: Kommen wir zwischen Workshops zum Konzept der Öffentlichkeitsbeteiligung. Das ist ja auch ein klarer Auftrag aus § 4 Absatz 2, Nummer 5. Der Fokus soll dahin gehend laufen, den Beteiligungsprozess konkret auszugestalten, also sehr ins Detail zu gehen, nicht nur die Rahmenbedingungen zu setzen, sondern sich auch zu überlegen, wo der Teufel im Detail steckt. Deshalb ist die Zielgruppe Beteiligungspraktiker einzuladen. In vielen Kommunen gibt es schon kommunale Stabsstellen Bürgerbeteiligung, die das aus den verschiedenen Erfahrungen eben auch berichten können und damit ein sehr praxisnahes Konzept mit entwickeln können.

Es geht aber nicht darum, dass da jetzt irgendwie eine Runde von Experten irgendein Papier schreibt, sondern ganz zentral bei diesem Format sind die Jugendlichen und jungen Erwachsenen; sie sollen dort eigentlich die Federführung haben und von den Beteiligungspraktikern nur beraten werden. Da es hier es um einen Prozess geht, der erst in vielen Jahrzehnten wirklich zum Abschluss kommen wird, sollte man die Einschätzungen der jungen Generation heranziehen, und zwar auch im Hinblick darauf, dass sie mit einer ganz anderen Erfahrungswelt aufwachsen und solche Beteiligungsverfahren auch anders bewerten.

Von der Arbeitsgröße wäre es sicherlich sehr gut, 20 bis 25 Personen in dieser Gruppe zu haben. Es sollte auch eine kontinuierliche Gruppe sein, die über diese drei Wochenenden hinweg zusammenarbeitet. Das Ziel wäre halt, Beiträge für das Beteiligungsverfahren an der Standortsuche und -auswahl aufzuschreiben.

Vom Format wäre es eine interaktive Workshop-Reihe. Jeder Workshop ist interaktiv; aber hier ist

es eben besonders interaktiv, weil halt zwischen den beiden Gruppen, Beteiligungspraktikern und Jugendlichen, eine hohe Interaktion ist. Der Botschafteraufwand wären halt wieder zwei Personen, diesmal à fünf Tage. Die Idee war ja, dass die ersten beiden Workshops über zwei Tage gehen und der dritte Workshop eher ein kürzerer ist, sodass man auf zehn Tage kommt. Das würde zeitlich eben auch in Phase 2 oder 3 positioniert werden, so September, November, Februar.

Die Kostenschätzung - alle Kostenschätzungen sind immer mit Vorsicht zu genießen, weil die Kosten im Rahmen der Ausschreibung näher geklärt werden - beläuft sich auf round about 50 000 € zuzüglich Honorare und Logistik.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Fuder.

Michael Fuder: Zwei Dinge dazu: Erstens finde ich es gut und richtig, Jugendliche und junge Erwachsene da sehr zentral zu beteiligen, und zwar genau mit der Argumentation, die Sie, Herr Hagedorn, angeführt haben. Gleichwohl stellt sich die Frage, vor welchem Erfahrungshintergrund sie da aktiv sein sollen. Sie haben nicht diese Erfahrungen. Das heißt, mir war Ihre Formulierung - - Ich weiß nicht mehr genau, wie Sie es formuliert haben, sie sollen die zentralen Personen sein, die beraten werden, oder so ähnlich. Ich habe da ein Problem mit der genauen Definition, welches die Rolle dieser Jugendlichen und jungen Erwachsenen sein soll. Ich glaube, darüber muss noch ein bisschen nachgedacht werden.

Zweitens zu den Beteiligungspraktikern: Das Beispiel kommunale Stabsstellen zeigt, dass es diejenigen sind, die Beteiligung organisieren. Die waren jetzt schon mehrfach in unseren Diskussionen dabei, Leute, die so etwas moderieren, die es organisieren usw. Mir scheint da bei dem Begriff Beteiligungspraktiker noch etwas zu fehlen, nämlich diejenigen, die als Beteiligte selbst solche Prozesse mitgemacht haben. Darauf ist noch ein ganz wesentlicher Schwerpunkt zu legen. Leute

in irgendwelchen Bürgervertretungen, wie immer das gestrickt sein mag, waren diejenigen, die als Beteiligte ihre Meinung geäußert haben und diesen Prozess durch eine ganz andere Brille wahrgenommen haben, als diejenigen, die organisieren oder moderieren.

Vorsitzender Ralf Meister: Das waren zwei Rückfragen zur Zielgruppe und zum Beteiligungsziel, aber vor allen Dingen noch einmal zur Zielgruppe, die Sie gestellt haben, die man aufnehmen könnte. - Wir haben noch Herrn Kudla und Herrn Sommer.

Michael Fuder: Ich möchte einen zweiten Punkt noch ergänzen: Mein schriftlicher Beitrag korrespondiert möglicherweise in gewisser Weise mit diesem Beteiligungsformat. Ob es das in der Form noch beeinflusst, dass es zu verändern ist, oder ob es ein zusätzliches Format ist, lässt sich im Moment sicherlich nicht sagen. Noch einmal an dieser Stelle: Wir werden im Juli dieses Thema noch einmal haben und dann vor diesem Hintergrund möglicherweise an dieser Stelle noch einmal ran müssen. Ich will das noch einmal ausdrücklich sagen.

Vorsitzender Ralf Meister: Okay. - Herr Kudla und dann Herr Sommer.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: In der ersten Zeile bitte ich wieder, den Absatz 5 zu ergänzen, auf den hier Bezug genommen worden ist. Beim Fokus für die öffentliche Diskussion würde ich es so lassen: „Der konkrete Beteiligungsprozess bei Suche und Auswahl des Standorts“.

Dann würde ich noch ergänzen: „sowie zur Sicherstellung der Transparenz“, wie es im Gesetz steht, weil es mir doch als sehr wichtig erscheint, wie man hier Transparenz im Zuge des Beteiligungsprozesses sicherstellen kann.

Dritte Anmerkung: Bei der Zielgruppe stimme ich mit Ihnen überein, Herr Fuder. Mir war nicht ganz klar, ob das jetzt im Wesentlichen nur Jugendliche oder junge Erwachsene sein sollen und zwei, drei Beteiligungspraktiker, oder ob ein Viertel oder ein Drittel Jugendliche und der Rest Personen sind, wie Sie es gerade nannten. - Vielleicht können Sie noch einmal sagen, wie Sie sich das vorstellen.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Hagedorn, vielleicht antworten Sie gleich an dieser Stelle, und dann kommt Herr Sommer.

Hans Hagedorn: Ja, sowohl auf Herrn Fuder als auch auf Herrn Kudla. Die Idee ist, dass das etwa halbe-halbe ist, Jugendliche und Beteiligungspraktiker. Wir haben uns absichtlich überlegt, dass die von Herrn Fuder erwähnten Objekte der Beteiligung nicht Teil dieser Arbeitsgruppe sein sollten. Sie können natürlich sehr wohl im Rahmen von Erfahrungsberichten und Referaten hinzugezogen werden, damit da eine Grundlage geschaffen wird, genau solche Fallstricke von Beteiligung frühzeitig auszuräumen. Aber wir wollen diese Gruppe mit einer möglichst großen Neutralität ausstatten. Wir möchten nicht eine Konfliktbearbeitung in die Gruppe hineintragen. Dafür gibt es andere Formate, die auch sehr wichtig sind.

Aber die Idee ist, dass es hier eine relativ neutrale Gruppe ist, die auch völlig unabhängig von der Regionenauswahl - Es sollen ja auch keine Regionalvertreter sein. Vielmehr soll es auf folgender Grundlage stattfinden: Da sind kommunale Beteiligungsexperten, die wissen, wie solche Prozesse funktionieren, und da sind Jugendliche, die einschätzen können, ob sie überhaupt Lust hätten, an solchen Beteiligungsverfahren teilzunehmen. Diese Neutralität würden wir durch diese hälftige Aufteilung zwischen Jugendlichen und Beteiligungspraktikern gern erreichen.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Sommer.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Jörg Sommer: Ja, vielleicht noch in Ergänzung zu Herrn Hagedorn, weil Sie jetzt gerade auf diesen einen Aspekt noch nicht geantwortet haben. Die Frage die Herr Fuder aufgeworfen hat, ist, welche Erfahrungen diese Jugendlichen mitbringen oder wie sich eventuell dafür qualifizieren. Da müssen wir natürlich wissen, wenn man junge Menschen beteiligt, ist die Erfahrung in solchen Prozessen nicht wirklich die Voraussetzung für die Teilnahme, sondern es geht natürlich sehr stark um ihre Erwartungen, die Expertenschaft in eigener Zukunftsfrage, die sie sich da erarbeiten.

Vor diesem Hintergrund aber würde ich erstens dafür plädieren, bei der Zielgruppe die beiden Gruppen umzudrehen; denn jetzt hat man tatsächlich ein bisschen den Eindruck, dass das in erster Linie - - Ich stelle es mir, salopp gesagt, etwas langweilig auch für die Jugendlichen vor, wenn sie sich da in erster Linie mit kommunalen Stabsstellen unterhalten.

Ich würde auch noch einmal die Frage aufwerfen, ob nicht ein Verhältnis drei Jugendliche zu einem Beteiligungspraktiker für die Diskursituation etwas günstiger wäre. Ich will es jetzt nicht an dieser Zahl festmachen; aber ich würde das Übergewicht und den Kernfokus bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen sehen, und bei der Frage der Beteiligungspraktiker im Hinblick auf die Langeweile, aber auch auf den Erkenntnisgewinn, hatte ich eigentlich beim Beteiligungspraktiker eher an die Michael Fuders dieser Welt gedacht als an einen Kommunalverwaltungsbeamten. Vielleicht kann man da intern noch ein bisschen mischen. Also Beteiligungspraktiker, die mit Beteiligungsverfahren sowohl evaluierend als auch organisierend und auch im Konzeptionsbereich ihre Erfahrungen haben, und auch solche, die ein Beteiligungsverfahren tatsächlich vor Ort verwalten.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Jetzt kommen wir ein klein wenig in ein grundsätzliches Problem, das ich immer mit Folien habe. Wir fokussieren

momentan auf Folien, arbeiten aber eigentlich am Text. Im Text auf Seite 25, Herr Sommer, steht:

Die Gruppe der Beteiligungspraktiker wird rekrutiert aus professionellen Moderatoren und Mediatoren von Beteiligungsprozessen, Teilnehmern aus diesen Prozessen sowie Kommunalvertretern, die bspw. eine Stabsstelle für Bürgerbeteiligung in ihrer Stadt oder Kommune leiten.

Als Fachöffentlichkeit hatten wir bei der Zielgruppe auch die Zulassungsbehörden genannt. Dann müssten diese hier bitte als Beteiligungspraktiker auch mit aufgenommen werden, oder auch nicht; das stelle ich zur Diskussion. Aber wir sollten jedenfalls die schon angelegte Breite auf Seite 25 jetzt nicht durch dieses Schaubild verengen.

Ich wäre nicht der Meinung - das ist jetzt wichtig und ein bisschen anders, als es andere hier gesagt haben -, dass die Jugendlichen von den Beteiligungspraktikern gecoacht werden, sondern wir wollen die Beteiligungspraktiker ein Stück weit aussaugen; aber das wird dadurch gemacht, dass da das Pendant, das Gegenüber, eine spezielle Gruppe ist, die nämlich in die Zukunft guckt, die Jungen. Aber es sollen nicht die Jungen das Konzept entwickeln, sondern wir wollen von den ungefähr zwölf bis 15 Leuten dann auch möglichst viel Input für unser Beteiligungskonzept haben.

Deshalb würde ich gerne bei halbe-halbe bleiben. Wenn man bei 25 bis 30 Leuten zehn bis 15 Beteiligungspraktiker hätte und die wieder so breit aufstellt, also ein, zwei Moderatoren, ein, zwei aus Asse-Begleitgruppe und anderen, ein, zwei aus kommunaler Stabstelle, ein, zwei bei der Bundesnetzagentur, um nicht zu eng zu werden, dann hätte ich schon zehn, zwölf, die dann mit zehn, zwölf Jugendlichen zu ergänzen wären. Dann wären wir ungefähr bei dem Format. Das

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

wäre jetzt meine Vorstellung: die beiden Gruppen nicht in dem Sinne gegeneinander zu stellen, dass die einen die aktiven sind, die Jugendlichen, und die anderen coachen. Vielmehr lassen wir sie unser Konzept mit abprüfen, sodass da noch einmal Input kommt. Das Abprüfen erfolgt in einem Dialog zwischen heranwachsenden jungen Menschen und Beteiligungspraktikern.

Mehr würde ich jetzt nicht vorgeben wollen; aber ich würde es auch gerne dadurch zum Ausdruck bringen, dass wir in Seite 25 noch ein, zwei einzuladende Gruppen aufnehmen, also Zulassungsbehörden zum Beispiel - das war der Gedanken von Herrn Fuder -, und dass wir vielleicht das Verhältnis mit circa eins zu eins angeben und den Rest dem Feinschliff überlassen.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Sommer direkt dazu noch?

Jörg Sommer: Ja. - Mit der Ergänzung dieser Praktiker bin ich völlig einverstanden. Aber zum Verhältnis muss ich ganz entschieden dagegen reden. Ich habe in meinem Leben sehr viele solche Formate mit Jugendlichen und Erwachsenen gemacht. Wenn Sie eine einigermaßen gleichwertige Diskussion haben wollen, dann müssen Sie rein zahlenmäßig auf der Jugendseite ein Übergewicht haben. Wenn ich mir vorstelle, dass da zwölf solcher Beteiligungspraktiker mit der Kompetenz, die Sie gerade aufgelistet haben, sitzen, dann werden sie zwangsläufig die Debatte majorisieren. Man kann ein bisschen moderieren; aber dann muss man extrem moderieren, und ich finde es eigentlich viel spannender, wenn wir eine Grundsammlung haben, die in einem sehr offenen Prozess dafür sorgt, dass eine Gleichwertigkeit wahrgenommen wird. Wir müssen da keine Zahl hineinschreiben, aber wir sollten die Jugendlichen als Kernfokus haben und die andere Gruppe quantitativ etwas weniger gewichten.

Vorsitzender Ralf Meister: Die Jugendlichen sind als Kernfokus drin. Wir haben eben noch einmal eine Debatte über die Zielgruppe gehabt, wobei ich ein bisschen zurückhaltend wäre, das zu genau zu spezifizieren. Es gibt eine generelle Akzeptanz dieser Workshop-Reihe, es gibt eine große Stimmigkeit in der Formulierung von Thema und Fokus, wobei ich aufnehmen würde - Sie haben es ergänzt, Herr Kudla -: „sowie zur Sicherstellung der Transparenz“. Das sollte man hinten anfügen; denn es erhöht die Konsistenz von Thema und Fokus in der Darstellung insgesamt. Ansonsten sollten wir es mit den Möglichkeiten so belassen, dass wir in der Zuordnung der Gruppengröße eventuell noch Verschiebungen vornehmen können. Aber das muss ja jetzt in diesem Konzept schon final drinstehen.

Dann kommen wir zu 3.2.5.

Hans Hagedorn: Das ist der Dokumentarfilm mit der öffentlichen Vorführung. Standortauswahlgesetz § 4 Absatz 2, diesmal ist es dann dieser fünf plus eins, also dieses plus eins, Umgang mit bisherigen Festlegungen.

Fokus für die öffentliche Diskussion, derzeitige Formulierung „Erkenntnisse für den zukünftigen Prozess der Standortsuche“, also in die Zukunft gerichtet. Es ist natürlich auch ein historisches Aufarbeitungsformat. Aber der Fokus soll eben gerade nicht darauf liegen, sich noch einmal sozusagen all die Versäumnisse der Vergangenheit um die Ohren zu schlagen, sondern darauf, ein Format zu finden, das daraus lernt, darauf aufbaut und in einen neuen Prozess dann die richtigen Empfehlungen einspeist.

Als Zielgruppe waren die Konfliktparteien genannt. Da der Begriff ja bislang in den Zielgruppen nicht auftaucht, hier noch einmal spezifiziert: Konfliktparteien sind natürlich die kritischen Gruppen, die engagierten Gruppen, die Fachöffentlichkeit, die Behördenvertreter und

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

viele weitere mehr, die dann letztendlich natürlich durch das Drehbuch und den Filmproduzenten und Regisseur bestimmt werden müssen.

Das Ziel ist, wie eingangs schon gesagt, einerseits die Aufarbeitung der historischen Rahmenbedingungen und Abläufe, und andererseits, sie mit der heutigen Realität zu spiegeln. Als Format sehen wir da eben wirklich den Dokumentarfilm. Wenn man an einen Dokumentarfilm denkt, sieht man gleich, dass das irgendwie sehr teuer werden kann. Aber da gibt es ja auch verschiedene Skalierbarkeiten, mit welchem Professionalitätsanspruch man da herangeht. Es geht primär darum, irgendwie möglichst die richtigen Leute vor die Kamera zu kriegen, und das kann dann sozusagen auch einen etwas weniger professionellen Charakter haben, Hauptsache, die Inhalte stimmen.

Die Idee wäre dann, diesen Film noch während der Laufzeit der Kommission auch wirklich abzuschließen, mit einer öffentlichen Vorführung und Diskussion auch der Öffentlichkeit vorzustellen. Dieser Film ist natürlich nicht nur für dieses eine Mal dann verwendbar, sondern eignet sich extrem gut, ihn vielfältig weiter einzusetzen, um Schulklassen damit zu befassen, um das im Fernsehen zu zeigen, um es online zu verbreiten. So ein Film, wenn er denn entsteht und gut rezipiert wird, hat Wirkungen weit über die Arbeit der Kommission hinaus und kann auch eine sehr gute Grundlage für die Schritte bieten, die nach der Kommission kommen.

Der Botschafteraufwand ist eigentlich sehr überschaubar. Wenn es denn dann losgeht, dann müssen sie vor allen Dingen für Filminterviews zur Verfügung stehen, und wenn es zu der öffentlichen Vorführung kommt, dann auch an dieser Diskussion teilnehmen, sodass das irgendwie pro Person kumuliert vielleicht ein Tag wäre. Vielleicht ist das sogar auch ein beliebtes Format, an dem mehr von den Kommissionsmitgliedern teilnehmen möchten.

Phasen wären dann irgendwie, jetzt möglichst bald die Kontakte aufzubauen und überhaupt erst einmal zu eruieren, wie so ein Konzept aussehen kann.

Wenn es dann wirklich zu diesem Film kommt, gibt man das natürlich auch heraus und verleiht diesem Format damit eine Unabhängigkeit, die natürlich auch extrem notwendig ist, damit die kritischen Gruppen überhaupt Sinn und Zweck sehen, daran teilzunehmen. Solange das ein Auftragsfilm der Kommission ist, wird die Teilnahme da sehr kritisch und skeptisch bleiben. Das heißt, da muss ein Filmemacher mit Standing gefunden werden.

Es gibt ja jetzt schon einige Filme in dem Bereich. „Die Reise zum sichersten Ort der Erde“ ist ein Film, der jetzt gerade anläuft. Den Filmemacher von diesem Film könnte man zum Beispiel irgendwie einmal kontaktieren und Möglichkeiten austarieren, vielleicht ein Folgeformat für die deutsche Situation zu machen.

Zur Kostenschätzung: Ein solcher Film an sich geht natürlich irgendwie gern in 500 000 oder eine Million. Hier geht es jetzt erst einmal darum, für Konzeptentwicklung und Kontaktaufnahmen eine Vorstufe durchzuführen, wo ein solcher Film auf den Weg gebracht wird.

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank. - Ich gehe davon aus, dass Sie diesen Punkt auch am 12. Mai schon diskutiert haben, zumindest so diskutiert haben, dass es eine grundlegende Einigkeit gab, dass es in unserem Tableau der Formate bleibt? - Herr Jäger, Herr Kudla, Herr Becker und Herr Fox.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Mein Verständnis der Diskussion vom 12. Mai war, dass wir es auf dem Tableau lassen für den nächsten Schritt, nämlich, das weiter zu konkretisieren, damit man erkennen kann: Ist der Anspruch, der hier formuliert

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

worden ist, tatsächlich leistbar, in mehreren Dimensionen, was die Zeit angeht, was den Inhalt angeht. Eine Dokumentation ist sehr anspruchsvoll, und ob man das tatsächlich hinbekommt, ist schwer zu beurteilen im jetzigen Diskussionsstand. Das heißt, mein Verständnis war: Ja, eine interessante Idee, ein Stück weit weiter konkretisieren und dann aber noch einmal dem Grunde nach auf den Prüfstand stellen, ob ein Film wirklich umsetzbar ist.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Die erste Zeile heißt „Thema der Kommission“; aber das Thema des Filmes ist doch an sich die Aufarbeitung der historischen Rahmenbedingungen und Abläufe, das, was Sie hier unter der Überschrift „Beteiligungsziel“ genannt haben.

Ein Umgang mit bisherigen Festlegungen, wie es in der ersten Zeile hier steht, also ein vorausschauender Umgang - wie soll zukünftig mit bisherigen Festlegungen umgegangen werden? - wird, glaube ich, im Film dann nicht angesprochen, oder es soll nicht angesprochen werden, sondern es sollen die bisherigen historischen Rahmenbedingungen und die Abläufe filmisch bzw. in Interviews dargestellt werden. Insofern könnte ich mir vorstellen, dass dieser Film eine Grundlage für die weitere Diskussion sein kann, aber noch nicht irgendwie das Thema „Umgang mit bisherigen Festlegungen“ behandelt. Das ist Punkt eins.

Punkt zwei ist: Wenn man dieses Format angeht, dann sollte man als Erstes einmal eruieren, ob das überhaupt möglich ist, ob die Konfliktparteien hier überhaupt mehr oder weniger repräsentativ mitmachen, und dann sollte man entscheiden, ob man das Format tatsächlich in die Wege leitet.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Fox und dann Herr Becker.

Andreas Fox: Ich hege auch eine gewisse Skepsis, ob es möglich ist, mit einem solchen Dokumentarfilm die Auseinandersetzungen, die ja letztlich auch bis heute virulent sind und auch die Arbeit dieser Kommission mit prägen, gültig aufzunehmen, sodass darauf dann auch ein Beitrag resultiert, diese Auseinandersetzungen dann zu einem Ergebnis zu bringen und zu neuen Lösungen zu finden. Da wäre es doch wichtig, auch dieses Konzept vielleicht dann etwas konkreter zu kennen.

Ad zwei: 30 000 € für Konzeptentwicklung und Kontaktaufnahmen sind jetzt so etwa ins Auge gefasst, und zu den eigentlichen Filmkosten meinten Sie doch gerade so, na ja, das kann ja doch sehr viel mehr werden. Ich glaube, eine Million, habe ich gerade gehört, die so ein Film leicht einmal kosten kann. In der Kommissions-sitzung am 15. Mai ist die Kostenfrage ja auch sehr problematisiert worden. Alles das, was hier steht, hieß es, ist eigentlich das schon, was bisher im Budget drin ist; dann ist das Budget erschöpft. Diese eine Million käme sicherlich dazu. Wie soll das gehen?

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Becker.

Thorben Becker: Was den Fokus für die öffentliche Diskussion angeht, halte ich das, was hier in dem Papier steht, die paradoxe Intervention - „wie kann man einen Suchprozess definitiv an die Wand fahren?“ - für möglicherweise dasjenige, was es realistischerweise auch interessant machen könnte, an einem solchen Film mitzuarbeiten.

Das zentrale Kriterium haben Sie genannt; das ist Unabhängigkeit. Das heißt, wenn es ein Auftragswerk der Kommission ist, dann macht das gar keinen Sinn. Insofern muss man tatsächlich gucken, ob man ein solches Konstrukt hinbekommt, und dann wird es sicherlich in so eine Richtung gehen, und dann halte ich das für spannend.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Wir haben das jetzt hier einsortiert neben sämtlichen anderen Beteiligungsformaten, bei denen wir sagen, wir wollen eine Verbindlichkeit der Beteiligung sicherstellen. Passt das wirklich in diese Parallelität? Wir bieten hier einen Kanal. Ich will auch gar nicht dagegen reden, diesen Kanal zu bieten; ich halte das für gut, das sollten wir machen. Aber kann man da wirklich eine Verbindlichkeit der Beteiligung garantieren?

Insofern finde ich es auch sehr spannend - ich weiß nicht, wann -, über dieses optional vorgeschlagene Bürgergutachten als nächsten Schritt nachzudenken. Ich glaube tatsächlich, das ist eine ungewöhnliche Intervention mit diesem Dokumentarfilm. Aber wenn man wirklich einen Schritt weiter will und tatsächlich wieder in eine echte Beteiligung dieser Gruppe, dann muss man eigentlich über mehr nachdenken.

Vorsitzender Ralf Meister: Frau Kotting-Uhl.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich halte dieses vorgeschlagene Format für ein ganz besonders gutes, und ich halte es auch für wichtig. Wir müssen uns natürlich im Klaren darüber sein, wer nicht die Zielgruppe in dem Format ist, sondern die Zielgruppe, die aus diesem Format und mit diesem Format angesprochen werden soll.

Ich glaube, dass wir das zum einen selbst sind, die Kommission, und zum anderen eben auch diejenigen, die wir hoffentlich erreichen, dass sie da in dem Format mittun, und eben die kritische Öffentlichkeit.

Ich stimme Herrn Kudla zu: Ich meine nicht, dass das Thema „Umgang mit bisherigen Festlegungen“ ist; vielmehr ist das Thema „Lernen aus der Vergangenheit“, würde ich sagen. Ich halte es für eine sehr gute Idee, was Sie vorhin aufgeworfen haben, den Regisseur von „Die Reise zum sichersten Ort der Erde“ da einzubinden.

Das müsste man aber wahrscheinlich schnell tun, weil Edgar Hagen jemand ist, der in dieser kritischen Öffentlichkeit meiner Einschätzung nach ein hohes Vertrauen genießt. Zumindest wird dieser Film ausgestrahlt und von anderen Gruppierungen derzeit überall gezeigt. Dieser Film „Die Reise zum sichersten Ort der Erde“ ist auch eine gute Auseinandersetzung mit der schieren Unmöglichkeit der Beantwortung dieser Frage: Wo lagert man eigentlich für eine Million Jahre sicher?

Das ist schon einmal eine gute Auseinandersetzung. Darauf jetzt als Folge diese Problematik in Deutschland aus den schlechten Erfahrungen heraus darzustellen, die ja uns allen in dieser Kommission das Leben schwer machen, das finde ich einen richtig guten Gedanken, den ich ausdrücklich unterstützen möchte.

Es macht dann auch nichts, im Gegenteil, wenn das ein Auftragswerk der Kommission ist, Herr Becker; denn ich glaube, wir müssen jetzt auch nicht dauernd den Blick der kritischen Öffentlichkeit auf uns adaptieren und sagen, wir sind aber nun gar nicht vertrauenswürdig. Vielmehr wollen wir aus den Fehlern lernen, aus der Vergangenheit, und das dokumentieren wir genau damit.

Also, ich finde den Gedanken gut, ich finde die Idee mit dem Regisseur gut. Man müsste ihn nur schnell ansprechen. Man muss natürlich auch sehr schnell eruieren, ob überhaupt und wer dann aus dieser kritischen Öffentlichkeit bereit ist, sich daran zu beteiligen. Dafür ist diese paradoxe Intervention natürlich das Richtige.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Hagedorn.

Hans Hagedorn: Ja, ganz kurz zu den Kosten: Diese eine Million, die im Raum steht, im Sinne einer Unabhängigkeit, auch wenn Frau Kotting-Uhl das vielleicht noch einmal relativiert, wäre ja

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

nicht zulasten des Budgets der Kommission, sondern dafür gibt es Filmförderungsfonds und andere Töpfe. Auch der Film von Edgar Hagen ist aufgrund von vielfältigen Fördermitteln entstanden. Es würde gerade auch die Qualität des Films befördern, dass unterschiedliche Sponsoren dahinterstehen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Der letzte Satz macht mich jetzt ein bisschen sprachlos, muss ich sagen; ich bin ja sonst nicht auf den Mund gefallen. Die Vorstellung, dass wir jetzt wirklich einen Film machen, dessen Kosten deutlich mehrere sechsstelligen Zahlen betragen, das ist jetzt nicht mein Bild.

Ich rekonstruiere es jetzt noch einmal für mich. Ich würde auf jeden Fall die These - - Die Überschrift „Lernen aus der Vergangenheit“ finde ich gut, und dann fand ich gut, dass wir eine Einladung aussprechen, eine Plattform zur Verfügung zu stellen, und diese Plattform sollte ein Film sein. Dann war klar, dass wir alle hier einerseits von der Idee angetan waren, so nach dem Motto, hier haben wir jetzt Herrn Hagedorn, der hat uns eine gute Idee mitgebracht, wir andererseits aber gleichzeitig skeptisch sind, ob das überhaupt Interesse findet. Ich kann mir jetzt viel überlegen, was gut wäre, wenn die Beteiligten sagen, sie haben darauf keinen Bock; ich sage es jetzt einmal so salopp. Deshalb wiederum, wie Herr Jäger sagt, lag der Schwerpunkt darauf.

Ich habe es aber jetzt nicht so verstanden, dass wir uns da weiter Gedanken machen, sondern dass wir das Konzeptentwickeln erst einmal delegieren. Dann kriegen wir eine Rückmeldung, ob und inwieweit das überhaupt eine Funktion hat oder ob da letztendlich gegebenenfalls Sachen kommen, denen dann am Schluss die Kommission - ich kenne ja unsere Verfasstheit jetzt schon ein Stück weit - empört entgegentritt, es sei unmöglich, solche Inhalte über etwas zu vermitteln, was nur im Weitesten etwas mit der Kommission

zu tun habe; dann fangen wir an, hier über Zensur zu reden. Sprich, das hat überhaupt keinen Sinn, wenn wir das nicht delegieren und fragen: Kann man mit der Grundidee hier arbeiten?

Dafür würde ich noch einmal nachdrücklich werben, weil es uns doch irgendwie alle angesprochen hat, dass das etwas sein könnte. Aber ob es etwas ist, wissen wir heute nicht, und das kriegen wir auch nicht hin, wenn wir noch eine Viertelstunde länger diskutieren.

Darum werbe ich sehr dafür, dass wir sagen, Lernen aus der Vergangenheit, wir sprechen Menschen an, die ein solches Konzept entwickeln können. Leider können wir den konkreten Regisseur, obwohl ich die Idee grundsätzlich gut finde, jemanden zu finden, der schon viel Vertrauen genießt - - Aber das können wir in diesem Sinne auch noch nicht machen, weil er wahrscheinlich die Konzeptionierung nicht machen kann. Außerdem haben wir wieder vergaberechtliche Fragestellungen; die möchte ich jetzt aber nicht in den Vordergrund stellen.

Wenn wir es so machen könnten, dass wir sagen, okay, wir riskieren es, die 30 000 € einzusetzen, um dann zu sehen, ob das Sinn macht, das Go gäben, dann fände ich es sehr gut. Aber jeder Versuch, das jetzt zu antizipieren, ist meines Erachtens zu früh und würde uns überfordern.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Sommer noch und dann Schluss der Debatte an diesem Punkt.

Jörg Sommer: Ich weiß nicht, ob nach meinem Beitrag Schluss der Debatte sein kann.

Sylvia Kotting-Uhl, ich bin zu 100 Prozent bei Ihnen. Ein fantastisches Element unserer Arbeit könnte das sein, absolut. Aber ich bin leider auch seit 25 Jahren in dieser Branche tätig, und daher weiß ich zwei Dinge:

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Erstens. Die Zeitschiene, die da steht, ist so etwas von unrealistisch, das glaubt man gar nicht. Bis dahin, bis zum Februar 2016, wird, was immer wir tun, nicht einmal die Finanzierung von so einem Ding stehen können.

(Zuruf: Ganz sicher nicht!)

Wenn man ein solches Format möchte, mit so jemandem, dann kann man sagen, es ist gut, dass der das macht. Dann wird man aber sehr viel Zeit, sehr viel Energie verwenden, und dann wird dieser Film, sage ich jetzt einmal, vielleicht 2017 fertig sein.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Aber dann ist er so gut, dass er seine Kosten einspielt!

Jörg Sommer: Möglicherweise. Deshalb denke ich, man kann im Grunde nur zwei Dinge tun, alternativ; das möchte ich einfach einmal in den Raum werfen. Die eine Idee ist tatsächlich, im Sinne von Herrn Gaßner zu sagen, man nimmt etwas Geld in die Hand und versucht, diesen Regisseur oder einen anderen sozusagen im Sinne der Drehbuchförderung dazu zu bewegen, ein solches Konzept zu machen, das dann auch honoriert wird - ich habe das auch fast so verstanden, wie Sie es sagen -, und mit dem Ding kann er dann herumtingeln, unter anderem auch bei Fernsehsendern, wie auch in Ihrem Konzept steht. da kann durchaus eine Koproduktion mit einem ARD-Sender oder mit Arte oder Ähnliches dahinter stehen. Aber, noch einmal: Das zahlt nicht auf unseren Beteiligungsprozess in der Kommission ein; das müssen wir wissen. Das Ding wird fertig werden, wenn wir hoffentlich fertig sind.

Eine Alternative, die mir jetzt spontan noch einfällt: Nehmen Sie diese - Entschuldigung - läppi-schen 30 000 €, gehen Sie damit zur Filmhochschule hier in Berlin, geben Sie denen das Geld und sagen Sie ihnen, das in etwa stellen wir uns

vor, wollt ihr nicht so einen Film produzieren, und wir lassen uns überraschen, was dabei herauskommt.

Dann wird nämlich a) in dieser Zeitschiene etwas existieren, und b) glaube ich auch - ich kenne ja die kritische Öffentlichkeit, weil ich Bestandteil von ihr bin -, da ist die Akzeptanz sehr viel höher, wenn die kommen, als wenn irgendein Regisseur kommt, der schon einmal ein Drehbuch geschrieben und von uns abgenommen bekommen hat. Es ist ein bisschen eine Blackbox und eine Wundertüte, was wir kriegen; das müssen wir auch wissen. Aber vielleicht können wir damit ja auch leben.

Vorsitzender Ralf Meister: Vielleicht ist damit dann auch Schluss der Debatte, auch wenn hinten noch eine Option drin war.

(Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Gut!)

Ich habe in der Debatte am 12. Mai ja nicht mit diskutiert und kenne mich doch ein bisschen bei Bundesfördermitteln für Filme aus. Das Projekt, so wie es skizziert ist, ist komplett unrealistisch, und in der Frage der Möglichkeit der Beteiligung, in der Frage des Fokus der Qualität dieser Beteiligung, in der Frage der Dauer und in der Frage der Finanzen unterscheidet es sich kolossal von allen Punkten, die wir bisher besprochen haben. Dennoch ist es gut, dass es darin steht.

Wie schaffen wir es jetzt allerdings, zu sagen, dass wir ein solches Projekt, das man dann zum Beispiel nach Potsdam an die Filmhochschule Babelsberg gibt, als eine der möglichen Überlegungen drin lassen, einen Kontakt zu Menschen aufzubauen, die im Prinzip den Kontakt mit uns nicht wollen? Aber wenn wir es herausnehmen, glaube ich, würden wir uns dieser Diskussion komplett entziehen; wir müssen aber auch deutlich machen, dass dies als eine der möglichen Optionen bedacht werden kann.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Mir liegt darin eine Stärke, dass es konkret ist, und darin liegt die große Schwäche. Wenn die Variante Dokumentarfilm abgelehnt wird, haben wir an dieser Stelle keine weiteren Kommunikationspläne, wie wir mit denen noch in den nächsten zwölf, 14 Monaten Kontakt aufnehmen können. Die Stärke ist das Konkrete; die Schwäche ist, dass dann, wenn diese Konkretion nicht greift, wir gar nichts haben.

Deswegen ist dieser Punkt für mich deutlich noch in Klammern zu setzen. Ihn jetzt so darin zu belassen, zeigt, dass wir zwar von einer Idee fasziniert sind, aber in der Realisierung der Kontaktaufnahme relativ beschränkt, und dieser Eindruck darf nicht vermittelt werden. Daraus, glaube ich, finden wir jetzt keine Lösung dergestalt, dass wir das in einen Konzeptentwurf so eintragen, dass wir sagen, das geht.

Mein Vorschlag wäre vielmehr deutlich, dass dies so mit der Änderung der Überschrift - - Es gibt überhaupt keinen Dissens mit der Überschrift „Lernen aus der Vergangenheit, Erkenntnisse für den zukünftigen Prozess der Standortsuche“. Thema und Fokus bleiben; aber wir müssten unter diesen Überschriften mindestens zwei oder drei Optionen schon jetzt entwickeln. Die eine ist die mit dem Dokumentarfilm, und eine zweite und eine dritte müssten noch kommen; denn sonst sind wir an einem der kritischen Begegnungspunkte, die auch für die Arbeit der Kommission und die Beteiligung der Öffentlichkeit konstitutiv sind, zu schnell blank.

Da wäre die Frage, ob wir das noch einmal delegieren, dass an diesem Punkt noch einmal nachgearbeitet werden muss. - Herr Hagedorn.

Hans Hagedorn: Ein konkreter Vorschlag wäre, dass man im Rahmen dieser Kontaktaufnahmen für einen möglichen Film auch noch inkludiert, dass man einfach die kritischen Gruppen einmal fragt - ich meine, die sind ja ansprechbar -: Ein

Film ist eine Möglichkeit. Hättet ihr da überhaupt Lust zu? Falls das nicht funktioniert, was wäre für euch eine akzeptable Form, mit der Kommission zu kommunizieren?

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Jäger, Herr Fuder.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ich verstehe unsere Diskussion ja jetzt auch vor dem nächsten dringenden Schritt, dass wir Formate definieren, die wir dann auch ausschreiben können, sodass dann das Ganze praktisch umgesetzt werden kann.

Wäre es denn denkbar, dass wir diesen Vorschlag hier etwas abstrahieren und allgemeiner formulieren, im Sinne des Themas und im Sinne des Fokus, und den Auftrag eben so formulieren, ausschreiben, Vorschläge zu machen, wie man denn Gruppen erreichen kann, die sich bisher verweigern - oder eine andere, verträglichere Formulierung -, Formate vorzuschlagen, wie wir das denn schaffen?

Das Ziel ist, denke ich, unstrittig, dass wir möglichst die kritische Öffentlichkeit hier mit einbeziehen wollen. Aber der Weg dorthin war jetzt ein Dokumentarfilm, hinsichtlich dessen wir aufgrund der Diskussion jetzt feststellen, dass das so nicht trägt. Es geht darum, davon zu abstrahieren und uns dazu sehr konkrete Vorschläge machen zu lassen.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Fuder.

Michael Fuder: Mir scheint der zielorientierteste, zeitlich realistischste, finanzierbarste Vorschlag der zu sein, den Herr Sommer gemacht hat, und ich kann mir sehr wohl vorstellen, mit der Filmhochschule Babelsberg, der Filmhochschule München, mal gucken, Kontakte aufzunehmen. Ansprache dieser kritischen Öffentlichkeit über diejenigen, die dann auch den Film machen, und so schnell wie möglich eruieren, ob über diesen

Weg das Ganze realisierbar erscheint, und akzeptieren, dass diese Blackbox im günstigen Falle eine unglaubliche Stärke ist, und dann hier rückmelden lassen - schrittweise, vielleicht beim nächsten Mal -, was Stand der Dinge ist, um dann irgendwann die Erkenntnis zu haben, jawohl, funktioniert, funktioniert nicht. Aber im Moment würde ich sogar sagen, wir sollten ausschließlich auf dieses Pferd setzen.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Miersch.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Ja, das geht in die gleiche Richtung. Ich meine auch, Herr Jäger, wir müssen nicht alles sofort ausschreiben. Ich würde dieses Format gegebenenfalls dann herausnehmen und im Zweifel im Juni oder im Juli darüber diskutieren wollen. Ich halte die Kontaktaufnahme, zumindest erst einmal den Versuch, um die Blackbox ein bisschen klarer zu füllen, als ersten Schritt eigentlich für notwendig. Das schließt das, glaube ich, aber nicht aus, was Herr Sommer vorgeschlagen hat. Jetzt für ein Konzept für 30 000 € eine Ausschreibung zu machen, halte ich für nicht zielführend.

(Zustimmung von Prof. Dr. Gerd Jäger)

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Wenn Matthias Miersch jetzt den letzten Satz nicht gesagt hätte, hätte ich gesagt, ich fasse wie folgt zusammen ...

Wir finden niemanden, der die Kontaktaufnahme professionell macht und der uns diese Frage beantwortet, wenn wir das nicht ein Stück weit delegieren. Deshalb wäre mein Vorschlag jetzt gewesen: Wir suchen jemanden, der das weiterentwickelt, was wir momentan haben.

Das würde bedeuten, ich würde nicht so allgemein wie Herr Jäger fragen wollen - Sie haben es nicht gesagt; ich sage es nur -, ob uns jemand Formate liefern kann, wie wir die störrische kritische Öffentlichkeit mit einbringen, sondern ich

würde sagen, untersuche, ob die Idee des Dokumentarfilms ein geeignetes Medium ist, und bringe gegebenenfalls Alternativen mit.

Also, ich würde den Film gerne letztendlich als dieses Ansprachemedium aufrechterhalten und dann eben sagen, wenn daran kein Interesse besteht, gibt es andere Interessen. Dann brauchten wir jemanden, der diese Gespräche führt, und ich würde den Rahmen in die Richtung stecken wollen, wie es Herr Fuder in Anlehnung oder im Anschluss an Herrn Sommer auch gesagt hat: Also, es müssen die und die Rahmenbedingungen sein, es muss in der Phase 3 vorliegen, und es muss ein Budget sein, das von der Kommission gestemmt wird.

Also, eine Delegation an die Filmförderung und so etwas, das würde ich nicht machen wollen, weil das auch wirklich wiederum nicht unsere Aufgabe ist, denn das würde heißen: Wir haben eine kreative Entwicklung, die wir völlig aus der Hand geben. Also, das müsste ein Film sein, der für 100 000 € oder so etwas gemacht werden kann, und da würde es sich wiederum anbieten, dass man das dann tatsächlich über eine Filmhochschule macht.

Aber das würde ich gerne alles quasi wieder auf diesen Sheet geben und einen bitten, doch einmal weiter nachzudenken, ob man unter diesen Rahmenbedingungen mit dieser Zielgruppe etwas machen kann, ja oder nein, und dann müssten wir entscheiden, ob es gemacht wird. Aber jetzt darauf zu verzichten, da jemanden loszuschicken, der wirklich ein bisschen mehr macht, der die Gruppen auch mal anspricht und so - - Da halte ich jetzt wiederum dieses Budget für notwendig, um sowohl mit den Gruppen zu sprechen, mit den Gruppen darüber zu sprechen, ob sie Alternativen sehen, mit den Hochschulen zu sprechen, ob sie sich das vorstellen können. Ich glaube, dass man das jetzt nicht viel günstiger bekommen und es insbesondere nicht nebenbei erledigen kann.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Also, es wäre mein Petition, die Sachen so zusammenzuführen, dass wir das auf den einen Baustein, den Matthias Miersch jetzt genannt hat, konzentrieren, nämlich zu sagen, wir lassen einmal herumhören. Wir müssen das aus den Händen geben, damit wir auch zu einer belastbaren Rückmeldung kommen.

Vorsitzender Ralf Meister: Wir kommen nachher noch zu den Kosten und zum gesamten Kostenrahmen bei der Frage, dass etwas herausgegeben werden kann, und somit auch zu der Frage, ob dies heute nun schon herausgegeben werden kann, sodass daraus am Ende dann schon Angebote eingeholt werden können.

Der Vorschlag hieße zugespitzt, dass der Punkt 3.2.5 in der Überschrift heißen könnte „Angebote zur Kommunikation mit Konfliktparteien (Beispiel Dokumentarfilm)“. Thema der Kommission heißt „Lernen aus der Vergangenheit“, Fokus bleibt „Erkenntnisse für den zukünftigen Prozess der Standortsuche“. Zielgruppe, Beteiligungsformat läuft dann, zum Beispiel Dokumentarfilm oder ad Dokumentarfilm - wird so weiter gefolgt -, ad N.N. oder X oder Y. Als Optionen werden durchaus Beispiele mit aufgenommen, Möglichkeiten für die Kommunikation mit Konfliktparteien kenntlich zu machen oder sichtbar zu machen.

Dafür brauchten wir meines Erachtens dann allerdings noch einmal eine andere Vorlage, in der das so zusammengefügt wird, über die wir dann das nächste Mal entscheiden. - Sind Sie einverstanden?

Wir kommen jetzt auch mit Blick auf die Uhr - wir müssen ja nachher noch zu den Verbindlichkeiten kommen, wie wir mit den Punkten weitergehen, die wir jetzt besprochen haben - zu 3.2.6, „Zuschriften und weiterentwickeltes Online-Format der Kommissionswebsite“. Ich bitte, kurz einzuführen. Auch da waren viele Dinge schon klar.

Hans Hagedorn: Genau. Es geht hier themenübergreifend über alle Themen. Der Fokus wird dann jeweils von den Absendern gesetzt; darauf hat die Kommission keinen Einfluss. Zielgruppe ist die breite Öffentlichkeit, wobei das alle anderen Zielgruppen auch umfasst, also auch die informierte Öffentlichkeit usw.

Ziel dieses Beteiligungsformats ist es, die Impulse der Bürgerinnen und Bürger mit einer großen Bandbreite aufzunehmen, also auch in Bezug auf Vorwissen, auf Fachlichkeit, auf Umfang - in späteren Phasen können das ja sehr viele Zuschriften werden -, transparent auszuwerten und so Vertrauen aufzubauen. Das ist ja das Metaziel, das dahintersteckt. Zuschriften, die nicht auf nachvollziehbare Weise verwertet werden, erzeugen zusätzliches Misstrauen. Da können Sie hier noch so viel Arbeit hineinstecken und Zuschriften intern diskutieren, wenn es nicht nachvollziehbar und klar wird, wie solche Zuschriften ausgewertet werden, tragen Sie eher zu Misstrauen als zu Vertrauen bei.

Deshalb geht es um ein Format, in dem man die Zuschriften, die per Post kommen, und die, die online kommen, in einem gemeinsamen Workflow zusammen führt. Da ist jetzt mit der Stelle von Herrn Voges schon ansatzweise ein Weg gefunden worden. Das sollte auch technisch einfach auf solide Füße gestellt werden.

Herr Gaßner hatte dazu vorgeschlagen, dass die Geschäftsstelle als kleine Maßnahme dazu ein Fachgespräch mit Partizipationsexperten durchführt, damit dies schnell auf gute Beine gestellt wird. Der Aufwand für die Botschafter wäre sehr überschaubar, die sind jetzt halt kumuliert pro Person mit einem Tag quantifiziert. Konkret wäre es einfach, dass jede Arbeitsgruppe eine Person benennt, die dann jeweils Ansprechpartner für Herrn Voges ist, um das sinnvoll und richtig einzuspeisen. Das wäre laufend bis zum Ende der Kommissionsarbeit, und von den Kosten jetzt erst einmal sehr überschaubar, weil es zunächst nur

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

darum geht, in einem Fachgespräch die Schritte abzustecken.

Vorsitzender Ralf Meister: Gibt es Zustimmung zu diesem Punkt? - Herr Becker.

Thorben Becker: Ich habe Skepsis, was Kosten und Aufwand angeht. Wenn ich es richtig verstehe, wird es ja dann auch irgendwann das ersetzen, was Herr Gaßner Stellungnahmeverfahren genannt hat. Wenn die Kommission konkrete Bausteine im Entwurf fertig hat, kann die Öffentlichkeit, können Interessengruppen, wie auch immer, mit konkreten Stellungnahmen darauf reagieren. Es kann ja sein, dass man das Tool auf der Website für 5 000 € so ertüchtigt, dass es das leisten kann. Aber ich glaube, der redaktionelle und der Betreuungsaufwand, die dahinterstecken, sind gewaltig. Ich sehe im Moment nicht, dass vier Kommissionsmitglieder und Herr Voges mit irgendwelchen Stellenanteilen das leisten.

(Zuruf: Das ist ein Missverständnis!)

- Dann kläre mich auf.

Hans Hagedorn: Soll ich das klären?

Vorsitzender Ralf Meister: Ja.

Hans Hagedorn: Volle Zustimmung. Diese Kostenschätzung ist nur der erste Schritt, und je nachdem, wie diese Klärung verläuft, werden dann natürlich durchaus weitere Kosten erzeugt: durch redaktionelle Arbeit, durch IT-Unterstützung, was auch immer. Aber das ist jetzt einfach nicht realistisch abschätzbar. Das ist der erste Schritt.

Vorsitzender Ralf Meister: Bleiben wir bei diesem Punkt bei der generellen Zustimmung? - Es wird so übernommen. - 3.2.7, Abschlussveranstaltung.

Hans Hagedorn: Hier kann man noch nicht so richtig viel Genaues konzipieren. Das hängt einfach auch sehr viel davon ab, wie jetzt die nächsten Monate verlaufen, welche Ergebnisse aus den einzelnen Formaten herausdestilliert werden. Grundsätzlich kann man als Rahmenbedingung sagen, es wird sicherlich wieder eine themenübergreifende Veranstaltung werden. Der Kommissionsbericht sollte dann zum Großteil fertig sein. Es war heute Morgen die Diskussion, ob er final fertig sein und dann der Öffentlichkeit vorgestellt werden soll und die weitere Diskussion, die ja dann nicht abbricht, außerhalb der Kommissionsarbeit geführt werden soll, oder ob man die Veranstaltung noch einen Tacken eher macht, sodass man eine definierte Phase hat, in der man den Bericht noch einmal überarbeiten kann. Diese Frage müsste man klären.

Zielgruppe wären auf jeden Fall alle Beteiligten der anderen Formate, das Ziel wäre halt, wirklich für eine Verbreitung der Empfehlungen in der Öffentlichkeit zu sorgen und die Voraussetzung zu schaffen, dass der gesellschaftliche Konsens langsam entsteht.

Das Format wäre vermutlich ähnlich wie die jetzige Bürgerdialog-Veranstaltung im Juni, eine große Abschlussveranstaltung. Es wäre sehr schön, wenn alle Botschafter, also alle Mitglieder dabei wären. Derzeit ist grob für Juni 2016 eingeplant. Man müsste es eigentlich spezifizieren: je nachdem, wann die Kommission endet, halt Kommissionsende minus X.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Jäger.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Herr Hagedorn, müsste man nicht aus dieser Veranstaltung zwei machen, nämlich die erste, wenn wir den Bericht im Entwurf präsentieren und sagen können: Hier ist das Werk. Dann können alle, die bisher Ausschnitte gesehen und Arbeitsstände identifiziert haben, den Status des Berichtes sozusagen abgreifen. Da-

bei könnte eine erste Diskussion stattfinden. Anschließend wird dann ein Prozess starten, der wiederum mit einer zweiten Veranstaltung abgeschlossen wird. Mir scheint, das war der ursprüngliche Aufschlag, nur den Schlusspunkt zu betrachten. Ich meine, wir müssten zwei solche Veranstaltungen haben.

Vorsitzender Ralf Meister: Frau Kotting-Uhl.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich würde stattdessen zwei Tage vorschlagen, also so, wie wir damals auch das Standortauswahlgesetz in zwei Tagen beraten haben; ein Tag ist zu wenig, um die ganzen Aspekte dieses Abschlussberichtes zu beraten, und der Zeitpunkt mit Juni 2016 ist jetzt, würde ich sagen, erst einmal gegriffen. Es gibt immer noch einige Mitglieder der Kommission, die glauben, dass wir ohne Verlängerung auskommen.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Miersch, dann Herr Becker.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Ich würde dringend dafür plädieren, nicht zwei Tage hintereinander zu beraten; da muss wirklich Reflexion möglich sein, wie es Herr Jäger gesagt hat. Ansonsten ist das nur eine Alibigeschichte. Es muss eine Reflexion auch vonseiten der Kommission möglich sein, deswegen zwei Veranstaltungen.

Thorben Becker: Zustimmung zu diesem Vorschlag, weil wir nach meiner Meinung tatsächlich beides brauchen. Wir brauchen eine Veranstaltung, auf der ein Entwurf diskutiert wird, und dem die Beteiligung sich anschließt. Ich finde es aber auch gut, am Ende der Beteiligung eine Veranstaltung zu machen. Wenn die dann vor die Wand fährt, dann haben wir viel falsch gemacht. Es wäre eine Veranstaltung, auf der man tatsächlich erklärt, was mit den Beteiligungsergebnissen passiert ist, was eingeflossen ist und was nicht,

und das auch öffentlich macht. Insofern Zustimmung.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Trotzdem zwei Tage.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Wenn ich eine Abwägung vornehmen dürfte, dann wären mir, wenn ich auswählen müsste, zwei Tage in diesem Zeittableau, das ja noch vorläufig ist, Februar, März, deutlich wichtiger als eine Veranstaltung im Februar, März und eine am Ende. Wenn wir alles machen, bin ich auch dafür. Aber wenn ich abschichten müsste, würde ich auf die Abschlussveranstaltung eher verzichten wollen.

Ich hatte die Intervention von Herrn Thomauske so verstanden, als Herr Meister sagte, wir verschieben das rote Dreieck ein wenig, dass es darum gehen muss, dass wir in dieser Phase 3 eine Veranstaltung haben, deren Auswertung dann im Juni zu Ende sein muss. Da ist die Veranstaltung nicht im Juni. Das sind ganz verschiedene Gedanken, die ich zusammenführe. Ich weiß nicht, ob wir uns eine Abschluss-Abschluss-Veranstaltung auch noch reintun müssen, um es einmal so salopp zu sagen. Einige sprechen dafür; ich will in dem Sinn nicht dagegen sprechen.

Aber das Wichtigere ist jetzt diese Veranstaltung, bei der wir den Bericht noch als im Werden darstellen können und wo man noch ein bisschen daran schleifen kann. Das ist Beteiligung. Ob das wiederum ein oder zwei Tage sind, ist die Frage, die Sylvia Kotting-Uhl aufwirft. Deshalb würde ich eigentlich sagen, jetzt müssen Sie Voten abgeben, ob wir zweimal einen Tag oder einmal zwei Tage machen und den Abschluss optional lassen, oder ob wir uns jetzt gleich festlegen, dass wir zwei Tage plus einen Tag machen. Das müsste jetzt noch diskutiert werden.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Hagedorn.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Hans Hagedorn: Völlige Zustimmung natürlich, dass die Beteiligungsformate als Ganze so konzipiert werden müssen, dass sie Einfluss auf den Bericht haben. Nichtsdestotrotz braucht man, wie Herr Becker gesagt hat, am Schluss eine Veranstaltung, in der Sie als Kommission zeigen, dass Sie die Erkenntnisse verarbeitet haben, die Sie aus den Beteiligungsformaten erhalten haben. Das ist eine Veranstaltung, die keinen Nachlauf mehr braucht, sondern das ist wirklich ein Schlusspunkt, bei dem Sie den Bericht übergeben. Da kann man den Bericht auch den Vertretern von Bundesrat und Bundestag irgendwie physisch in die Hand geben. Es ist dann nicht notwendig, dass der Bericht hinterher noch einmal angefasst werden soll. Dort präsentieren Sie, wie glaubwürdig Sie diese Ergebnisse übernommen haben.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Entschuldigung, es braucht noch Zeit, dass man den gesellschaftlichen Konsens suchen kann; das wird nun wirklich im Juni 2016 sein.

Hans Hagedorn: Na ja, der gesellschaftliche Konsens ist eine Jahrhundertaufgabe.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Ott und Herr Jäger.

Erhard Ott: Ich halte es schon für sinnvoll und notwendig, dass wir dann, wenn der Bericht praktisch fertig ist, die Veranstaltung im Frühjahr machen, aber mit einer Reflexionsmöglichkeit, was Rückmeldungen angeht. Da sollten wir uns auch Zeit nehmen, und ich glaube, dass dann in der Tat eine zweitägige Veranstaltung wirklich Gelegenheit gibt, die unterschiedlichsten Interessierten zu Wort kommen zu lassen. Sonst wird das Ganze sicherlich zu eng. Ich kann da Herrn Hagedorn nur zustimmen: Wenn die abschließenden Rückmeldungen in den Bericht eingegangen sein werden oder auch nicht, dann kann der endgültig beschlossene Bericht von der Kommission

unter politischer Beteiligung noch einmal öffentlich vorgestellt werden. Das ist, denke ich, eine Selbstverständlichkeit. Da brauchen wir dann in der Tat keinen Nachlauf mehr.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Jäger.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Herr Gaßner, vor die Frage gestellt, welche dieser beiden Veranstaltungen die wichtigere ist, würde ich klar die erste als die wichtigere sehen, wenn wir den Rohdiamanten präsentieren und damit einen Prozess einleiten, der dann auch in der Folge natürlich Feedback beinhaltet. Wir werden das auch am Ende nicht als geschlossenes Werk innerhalb eines Tages transportieren können. Die Leute werden ja wissen wollen, was aus ihren speziellen Punkten geworden ist, und dann werden sie sich sehr interessiert den Rohdiamanten, wie gesagt, den Berichtsentwurf, vornehmen und lesen.

Dann müssen wir uns überlegen, wie wir den Prozess bis zum Abschluss gestalten. Der Abschluss ist sicherlich auch durchaus interessant genug, das in einer bestimmten Form zu machen; das ist aber eine ganz andere Qualität. Das muss auf der Strecke dahin sauber sein, sodass wir dem Anspruch genügen, Feedback dazu gegeben zu haben, was aus den einzelnen Inputs denn geworden ist.

Also noch einmal: Dann, Frau Kotting-Uhl, würde ich auch eher bei Ihnen sein und eher zwei Tage oder auch gestaffelt danach vielleicht mit einzelnen Zielgruppen bestimmte Aktivitäten wieder aufgreifen.

Vorsitzender Ralf Meister: Es zeichnet sich ein Konsens an dem Punkt ab, dass der Abschnitt 3.2.7 in diesem Zusammenhang doch noch einmal grundsätzlich überarbeitet werden muss. Dessen Teile werden dann vermutlich

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

3.2.7.1 und 2 heißen. 3.2.7.1 läuft unter der Überschrift „Vorstellung des Berichtsentwurfes“ und 3.2.7.2 ist die Abschlussveranstaltung.

Dann müsste es neu entworfen werden, weil es momentan so aussieht, als wenn 7.1 für 34 Personen 36 Stunden Anwesenheit bedeutet, und die Abschlussveranstaltung wahrscheinlich für sechs Stunden auch 34 Personen meint. Das jedenfalls schien mir eben der Konsens zu sein, sodass wir mit dem, wie es hier jetzt so fixiert ist, noch nicht weiter kommen. Das müsste dann neu bearbeitet werden, weil der Prozess dann zwischen dem Frühjahr, also März, 36 Stunden, und Juni, noch eine Produktionsphase in der Entstehung der finalen Version beinhaltet, Herr Hagedorn.

Hans Hagedorn: Ja.

Vorsitzender Ralf Meister: Unter diesen Gesichtspunkten nehmen wir das so auf, ohne dass wir das Ergebnis jetzt schon final haben, wie es aussieht, aber nur mit den Bedingungen, die ich eben für diesen Konsens formuliert habe.

Wir kommen zu 3.3, Optionale Beteiligungsformate. Jetzt fahren wir durch „optional“ deutlich ein paar Stufen herunter. Wir werden nachher noch verbindlich festlegen, in welchen Größenordnungen und mit welchem Tempo und Finanzumfang wir auf 3.2.2 bis 3.2.6 oder 3.2.7 zugehen wollen. Hier geht es jetzt um Optionen auch unter dem Gesichtspunkt der Überforderung. Entschuldigen Sie, ich habe das als Kaleidoskop der Möglichkeiten gelesen, nicht als konkret-präzise Vorlage von Dingen, die wir jetzt noch auswählen müssen.

Wenn das so ist, könnten wir darüber - es sei denn, es gibt ganz massive Einwände, dass man dieses farbige Bild im Konzeptentwurf nicht weiterhin sehen will - ja relativ schnell hinweggehen und sagen, das alles sind Varianten, und es sind,

wie es am Ende heißt, auch noch weitere denkbare Varianten möglich, die Sie ganz zum Schluss noch nennen, wenn Sie dem Leitbild entsprechen. - Herr Hagedorn.

Hans Hagedorn: Zustimmung, dass das ein Kaleidoskop ist, das in der weiteren Arbeit herangezogen werden kann. Einzige Ausnahme wäre 3.3.1, Unabhängige Beteiligungsformate, einfach aus dem Grund, weil die unabhängig passieren, ohne dass die Kommission Einfluss nehmen muss. Man könnte dieses Format quasi unter die primären in dem Sinne mit aufnehmen, dass man sagt: Wenn diese Formate den Prinzipien des Beteiligungskonzeptes entsprechen, dann nehmen wir die halt in unsere Arbeit genauso mit auf wie ein von uns initiiertes Format. Stichwort: Das ENTRIA-Bürgergutachten ist für uns wie ein Format, dass wir selbst initiiert haben.

Vorsitzender Ralf Meister: Das passt sehr gut; jedenfalls nach meinem Eindruck könnten wir gerne so verfahren.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich würde das gerne unterstreichen mit einer kleinen Nuancierung: Wir müssen vorsichtig sein, dass wir eine Formulierung finden - ich weiß nicht, ob sie uns damals in dem Papier von Herrn Meister und mir schon gelungen ist; das ist mir jetzt nicht Erinnerung -, in der deutlich wird, dass wir gerne Bezug nehmen, aber dass es in dem Sinne unabhängig von uns ist. Die Veranstaltung, die Herr Ott macht begrüßen wir sehr, aber sie wird nicht vereinnahmt. Die Veranstaltung Loccum begrüßen wir sehr, aber es gibt nicht die Situation, die wir jetzt schon zu vergegenwärtigen haben, wer nach Loccum geht, geht zum Handlanger der Kommission; lassen Sie es mich so deutlich sagen. Deshalb würde ich eher noch sagen, das bekäme eine von den anderen abgehobene Gliederungsziffer und eine Einleitung, dass der gute Gedanke nicht untergeht und uns nicht gesagt wird, wir vereinnahmten.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Vorsitzender Ralf Meister: Dann können wir es uns leicht machen und dem folgen, was unter 3.3.1, Unabhängige Beteiligungsformate, aufgeführt wird.

Hans Hagedorn: Mit der kleinen Änderung nehmen wir das dann so mit auf.

Vorsitzender Ralf Meister: Einverstanden? - Dann kommen wir zu den Punkten am Ende, zunächst zu 3.4, Rolle der Botschafterinnen und Botschafter und Verankerung der Ergebnisse. Da war es der Kommission wichtig, hinsichtlich dessen, was wir hier zum Teil gesehen haben, noch einmal deutlich nachzufragen, ob das, bezogen auf die Anzahl der Tage realistisch ist. Hier ist es spezifiziert aufgeführt, was diese Rolle ist. Darüber gab es, glaube ich, einen großen Konsens. So wie es hier zusammengefasst ist, würde ich das auch gerne weiter mittragen. Gibt es von Ihnen Veränderungsvorschläge, die wir einfügen müssten? - Herr Fox.

Andreas Fox: Die Ergebnisse der einzelnen Formate sollen ja in irgendeiner verbindlichen Form letztlich in die Kommissionsarbeit einfließen. Hier ist festgehalten, dass die Moderatoren die zentralen Ergebnisse schriftlich den Botschaftern mitteilen. Was diese daraus machen und was sie letztlich in die Kommissionsarbeit hinein transportieren, sollte vielleicht noch genauer beschrieben werden: wie das geschehen soll, dass es einen bestimmten Umfang hat, dass es eben auch nachvollziehbar ist, welche Ergebnisse aus welchem Zusammenhang dort generiert worden sind, sodass auch später noch nachvollziehbar ist, welche Ergebnisse sich am Ende auch im Kommissionsbericht wiederfinden und wie die Diskussionen in den verschiedenen Formaten tatsächlich widerspiegelt worden sind.

Vorsitzender Ralf Meister: Darf ich direkt zurückfragen? Ich habe diesen Abschnitt genauso gelesen, dass er dies in weiten Teilen klärt. Habe

ich das missverstanden? Weil er sogar gewagt einen Formvorschlag bietet, den man sicherlich noch einmal weiten kann. Aber genau die Fragen, die Sie stellen, werden doch beantwortet. Oder habe ich das falsch verstanden?

Andreas Fox: Die Frage ist letztlich, wie umfangreich und deutlich das wird, was aus diesen Veranstaltungen herauskommt. Es ist schwer vorzuschreiben, ja.

Vorsitzender Ralf Meister: Gut, aber das ist, würde ich sagen, eher im Leitbild und in der Ambition, in der wir dieses Verfahren machen, aufgenommen. Ich fand bei Ihrer Empfehlung eben, das auszuweiten, dass man höchstens auf Seite 43 einfügen könnte:

Es wird empfohlen, eine einheitliche Form zu nutzen. Möglich wäre: ...

Das ist nicht final beschrieben, aber wir sollten es an diesem Punkt auch nicht zu sehr öffnen. - Herr Sommer.

Jörg Sommer: Ja, es geht in die ähnliche Richtung. Ich finde, es ist hier so weitgehend beschrieben, glaube ich, wie man es zum jetzigen Zeitpunkt skizzieren kann. Wir sollten schon darauf drängen, dass wir das auch in der Kommission im Grunde beschließen. Die Antwort auf die Frage, wie ganz konkret ein Bericht formuliert wird, wird sich die Kommission bestimmt noch vorbehalten wollen. Wichtig ist, dass die Botschafter Garanten dafür sind, dass die Ergebnisse aus der Bürgerbeteiligung in die Debatte einfließen.

Dies führt mich natürlich zu einem Punkt, den wir bisher nicht geklärt haben: Wenn wir das so machen, dann hat natürlich die Frage, wer Botschafter für welches Thema ist, schon auch eine

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

gewisse Relevanz. Wir müssen dann zu irgendeinem Zeitpunkt auch einmal miteinander - wir haben gerade gehört, dass es im Zusammenhang mit einer Bewerbung geheißen hat, es gebe aber schon andere anonyme Bewerber - transparent und im Konsens in der Kommission entscheiden, wer jetzt für welches Thema als Botschafter fungiert. Dazu müssen wir aus der AG 1 einen Vorschlag machen; das können wir nicht ewig vertagen.

Vorsitzender Ralf Meister: Ich finde es sehr gut, dass Sie das anmerken. Das kann jetzt hier nicht auftauchen, sondern das ist ein eigener Arbeitsauftrag, den wir haben. Meine Vermutung wäre, dass es eher schwierig wird, an allen Stellen ausreichend Botschafter zu bekommen. Aber über diejenigen, die wir empfehlen oder von denen wir glauben, dass sie sich durch Kompetenz für die jeweilige Fragestellung empfehlen, müssen wir uns verständigen.

Wir gehen weiter auf Punkt 4, Zeit- und Umsetzungsplan. - Ja?

Prof. Dr. Gerd Jäger: Noch einmal zu den Botschaftern: Ich muss gestehen, ich habe da noch ein Verständnisproblem. Ganz am Schluss in der Beschreibung der Rolle der Botschafter steht im letzten Absatz in der Mitte

Zum anderen melden sie ein Feedback in drei Richtungen:

- jetzt kommt der Punkt, den ich noch nicht so ganz ausmachen kann -

an die Teilnehmenden persönlich,

- da ist die Frage, Herr Hagedorn, wie das zu verstehen ist -

an die Öffentlichkeit

- das ist eine Frage der Kommunikation am Ende insgesamt mit dem Bericht -

und an die Mitglieder der Kommission.

Das versteht sich von selbst. Aber „an die Teilnehmenden persönlich“, da habe ich ein gewisses Problem, zu verstehen, wie das funktioniert.

Ansonsten noch eine Anregung, Herr Meister: Ich sehe mich im Moment nicht mehr in der Lage, einen Überblick zu haben, wie viele Botschafter mit welchem zeitlichen Einsatz benötigt werden. Kommen wir da noch zu einer Verabredung, dass wir da einen Überblick gewinnen?

Vorsitzender Ralf Meister: Ja. - Also, Herr Hagedorn wird das beantworten. Für mich war das völlig plausibel, wenn Sie als Botschafter in einen Workshop gehen, werden Sie am Ende dieses Workshops den Teilnehmenden klar ihre Prozessbeobachtung dieses Workshops mitteilen und sagen, mit welcher Nachricht sie in die Kommission gehen. Das ist darin ausgedrückt. Habe ich es richtig verstanden, Herr Hagedorn?

Hans Hagedorn: Korrekt, ja.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Kein Feedback zu der anschließenden Diskussion in der Kommission?

Hans Hagedorn: Es ist jedem Botschafter unbenommen, auch die Teilnehmer nach der Debatte in der Kommission über E-Mail noch einmal zu kontaktieren und ihnen ein kurzes Feedback zu geben. Das wäre noch eine Kür, das wäre natürlich super; aber es ist keine Pflicht.

Vorsitzender Ralf Meister: Haben Sie noch Fragen zum Zeit- und Umsetzungsplan und zu 5, „Wir wollen beteiligen lernen“? Die sind ja natürlich schon einmal durchgegangen worden. - Da gibt es nichts.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Wir haben jetzt alles einmal durchgenommen und haben einen breiten Konsens in 1 und 2, wir haben jetzt leichte Veränderungen in der Themenbeschreibung bei 3; wir haben Ergänzungen unter 3. vorgenommen, die auch auf 2. rückwirkend sind. Wir haben die größte Veränderung vorgenommen, indem wir momentan den Punkt 3.2.5, „Dokumentarfilm mit Konfliktparteien“, auf den Juni in einer Neubearbeitung verschoben haben, und den Punkt 3.2.7, „Abschlussveranstaltung“, auch in einer Neubearbeitung und Differenzierung erst bei der nächsten Sitzung sehen.

Ansonsten gibt es mit den eingetragenen Veränderungen einen Konsens über dieses Beteiligungskonzept. - Herr Kudla.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Eine Frage noch - vielleicht war ich da gerade draußen - kurz zu dem Abschnitt 3.3.4, „Delphi-Verfahren“: Da heißt es zur Zielgruppe „Bildungs-/Wissenschaftscommunity“. Was ist hier der Unterschied zur Fachöffentlichkeit? Ist das das Gleiche? Man kann das auch so lesen, als wenn die Bildungs- und Wissenschaftscommunity nur hier hinten vorkommt. Das ist ja wohl nicht gemeint.

Hans Hagedorn: Das ist ein Verfahren aus dem Kaleidoskop. Da geht es darum, das Kompetenzprofil für die Sicherheit der Standorte zu erhalten, sowie darum, wie es auch in künftigen Generationen gesichert werden kann. Das richtet sich nun halt einmal in der Natur der Sache eher an die Bildungs- und Wissenschaftscommunity, die diese nachfolgenden Generationen von Sicherheitsingenieuren ausbildet. Das kann man auch unter Fachöffentlichkeit fassen.

Vorsitzender Ralf Meister: Okay, damit verlassen wir das Beteiligungskonzept. - Herr Lübbert.

Dr. Daniel Lübbert (Geschäftsstelle): Ich wollte das kurz mit Ihnen koordinieren: Die Idee für das weitere Vorgehen ist ja, dass Herr Hagedorn jetzt

die hier beschlossenen Änderungen einarbeitet und sie in einer Telefonkonferenz der AG-Vorsitzenden sozusagen abgenommen und beurkundet werden. Für diese Telefonkonferenz gibt es auch schon einen Termin: Sie soll am Freitag, dem 5. Juni, um 11 Uhr stattfinden. Das ist das Ergebnis einer Doodle-Abfrage, das Frau Heinen-Esser zu einer Entscheidung umgewandelt hat. Das wollte ich hier nur noch einmal bekannt geben und einmal in die Runde gucken, ob alle damit einverstanden sind, dass am 5. Juni sozusagen der Schlusstrich unter dieses Beteiligungskonzept gezogen wird.

Vorsitzender Ralf Meister: Ja und nein. Das sage ich deshalb, weil wir im Moment in der Schriftfassung gerade ein Einvernehmen haben; aber wir werden in der Telefonkonferenz noch weitergehend Verabredungen treffen, die dann Folgen auslösen. Für den Schriftbereich müssten die redaktionellen Veränderungen eingearbeitet werden, und wir würden dann die Punkte minus 3.2.5, und 3.2.7 zur Abstimmung stellen.

Dr. Daniel Lübbert (Geschäftsstelle): Meine Frage hat zwei Hintergründe. Erstens will Herr Hagedorn irgendwann Geld haben, und dafür müssen wir sein Werk abnehmen. Die Frage ist, ob es dafür am 5. Juni schon Zeit ist oder ob wir ihn noch länger hinhalten müssen.

Die zweite Frage ist: Sie haben einen extrem ehrgeizigen Zeitrahmen für die zukünftigen Ausschreibungsverfahren entwickelt. Damit wir anfangen können, daran zu arbeiten, müssen wir eine klare Ansage haben, in welche Richtung es geht, und das ist ja auch Inhalt dieses Beteiligungskonzepts.

Vorsitzender Ralf Meister: Dafür war mein klares Ja, dass wir an dieser Stelle so agieren, dass wir in der Verabredung mit der Telefonkonferenz der anderen Vorsitzenden den Beschluss bekommen, dass dieses Beteiligungskonzept dann fertig vorliegt. - Ja, Herr Fuder.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Michael Fuder: Ja mit der Ergänzung, die ja selbst im Konzept steht, dass weiter daran gestrickt wird, mit weiterem Erkenntnisstand jeweils, aber was dann eher Spezifizierung, Konkretisierung und Weiterentwicklung ist, klar.

Vorsitzender Ralf Meister: Gut, aber wir haben den - - Nein, nein, Moment.

Michael Fuder: Das war kein Widerspruch.

Vorsitzender Ralf Meister: Genau, danke schön. Der Konzeptentwurf war auch in Bezug der Geschäftsbeziehungen, die wir mit einem Dienstleister haben, an diesem Punkt: Wann beenden wir dieses Verfahren, dass dieses Konzept von ihm erstellt wird? - Wenn die Ergänzungen für 2.5 und 2.7 vorliegen, die redaktionelle Einarbeitungen sind, dann ist dieses Konzept so beschlossen. Es ist schon jetzt, schon heute beschlossen: mit den redaktionellen Einwendungen, allerdings ohne die beiden Punkte, die ich genannt habe. Ich sage dies deshalb so deutlich - das wird im Protokoll stehen -, dass wir darüber dann auch, wenn wir in die Kommission gehen, keinen Diskurs führen, der den Dissens hier in dieser AG wieder konstruiert. - Herr Becker.

Thorben Becker: Alles richtig; ich will es auch gar nicht komplizierter machen. Ich glaube, man muss nur einen Moment an die Veranstaltung am 20. Juni denken und dass wir da schlecht mit einer Botschaft hineingehen können, das ist alles so, und wir können daran nichts mehr ändern.

Das ist ein bisschen das Spannungsfeld, in dem wir uns befinden. Ich halte es tatsächlich für wichtig, das zu betrachten, weil einerseits die klare Botschaft in der Einladung steht, wir stellen einen Entwurf, den Stand, wie auch immer des Beteiligungskonzeptes vor, und das soll da diskutiert werden.

(Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das ist richtig!)

Da stehen wir dann vor der gleichen Herausforderung wie insgesamt jetzt bei der Beteiligung, dass das, was da an Ergebnis produziert wird, dann auch real einfließt.

Vorsitzender Ralf Meister: Sie haben vollständig recht, Herr Becker. Wenn ich das Konzept von vorne bis hinten lese, finde ich ausreichend Beispiele, in denen wir das als lernendes Verfahren beschrieben haben. Ich kann das vor jeden Satz schreiben: Sorry, er ist vorläufig abgestimmt, aber wir sind bereit ...

Für mich ist der Kanon dieses Konzeptes - schauen Sie hinten -, „Wir wollen beteiligen lernen“, deutlich so formuliert, dass keiner von uns eine Reserve hat, zu sagen: Wir sind am 20. Juni, kriegen durch Workshops deutliche Innovationen, neue Ideen, dass wir da herangehen, ist völlig klar, und so müssen wir es auch einbringen. Aber wir müssen es deutlich auch anders einbringen: Es ist ein erster Entwurf, den wir einmal so zur Verfügung stellen. Genau auf dieser Ebene, glaube ich, haben wir heute einen Beschluss, mit dem wir dann mit anderen gut weiterarbeiten können.

Mein Vorschlag, bevor wir jetzt zu der Frage gehen, wie wir mit den Punkten 3.2.2 bis 3.2.6 vorgehen, Vergabep Praxis, einmal für fünf Minuten alle aufstehen, herumgehen,

(Jörg Sommer: Links herum oder rechts herum?)

Luft holen und wieder hinsetzen.

(Kurze Unterbrechung)

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Wenn Sie bitte wieder Platz nehmen, dass wir weitermachen können! - Also, bis die Letzten Platz nehmen, fangen wir mit einem kleinen Punkt, mit einer Information an, die Herr Hagedorn hat, und zwar die Information über die Beteiligung für die sogenannte Auftaktveranstaltung. - Herr Hagedorn, bitte schön.

Hans Hagedorn: Stand gestern Abend: Wir haben inzwischen 110 Anmeldungen. Die Mischung ist bislang sehr gut.

(Erhard Ott: 110?)

- 110, genau. - Davon sind 34 Schülerinnen und Schüler, acht Presse- und Medienvertreter. Frauen und Männer sind auch sehr gut gemischt: 56 Prozent Männer, 44 Prozent Frauen.

Bei den organisierten Vertretern hat etwa die Hälfte eine Angabe gemacht, dass sie in einer Organisation tätig sind, die mit dem Thema zu tun hat. Das heißt, auch da ist es ganz gut ausgeglichen, dass eben auch unorganisierte Bürgerinnen und Bürger oder die, die sich dafür halten, mitmachen.

Ich bin einmal kursorisch die Namen der Organisationen durchgegangen und habe sozusagen, obwohl das natürlich nicht zulässig ist, so ein bisschen nach der Richtung der beiden hier vertretenen Seiten irgendwie sortiert

(Zuruf: Welche Seiten? - Heiterkeit)

und kann Ihnen freudig mitteilen, dass dies 21 zu 18 steht; ich sage jetzt nicht, wer zu wem. Also, auch da gibt es ein sehr ausgeglichenes Verhältnis.

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank. Das ist ja eigentlich in Gänze eine gute Nachricht. Danke schön.

Vorhin habe ich gesagt, dass wir den Tagesordnungspunkt 3 in drei Teilen abarbeiten, a) Gesamtkonzept, b) Verfahren/Formate; das haben wir erledigt. Jetzt kommen wir zu c) Vergabe. Ich würde gern noch anfügen, dass wir am Ende unter d) über die Botschafter-, Botschafterinnenverteilung sprechen; denn das müssten wir in dieser Runde ebenfalls heute noch machen.

Jetzt kommen wir zur Vergabe. Dazu ist von der Geschäftsstelle noch einmal ein Überblick über die Finanzvolumina vorbereitet worden, die zur Verfügung standen und stehen. Wenn wir da noch einmal einen kleinen Einblick bekommen? - Es liegt jetzt in einer Excel-Tabelle vor.

Dr. Daniel Lübbert (Geschäftsstelle): Vielen Dank. - Sie wissen, dass ich hier für die Geschäftsstelle nur vertretungsweise sitze. Ich fühle mich aber in der Geschäftsstelle für Zahlen zuständig, insbesondere dann, wenn sie die Einheit Euro tragen. Deswegen habe ich gestern mit Herrn Janß schon einmal eine Tabelle im Hinblick auf die Umsetzung des Beteiligungskonzepts vorbereitet, das ja heute hier einer Beschlussfassung nähergebracht worden ist.

Ich habe Ihnen das, was Sie hier auf dem Bildschirm sehen, gerade auf Papier auf die Plätze gelegt. Ich hoffe, dass jeder ein Exemplar bekommen hat. Ich bitte das nicht als in Stein gemeißelt zu betrachten, sondern als eine Annäherung an einen ersten Entwurf. Sie sollen und dürfen jede einzelne Zahl, die da steht, kritisch hinterfragen; das ist das Ziel der Übung hier. Ich würde sie jetzt auch noch einmal kurz erläutern.

Die relevante Frage bezüglich der Umsetzung ist, ob das Finanzvolumen, das dahinter steht, entweder über 134 000 € oder über 500 000 € liegt. Warum diese beiden Dinge? Erst einmal zu der Zahl 500 000. Das Budget der Kommission war hier schon mehrfach Thema. Ich will Sie nicht mit Wiederholungen langweilen. Sie wissen alle, 500 000 € ist das, was im Bundeshaushalt als

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Teil-Titel für Öffentlichkeitsarbeit bzw. -beteiligung steht. Sie wissen auch, eine Deckungsfähigkeit mit dem wesentlich ergebnisreicheren Titel Gutachten ist nicht erreicht worden, zumindest nicht für dieses Jahr. Sie wissen aber auch, dass im letzten Jahr viel übrig geblieben und die Übertragung in dieses Jahr genehmigt worden ist.

Sie wissen auch, dass es Bestrebungen gibt, die durchaus aussichtsreich erscheinen, im nächsten Jahr diesen Teiltitel deutlich auf ungefähr 2 Millionen zu erhöhen. Das wird erst mit dem Beschluss des Haushaltsgesetzes 2016 Ende des Jahres endgültig; aber bisher spricht nichts dagegen, dass es so kommen könnte.

Sie wissen auch, dass aus diesem selben Teiltitel unter anderem die Wortprotokolle bezahlt werden, auch die Überarbeitung der Kommissionswebseite. Wir haben gestern noch einmal versucht, den Stand der Rechnungslegung zu aktualisieren, und sind zu dem Ergebnis gekommen: Wenn wir alles abziehen, was dieses Jahr daraus bezahlt worden ist und absehbar noch bezahlt werden muss, dann bleiben etwas über 400 000 € übrig, die wir dieses Jahr noch aus diesem Teiltitel ausgeben können; nächstes Jahr, wie gesagt, deutlich mehr.

440 000 € war unser gestriges Ergebnis. Ich bitte das cum grano salis zu nehmen. Also, wenn wir ungefähr bei 400 000 € bleiben, haben wir noch einen kleinen Puffer, um meinetwegen Reparaturen an der Webseite zu bezahlen. 400 000 € wären also ungefähr die Grenze.

Wir haben vor diesem Hintergrund einmal den Entwurf des Beteiligungskonzepts und die darin enthaltenen Zahlen von Herrn Hagedorn auf dem Niveau von gestern zusammengestellt. Ich habe Herrn Hagedorn gefragt, ob seine Zahlen als Netto- oder Bruttowerte gemeint waren; er hat geantwortet, das könne man im Moment nicht so genau sagen.

(Heiterkeit - Thorben Becker: Das ist der Verhandlungsspielraum!)

- Das ist der Verhandlungsspielraum. Das habe ich dann als meine Sicherheitsmarge genutzt und gesagt, ich gehe einmal davon aus, dass das Nettowerte sind, das heißt, die Mehrwertsteuer kommt noch darauf. Wenn es doch anders kommt, dann ist das eine gute Nachricht. Ich habe also 19 Prozent als Sicherheitsmarge draufgeschlagen.

Dann komme ich, wenn ich alles, was absehbar in der Zukunft liegt, zusammenzähle, auf die Zahl, die hier steht: 725 000 €. Nicht darin enthalten ist der 20. Juni, weil der schon einkalkuliert war. 725 000 € sind ziemlich viel. Die Kunst liegt darin, das so auf dieses und nächstes Jahr zu verteilen, dass wir dieses Jahr alles bezahlen können; das nächste Jahr ist dann etwas Neues.

Da ist die wesentliche Nachricht: Es sieht ganz gut aus - das habe ich Ihnen hier unten auf die Jahre aufgespalten -, und wenn man das so durchführt, wie es oben angedacht ist, dann kommt man für dieses Jahr auf 425 000 €, wo eben schon der Sicherheitsabstand eingebaut ist. Das könnten wir notfalls bezahlen.

Ich gehe noch einmal kurz zurück nach oben: Der wesentliche Parameter ist die Anzahl der Veranstaltungen. Beispiel Workshop-Reihe mit Arbeitsgruppen, Ziffer 3.2.2., davon haben wir zwei in diesem Jahr und eine im nächsten Jahr; das entspricht dem, was Herr Hagedorn vorhin angedacht hat. Wenn Sie nun sagen würden, wir brauchen in diesem Jahr nicht zwei, sondern fünf, dann wird es natürlich teurer; aber das hat bisher keiner getan.

Unter Ziffer 3.2.5 habe ich auch das eingebaut, was ich in dem Entwurf gestern gelesen hatte, was heute aber keine Rolle mehr gespielt hat, nämlich das Bürgergutachten, das mit 70 000 €

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

veranschlagt war. Wenn wir das wieder herausnehmen, wird es natürlich entsprechend billiger.

Der Dokumentarfilm hingegen ist in keiner Weise veranschlagt, weil da im Konzept bisher kein Wert stand. Heute kam der Wert 30 000 € auf, der aber gleich auch in Richtung eine Million erweitert wurde. Diese Zahlen sind hier nicht enthalten. Ebenfalls nicht enthalten ist die Ziffer 3.2.6, für die heute der Wert 5 000 € zur Diskussion gestellt wurde; aber das scheinen kleinere Beträge.

Die Abschlussveranstaltung, die heute in zwei Teilveranstaltungen aufgespalten wurde, hatte im Konzept auch keinen Euro-Betrag; ihn habe ich hier einmal großzügig mit 100 000 € angesetzt. Das alles fließt zusammen in den Gesamtwert von 725 000 € ein. Dabei ist auch das sogenannte Beteiligungsmanagement inbegriffen, also ein Koordinator - diese Rolle sollte extern vergeben werden -, der die Gesamtheit aller Veranstaltungen im Blick hat und sie miteinander in ein stimmiges Verhältnis bringt. Den haben wir hier mit ungefähr 10 000 € pro Monat veranschlagt und wollten ihn insgesamt ein Jahr arbeiten lassen. Das wäre also auch finanziell möglich.

Im Vergleich zum verfügbaren Budget ist also die wesentliche Nachricht: Das ist alles machbar.

Vorsitzender Ralf Meister: Wir können doch mit diesem Satz gleich weiter arbeiten, oder gibt es jetzt noch Ergänzungen, die wir dringend benötigen?

Dr. Daniel Lübbert (Geschäftsstelle): Nein.

Vorsitzender Ralf Meister: Dann jedenfalls erst einmal ganz herzlichen Dank, weil das ja eine hilfreiche Konstruktion dafür ist, dass wir jetzt nicht hier in die Vergabep Praxis einsteigen und die Grundlage, die Sie uns gerade gegeben haben, ignorieren. Wir haben durch die Debatte, die wir

eben geführt haben, relativ klar konturiert, auf was wir jetzt zugehen müssen.

Jetzt ist die Frage, wie wir in der Vergabep Praxis vorgehen wollen. Wir haben einzelne Maßnahmen. Da wir unter einer bestimmten Summe bleiben müssen, 134 000 €, kommt eben auch nicht infrage, dass man mehrere Maßnahmen zu einem Bündel zusammen anbietet, mit einem größeren Endwert dann. Das heißt, die einzelnen Maßnahmen müssen vergeben werden. - Herr Lübbert.

Dr. Daniel Lübbert (Geschäftsstelle): Das ist das zweite Teilthema. Sie wissen, dass ich Physik studiert habe und nicht Vergaberecht; im Notfall muss mich Herr Gabner korrigieren. Es gibt diesen Grenzwert von 134 000 € netto. Wenn man oberhalb dieses Grenzwerts liegt, muss man europaweit ausschreiben; das weiß Herr Gabner noch genauer. Jedenfalls wird es über 134 000 € schwieriger und vor allem deutlich zeitaufwendiger. Wenn man darüber käme, hielte ich es für ausgeschlossen, dass im September bereits etwas stattfinden könnte; dann wäre es eher so, dass wir bis gegen Jahresende Aufträge vergeben könnten.

Die Geschäftsstelle hat sich gestern mit dem Vergaberechtsreferat abgestimmt und drei Szenarien entwickelt; es mag vierte oder weitere geben, aber die drei Szenarien will ich kurz aufführen: Erstens, man nimmt das in Kauf, schreibt europaweit aus und sagt, es geht erst im Dezember los. Das Zweite wäre: Man versucht die Anzahl der Veranstaltungen so einzudampfen, dass der Gesamtauftragswert unter 134 000 € liegt. Da wir aber im Moment bei 700 000 € liegen, halte ich das für schwierig. Das dritte Szenario ist: Wir gehen davon aus, dass die verschiedenen Bausteine miteinander wenig zu tun haben. Wir sagen also nicht, wir haben hier ein einheitliches Beteiligungskonzept, das jetzt umgesetzt werden muss, sondern wir haben verschiedene Bausteine, die unabhängig nebeneinander stehen, und vergeben

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

einen Auftrag zum Thema Workshop-Reihe, einen Auftrag zum Thema Abschlussveranstaltung, einen Dokumentarfilm usw.

Dann wäre die Hürde insoweit niedriger, als nur jeder einzelne dieser Teilaufträge unter 134 000 € liegen müsste. Das bedürfte einer überzeugenden Begründung, dass die Dinge wenig miteinander zu tun haben. Eine überzeugende Begründung könnte aus dem Gedanken hervorgehen, dass wir ein lernendes Verfahren anstreben: Wir fangen erst einmal an, machen eine erste Salve Veranstaltungen, dann treten wir einen Schritt zurück und reflektieren noch einmal, ob das alles so Sinn macht, und machen dann eine zweite Salve von Veranstaltungen. Mit diesem Argument könnte man überzeugend begründen, dass es separate Aufträge sind, die nicht zu einem Gesamtwert zusammengerechnet werden müssen.

Vorsitzender Ralf Meister: Danke schön. - Herr Sommer.

Jörg Sommer: Ahnen Sie jetzt, warum ich vorher sagte, diese Zeitachse ist etwas, das wir nicht als in Stein gemeißelt nehmen sollten? Wenn wir uns auf diese ganz enge Zeitachse einigten, dann bedeutete das, wir müssten ganz viele Dinge, fast alle, jetzt gleichzeitig ausschreiben und beginnen.

Wenn wir realistischere davon ausgehen, dass wir nicht im Juni 2016 einen Abschlussbericht vorliegen haben - - Dieses Problem können wir hier nicht lösen, leider. Aber vielleicht können wir uns endlich einmal in der Kommission an dieses heiße Eisen heranwagen: Wie lange wollen wir uns eigentlich mit der Thematik beschäftigen? Denn wenn wir davon ausgehen könnten, müssten, sollten, dass es vielleicht das gesamte Jahr 2016 wäre, dann wäre in der Tat auch die Begründung sehr wohl da, einzelne Workshop-Strukturen im September anzufangen und mit anderen noch einmal drei, vier Monate zuzuwarten und die Erfahrungen aus den ersten

einzu beziehen. Dann würde Ihre Argumentation sehr wohl greifen.

Aber wir sind natürlich jetzt nicht kompetent, hier zu entscheiden, dass wir bis Ende 2016 tagen; das ist mir auch klar.

Vorsitzender Ralf Meister: Das war im Möglichkeitssinn gesprochen, weil es uns nicht obliegt, an dieser Stelle jetzt eine Entscheidung zu fällen. Sie kann man an anderer Stelle trotzdem hervorrufen und noch einmal forcieren. Aber für die Fragen, vor denen wir jetzt stehen, hilft uns die Öffnung nicht, sondern wir müssen jetzt sehen: Welche Dinge können wir unter welchen Bedingungen in die Vergabe geben?

Vorsitzender Hartmut Gabner: Ich sehe mehrere Probleme. Das erste ist das Protokoll, das zweite ist, dass nach meiner Lesart in der Struktur, die Herr Lübbert gerade dargestellt hat, unter Punkt 3 noch einmal zwei deutlich unterschiedliche Fälle sind. Den ersten Teil fand ich sehr überlegenwert, den zweiten Teil sehe ich nicht als machbar.

Was heißt das? Der erste Teil seines Vorschlags unter Struktur 3 lautete, Überlegungen anzustellen, dass man diese Handlungsstränge in dem Sinne getrennt sieht, dass sie auch getrennt sind. Der vergaberechtliche Grundsatz ist: Es darf das Einheitliche nicht aufgeteilt werden nur mit dem Ziel, den Schwellenwert zu unterbieten. Wenn ich also alle Beiträge, die in die Richtung gehen - -

Das ist jetzt gar kein Geheimnis vor dem öffentlichen Protokoll; auch wenn wir es nichtöffentlich diskutierten, würde das Ergebnis sein: Eine Vergabe, die davon ausgeht, dass es eine einheitliche Leistung ist, die dann nur gestückelt wird, um den Schwellenwert zu unterschreiten, ist nicht zulässig. Deshalb ist die Herausforderung eigentlich die: Ist es begründbar - das hat Herr

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Lübbert gerade auch dargestellt -, dass es getrennte Leistungen sind?

Getrennte Leistungen lassen sich relativ schnell an dem Beispiel des Verhältnisses von Dokumentarfilm zu Fachkonferenz erklären. Da ist es relativ augenscheinlich, dass das völlig unterschiedliche Sachen sind, und die Tatsache, dass die Abstraktion „Beteiligungskonzept“ lautet, würde ich einmal so beschreiben wollen: Ein Haus zu bauen heißt nicht, dass ich alle Gewerke gleichzeitig in einer Gesamtausschreibung mit Losbildung ausschreiben muss - das ist nämlich die Alternative -, sondern wenn ich ein Haus baue, kann ich selbstverständlich die Elektroleistungen und die Sanitärleistungen getrennt ausschreiben. Da muss man eben unterscheiden, was Elektro ist und was Sanitär.

Das ist jetzt die Frage - Dokumentarfilm und Workshop, das ist unterscheidbar Richtung Elektro und Sanitär -: Sind Fachkonferenz und Workshop auch so unterscheidbar? Da bitte ich in aller Öffentlichkeit die Geschäftsstelle, noch einmal alle Kräfte darauf zu verwenden, deutlich zu konturieren, dass wir da unterschiedliche Vorstellungen haben, und dass die Tatsache, dass es nur ein Dach ist, nicht ausreicht.

Den zweiten Teil, den Herr Lübbert dargestellt hat, habe ich in dem Sinne nur deshalb verstanden - das ist jetzt keine Kritik -, weil ich es gestern einmal gelesen habe; das ist auch eine halbe Rückfrage. Wenn ich jetzt in dem Format die Reihe von drei Workshops nach einem Workshop unterbreche und sage, ich überlege jetzt einmal, ob ich den zweiten und dritten auch mache, gleichzeitig aber den Workshop eins und die Fachkonferenz eins und die Regionalveranstaltung jeweils einmal ansetze, und dann noch herauskommen muss, dass sie, quer gesehen, in der Summe unter 134 000 € bleiben, um dann anschließend zu sagen, und jetzt machen wir Workshop zwei, Fachkonferenz zwei und Regionalveranstaltung zwei, dann scheue ich mich nicht, das

auch hier öffentlich zu diskutieren. Das ist nun meinerseits offensichtlich unterlaufend, weil wir ja gerade einen Prozess installieren wollen, der drei Workshops, drei Sachen, drei Sachen heißt.

Also, langer Rede kurzer Sinn: Wenn es der Geschäftsstelle unter Zuhilfenahme der Bundestagsverwaltung nicht gelingt, in Verbindung mit dem Sachverstand von Herrn Hagedorn zu sagen, es ist eben das Format Fachkonferenz deutlich etwas anderes als die Ausrichtung eines Workshops, dann kommen wir in die Situation, dass EU-weit ausgeschrieben werden müsste, mit der Maßgabe, dass dann das gesamte Paket ausgeschrieben wird und das, was ich angesprochen habe, wiederum als Lose vergeben werden würde. Das bereitet einen ziemlich großen Aufwand

Zu dem, was aber Herr Lübbert noch gesagt hat: Würden wir uns überhaupt dem Gedanken nähern, dass wir in der ersten Stufe - Workshops, Fachkonferenz - die Septembertranche ausschreiben und den Oktober nicht, dann müssten wir den Oktober wieder getrennt ausschreiben, und danach müssten wir den Februar ausschreiben. Von daher würde ich, mit Verlaub, diesen Vorschlag, wenn ich ihn richtig verstanden habe - ich möchte es auch nicht abschließend machen - verwerfen wollen, weil er nicht dem entspricht, was dann im Internet steht, wo wir gerade auf das Prozesshafte unserer Beteiligungsformate abstellen. Da kann ich nicht plötzlich sagen, ich überlege erst im September, ob ich den Oktober vergebe.

Von daher muss es so sein, dass es entweder zu vermitteln gelingt, das sind Einzelformate, und dann kommen wir auch quasi nicht ins Gehege mit den 134 000 €, weil Herr Hagedorn ja aufgezeigt hat, dass die Einzelformate so sind, oder aber ich muss dann eine EU-weite Ausschreibung sehr schnell starten. Dass die bis zum Dezember dauern muss, ist auch nicht akzeptabel, weil die Ausschreibungen spätestens Anfang August zu

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

einem Ergebnis führen müssen, damit der August zur Entwicklung der Formate genutzt werden kann; sonst brauchen wir sie gar nicht zu starten. Also, wenn wir jetzt anfangen, einen Ausschreibungsprozess zu machen, der im September oder im Oktober zu einer Auftragsvergabe führt - - Wir sehen ja, welchen Druck Herr Hagedorn hat. Man kann ja dann nicht irgendwie gleichzeitig verlangen, dass ich, während ich quasi noch in der Vertragsverhandlung bin, schon drei Workshop-Reihen aufgestellt habe.

Also, sprich, ich hätte die dringende Bitte, dass die Geschäftsstelle sich noch einmal der Frage annimmt, ob hier nicht eine gute Begründung entwickelt werden kann, dass das zwar ein Dach ist, nämlich das Beteiligungskonzept, dass aber die Formate sich doch so weit unterscheiden, dass es vergaberechtlich unbeanstandet zu einer Teilleistungsvergabe kommen kann.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Fuder, Herr Sommer, Herr Thomauske.

Michael Fuder: Ich will nicht vergaberechtlich argumentieren, sondern einfach nur rein inhaltlich. Wenn ich mir diesen Katalog anschau, dann sind doch in wesentlichen Teilen so unterschiedliche Expertisen notwendig, dass eine Vergabe an unterschiedliche Auftragnehmer nicht nur möglich, sondern vermutlich wahrscheinlich ist, und die Tatsache, dass da auch ein Posten „Koordination/Beteiligungsmanagement“ drin ist, zeigt ja auch gerade die Intention auf, dass da irgendwie koordiniert werden muss. Das muss ich bei einer einheitlichen Leistung in dieser Form gar nicht tun. Was bei dem, was ich gerade sage, vergaberechtlich herauskommt, das scheint nach den Ausführungen von Herrn Lübber auf der Hand zu liegen.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Sommer.

Jörg Sommer: Ja, Herr Gaßner, vielen Dank für die Klärung. Ich glaube, das ist der richtige Weg mit meinem bescheidenen Fachwissen, was Vergabe angeht. Eine naive Nachfrage habe ich aber noch: Wenn wir zum Beispiel in den Regionen zwei Workshops haben, und da steht eine Summe von 50 000 €, ist das dann auch so im Paket zu vergeben, weil da ja unter Umständen ein ganz großer Teil Unterkunfts- und Reisekosten sind, die direkt durchgereicht werden? Die nackten Honorarkosten für die Dienstleister sind ja nur ein Bruchteil. Geht es also um das Gesamtvolumen, selbst wenn es nur Hotelzimmerkosten sind, die er durchreicht, oder wie sieht das da aus?

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich kann nur so antworten, wie wir es momentan praktizieren. Der Auftrag, der hier vergeben wurde, umfasst auch beispielsweise reine Logistikkosten und ist im Paket. Das würde eine Frage aufwerfen, wenn wir von der VOL hin zur VOF wollten, geistig-schöpferische Tätigkeit, und der Schwerpunkt dann doch bei der Hallenmiete liegen würde. Solange wir bei VOL sind, dürfte es kein Problem sein, die geistig-schöpferischen, konzeptionellen Leistungen und die Logistikleistungen zusammenzupacken. Aber die Gesamtleistung wäre eine, die sich auch an dem Schwellenwert zu messen hätte.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Vielleicht eine kleine Vorbemerkung! Zunächst einmal würde ich dafür plädieren, dass man diese Art der Diskussion zukünftig nicht in diesem Rahmen und in dieser Form führt, weil wir relativ schnell bei der Diskussion sind, wie wir einen Umgehungsstatbestand schaffen. Das sollten wir nun tunlichst nicht auch noch dokumentieren.

Der zweite Aspekt ist der, dass ich denke, man muss von der Anforderung herkommen und sich überlegen, welche Kompetenz man für welche Art des Beteiligungsformates braucht, sodass wir unterschiedliche Anbieterkreise an dieser Stelle

anfragen können. Das fällt mir weit überwiegend nicht so schwer. Allerdings würde ich bei der Binnendifferenzierung Workshop, reine Fachveranstaltung und Abschlussveranstaltung sagen, dass dies noch einmal eine Aufgabe wäre, sich vertieft zu überlegen, worin da die unterschiedlichen Anforderungsprofile an Anbieter liegen, damit man da zu einer disjunkten Ausschreibung kommen kann.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Lübbert.

Dr. Daniel Lübbert (Geschäftsstelle): Ein paar Bemerkungen: Erstens. Wir schaffen keine Umgebungstatbestände; darüber wacht nicht zuletzt unser Vergabereferat. Deswegen habe ich mich auch nicht gescheut, das hier öffentlich zu diskutieren. Ich kann Ihnen versichern, am Ende wird es rechtssicher sein. Wir machen hier nichts Krummes, auch die Geschäftsstelle macht nie etwas Krummes, daher habe ich auch keine Angst vor dem Protokoll.

Herr Gaßner hat recht: Das, was ich als Szenario drei präsentiert habe, lässt sich in Unterpunkte a) und b) aufspalten. Entweder spaltet man es in seinem Baubild sozusagen in Gewerke, oder man spaltet es in Zeitstaffeln. Bei Letzterem, der Aufspaltung in Zeitstaffeln, ist es interessanterweise umgekehrt wie sonst: Herr Gaßner interpretiert das Vergaberecht strenger als unser Vergabereferat. Das haben wir so bisher noch nicht gehabt; das finde ich interessant. Deswegen bin ich da ein bisschen ratlos. Bei dem Ersten, der Aufspaltung in Gewerke, ist es umgekehrt; da war unser Vergabereferat bisher skeptischer. Da ich dafür nun, wie gesagt, nicht der Fachmann bin, kann ich hier nur sagen, dass wir das prüfen werden. Ob das zu einem positiven Ergebnis führt, kann ich leider nicht prognostizieren.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Thomauske noch einmal.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Nur einen Satz dazu: Wir müssen aufpassen, dass wir nicht in eine Situation kommen, die elektrischen Leitungen für den ersten Stock von denen für den zweiten Stock zu separieren, weil dort eine größere Höhe ist und unterschiedliche Anforderungen an das Personal bestehen. Das ist dann irgendwo die Grenze.

Vorsitzender Ralf Meister: Als Moderator und Nichtjurist würde ich gerne die Diskussion jetzt, da die Argumente und Schwierigkeiten skizziert worden sind, an die Geschäftsstelle delegieren und sie bitten, dass sie das so bearbeitet, dass wir mit Sicherheit im September mit Anbietern die Reihen, die wir jetzt entscheiden, in Angriff nehmen können, weil die dann Entwürfe für das Vorgehen vorgelegt haben werden. Für uns verbleiben dafür ja nur zwei Sitzungen, in denen wir an dieser Stelle nichts tun können. Wenn wir heute die Folgen, die wir in der Debatte des Konzeptes angeführt haben, im Hinblick auf die Vergabe übergeben, sind wir raus. Dann können wir höchstens noch bei dem nächsten Schritt sagen, wer es tun soll. Aber inhaltlich werden wir in diesem Zusammenhang wahrscheinlich im Juni nichts sagen können, vielleicht im Juli; aber sonst erst Ende August.

Da wäre jetzt die nüchterne Einschätzung von Ihnen, Herr Lübbert, gefragt, wie realistisch es ist, dass wir im September an dieser Stelle mit den Formaten, die hier in der Folie mit Beginn im September aufgeführt sind, arbeiten können, und zwar mit Anbietern, die dann ausgewählt worden sind.

Dr. Daniel Lübbert (Geschäftsstelle): Wenn Sie jetzt meine persönliche, subjektive und vorläufige Einschätzung hören wollen, dann würde ich dem einen niedrigen zweistelligen Prozentwert zuordnen: Ich halte es nicht für sehr wahrscheinlich, dass wir das hinkriegen. Wenn wir es schaffen, das in Gewerke aufzuteilen, ohne die Elektroleitung im zweiten Stock zu separieren, dann

wird es klappen. Das hängt aber davon ab, ob unser Vergabereferat das für vertretbar hält; gestern schien es noch nicht so.

Zum anderen Szenario: Wenn ich Herrn Gaßner richtig verstanden habe, hält er es für möglich, europaweit auszuschreiben und trotzdem im August fertig zu werden. Dazu würde ich gerne noch einmal von Herrn Gaßner zwei Sätze hören, ob das wirklich klappen kann.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Lübbert, wir machen das ja manchmal am Telefon, manchmal hier, da können wir es auch in dieser Runde machen. Also, ich kann relativ viel Vergaben machen. Ich sage immer wieder, ich mache die vergaberechtliche Beratung hier nicht. Als Mitvorsitzender der AG 1 sage ich: Im Hinblick auf eine Vergabe, die wir nicht so aufstellen können, dass die Auftragnehmer den August zum Arbeiten haben, damit ab September die Formate laufen, sollte hier noch einmal reflektiert werden, ob es überhaupt lohnt, das Go zu geben, zumal dann, wenn wir die normalen Widrigkeiten mit einbauen, uns alle anzwinkern und sagen, na ja, es ist ein bisschen so ähnlich wie unsere erste Veranstaltung.

Also, wenn der August als Arbeitsmonat nicht klappt, dann ist der September der Arbeitsmonat, und dann ist es doch wieder nahe liegend, dass wir im Oktober die Formate nicht starten können, weil da alle Ferien haben. Dann sind wir gerade dabei, dass wir uns in die Augen gucken und sagen, dass es vielleicht dann Mitte September losgeht, aber schon die nächsten Stufe nicht mehr geht, weil dann Weihnachten ist. Deshalb sage ich: Es kann nicht sein, dass wir den Prozess in dem Sinne nur dem Vergaberecht überantworten, sondern da muss man gegebenenfalls noch einmal zurückkoppeln und sagen, dann scheitern wir halt am Vergaberecht. Es macht keinen Sinn, den Prozess auf den Weg zu bringen, wenn wir nicht bestimmte zeitliche Eckdaten haben.

Es gibt im Rahmen von EU-Vergaberechten auch Eilfristen, es gibt dann Notfristen und so etwas, die ich jetzt aber nicht im Einzelnen hier habe. Ich wollte Sie bitten, dass wir das einfach so klar thematisieren, worum es hier gehen muss. Ich darf auch daran erinnern - aber das ist jetzt ein bisschen Nachtreten -, dass ich seit November darum gebeten habe, dass man die Frage der besonderen Dringlichkeit erörtert, und da ist mir immer wieder entgegengehalten worden, dass in den normalen Lehrbüchern stehe, Dringlichkeit gebe es nur bei Unwettern und Erdbeben. Ich habe immer gesagt: Bitte prüft das kreativer.

Jetzt sind wir wieder in der Situation, dass wir den einen haben, der das Lehrbuch aufschlägt, und den anderen, der letztendlich irgendwelche unhaltbaren Forderungen aufstellt. Irgendwann kommen wir zum Zielkonflikt, weil irgendwann wiederum diese Kommission zu Ende ist, und wir mit dem Verfahren nicht richtig zu Wege kommen.

Also noch einmal ganz ruhig: Ich habe ein Vertrauen, dass die Geschäftsstelle noch einmal prüft, ob diese Aufteilungen möglich sind, und wenn wir zu diesen Aufteilungen dergestalt nicht kommen sollten, dann müsste die Rückmeldung sein: Gibt es ein EU-rechtliches Verfahren, das die Vergabe über den Juni und Juli, also in neun Wochen erlaubt, damit im August die Arbeit startet? Sonst müsste das meiner Ansicht nach noch einmal rückgekoppelt werden. Nur beschließen und den Prozess dann dem Zeitstrahl zu überantworten, fände ich nicht klug.

Vorsitzender Ralf Meister: Wir haben einen Termin dafür, das ist die Telefonkonferenz der Vorsitzenden am 5. Juni, also in gut zwei Wochen. Dann werden wir an dieser Stelle mehr Gewissheit haben, wie realistisch das Tableau ist, was wir hier beschließen. Wir gehen davon aus, dass wir für die Formate, die wir vorhin verbindlich verabredet haben, mit dem Modell in die Vergabepaxis gehen wollen, das realistisch von der

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Geschäftsstelle erarbeitet wird. Am 5. Juni würden wir als Vorsitzende Sie unverzüglich über den aktuellen Stand informieren. Das könnte ja noch evozieren, dass wir eine andere Debatte führen müssen.

Okay, herzlichen Dank. Wie beenden diesen Punkt und kommen jetzt zu dem Punkt d), nämlich Botschafterinnen und Botschafter für diese einzelnen Formate zu benennen. Haben Sie eine Idee, wie wir vorgehen? Frau Kotting-Uhl hat das mit der Bewerbung hier in diesem Kreis gemacht. Wollen wir jetzt diese einzelnen Formate aufrufen und sagen, wer aus diesem Kreis infrage kommt oder wen einer aus diesem Kreis empfehlen kann? Es gibt zwei Punkte, über die wir uns nicht unterhalten müssen. Das eine, das wissen wir, ist die Auftaktveranstaltung, und zur Abschlussveranstaltung müssen wir jetzt auch nichts sagen, weil wir davon ausgehen, dass wir alle dabei sein werden.

Insofern rufen wir als Erstes die neu formulierte erste Veranstaltung auf, die wir, glaube ich, in Leitbild/Standortsuche mit den Vertretern der Regionen aufgerufen haben, und mit der Erweiterung im ursprünglichen Szenario waren, glaube ich, nur zwei Namen vorgesehen, bei der Erweiterung ruhig mehr, sodass aus allen Arbeitsgruppen jeweils Vertreter da sind. Gibt es für diese Workshop-Reihe, die ja an drei Terminen stattfinden wird, weitere Vorschläge neben Frau Kotting-Uhl? Ich würde empfehlen, es jetzt direkt hineinrufen. Herr Sommer auf der einen Seite auch? Ich hatte Ihre Meldung da noch nicht gesehen.

(Zurufe - Gegenruf von Jörg Sommer: Nein, nein, ich nehme die Jungs und Mädels!)

Vorsitzender Ralf Meister: Wir müssten ja vermutlich auch von hier aus Empfehlungen zu Kommissionsmitglieder in anderen Arbeitsgruppen aussprechen; das ist ja damit verbunden, unabhängig davon, ob es klappt. Es wurde gesagt,

wir sollen die Anzahl nennen, und dann finde ich, muss man auch sagen, dass wir Empfehlungen geben oder Wünsche formulieren.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich würde dazu vorschlagen, dass es noch ein Mitglied aus der Ad-hoc-Gruppe Leitbild ist. Ich glaube aber nicht, dass wir konkrete Namen benennen können. Die dritte Person sollte jemand aus der AG 3 sein. Dann würden wir Frau Kotting-Uhl bitten, die AG 1, also Öffentlichkeitsbeteiligung, zu vertreten. Wir hätten die Standortsuche durch die AG 3 repräsentiert, und wir hätten einen aus dem Leitbild. Damit haben wir eine relativ breite Repräsentanz. Weitere, die sich bereit zeigen, sind ja immer willkommen. Wir müssen ja nur eine Mindestbesetzung haben. Das wäre mein Vorschlag: AG 1, AG 3 und AG Leitbild sollen repräsentiert sein, AG 1 Frau Kotting-Uhl.

Vorsitzender Ralf Meister: Fachveranstaltung Workspace mit engagierter Fachöffentlichkeit! Einen Wunsch aus diesem Kreise - -

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Mein Vorschlag wiederum wäre, zweimal AG 3 und dann mal sehen, ob noch andere dazu kommen. Aber bei einer solchen Fachkonferenz sollten zwei aus der AG 3 sein.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Ich würde mich melden, vorausgesetzt, es klappt mit Ihrem Vorschlag.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Wir würden Herrn Grunwald noch benennen, weil wir mit Herrn Grunwald den Vorsitzenden der AG 3, der zugleich Mitglied der AG 1 ist, hätten. Das kann man in Klammern setzen; man muss ja die Leute ein bisschen drängen. Das wäre natürlich für uns sehr günstig. Andererseits habe ich mit dem Wort „Vorsitzenden“ auch schon eine bestimmte Belastung angesprochen.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Vorsitzender Ralf Meister: Kudla und AG 3, Wunsch Grunwald. Öffentlichkeitsbeteiligung? - Herr Ott?

Erhard Ott: Ja, ich wäre interessiert, da mitzuarbeiten.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Das sind die Wochenendworkshops mit den Jugendlichen.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Ott, Herr Sommer?

(Zurufe)

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Nein, es ist ja gut, wenn es mehrere sind. Wir müssen jetzt unterscheiden zwischen dem Aufaddieren, um die Akzeptanz in der Kommission zu gewinnen, und dem Aufaddieren, um eine Arbeitsfähigkeit zu haben. Es ist natürlich wunderbar, wenn drei dahin gehen. Das würde ich jetzt nicht unterscheiden wollen. Ich fände es super, wenn drei benannt sind. Beim Addieren nehmen wir aber bitte nur zwei, weil uns sonst entgegengehalten wird, es würde die Arbeitsgruppen nicht abdecken. Wenn wir aber die Namen auch schon benannt haben, wird die Furcht der anderen, dass wir sie überfordern, dass wir den Prozess überfordern, auch etwas genommen. Dann nehmen wir doch einfach drei.

Vorsitzender Ralf Meister: Umgang mit bisherigen Festlegungen jetzt als Titel: Angebote zur Kommunikation mit der kritischen Öffentlichkeit! Das haben wir zurückgestellt, das lassen wir offen. Breite Öffentlichkeit ist der Schluss.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Können Sie uns noch einmal helfen, Herr Hagedorn, weshalb Sie bei Zuschriften - -

Vorsitzender Ralf Meister: Nein, das ist hier online. Warum sollen wir da sechs oder fünf Namen nennen?

Hans Hagedorn: Die Idee war, dass es vermutlich Sinn macht, aus jeder Arbeitsgruppe einen Ansprechpartner zu benennen, der für die Verarbeitung der kondensierten Zuschriften zuständig ist.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Das scheint aber keine Botschafterrolle im klassischen Sinne zu sein.

Hans Hagedorn: Na ja, aber auch da geht es um Glaubwürdigkeit. Wer stellt sich dahin und sagt, er sichere ab, dass die wichtigsten Ergebnisse da auch verwertet werden?

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Entschuldigung, darüber haben wir jetzt aber mehrfach diskutiert und gesagt, das müssen wir überprüfen. Wenn es dann nicht klappt, würden wir es noch verbessern. Wir haben klar definiert, dass wir diese Punkte jetzt immer schon vorne auf der Tagesordnung haben und dann auch später für wichtig erachten und dass die Wichtigkeit dadurch zum Ausdruck kommt, dass Herr Voges angehalten ist, die Sachen so auszuwerten, dass er einen Vorschlag macht, wieweit es in die Arbeitsgruppen kommt oder nicht. Wenn solche Vorschläge kommen, dann ist die Arbeitsgruppe aufgerufen, sie zu bearbeiten. Wir haben leider bisher nicht so viele Anwendungsfälle, dass wir dokumentieren können, dass wir es hier auch tun. Aber das ist verabredet, und das machen wir prozesshaft und dauerhaft.

Mir geht es jetzt tatsächlich ein bisschen um die Botschafteraddition. Da haben wir ein Verfahren, und das müsste sich erst als nicht gut erweisen, dass wir es wiederum so modifizieren, dass wir wirklich einen Botschafter pro AG brauchen. Mein Vorschlag wäre, es zunächst einmal bei dem zu belassen, was wir verabredet haben. Das

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

haben wir, glaube ich, bislang in sechs Sitzungen diskutiert.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Sommer.

Jörg Sommer: Ich sehe da auch keinen Grund, jetzt Botschafter zu benennen. Aber im Konzept steht ja - das haben wir im Grunde so verabschiedet -, dass es ein Fachgespräch mit Geschäftsstelle und Experten aus diesem I-Bereich geben soll. Da würde ich für uns durchaus sagen, da würde von uns gerne jemand dabei sein. Aber das müssen wir nicht in Form einer Botschafterbenennung machen, sondern das ist auf der Arbeitsebene.

Vorsitzender Ralf Meister: Okay. - Einverstanden?

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Das würde ich gerne noch einmal so weit unterstreichen, als es kein Format hat und möglicherweise auch in dieser Telefonkonferenz am 5. Juni nicht aufgegriffen wird. Deshalb würde ich über Mikrofon Herrn Lübbert noch einmal bitten, diese Passage - ich helfe gerne beim Anstreichen - zu suchen, in der steht - das haben wir am 12. Mai relativ ausführlich besprochen -, wir würden gerne auf dem kurzen Dienstweg die Qualifizierung des Internetauftritts bezogen auf Überlegungen, sichtbare Auswertung Beachtung und Auswertung Schlagwort Balkendiagramm, das läuft. Dazu sollte ein eintägiges Fachgespräch so vergeben werden, dass die diejenigen, die daran teilnehmen, auch ein paar Euro Honorar bekommen. Das ist momentan, wenn Sie die Seite noch einmal angeben, irgendwo im Konzeptpapier mit drin. Das müsste man insoweit identifizieren, dass es auch eine Leistung ist, an die Herr Sommer jetzt noch einmal erinnert, damit es jetzt nicht nur eine Textpassage bleibt.

Jörg Sommer: Das ist die Seite 30 im Konzept.

Vorsitzender Ralf Meister: Okay, damit sind die Botschafter, Botschafterinnen ernannt bzw. ist der Wunsch formuliert. Dann würden wir das an die Vorsitzenden weitergeben, soweit wir jetzt Personen benannt haben, die nicht aus der AG 1 kommen.

Damit ist der Tagesordnungspunkt 3 beendet. Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 4 **Fortsetzung Erörterung StandAG**

Vorsitzender Ralf Meister: Wir haben zwei Kommissionsdrucksachen dazu bekommen. Das eine ist die Vorlage im etwas umfangreicheren Sinn mit den Möglichkeiten, wie wir jetzt von der Frage der Beteiligung während, für und mit der Kommissionsarbeit in die Beteiligung bei der Erörterung des StandAG herüberkommen. Da gibt es einmal die Vorlage AG1-30 neu und die Vorlage von Frau Kotting-Uhl über die Frage von Anhörungen, die Sie auch bekommen haben.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich würde Sie einladen wollen, in irgendeiner Weise vielleicht in den nächsten zehn Minuten ein Feedback zu geben, ob Sie mit der Vorlage AG1-30 neu insoweit etwas anfangen können, als sie das Leitmaß für die nächsten drei Sitzungen ist - so viele werden es wahrscheinlich dann trotzdem bleiben, sodass wir es in den September ziehen müssen -, oder ob Sie ganz andere Vorstellungen haben. Dann würde ich eigentlich vorschlagen, dass wir da dann nicht einsteigen, sondern dass wir dann noch einmal den Anhörungsvorschlag von Frau Kotting-Uhl aufgreifen, weil er wiederum Fragen impliziert, die ich dann vorstellen würde und die vor allen Dingen Frau Kotting-Uhl inhaltlich begründet. Was ich vorstellen will, sind die Fragen: Anhörung hier und in der Kommission, Anhörung nur in der Kommission, eine Anhörung, zwei Anhörungen? Wie verhalten sich diese Anhörungen wiederum zu diesen Wochenendworkshops?

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Einerseits können wir uns zwar da abspalten, aber wenn man andererseits substanziell etwas von diesen Wochenendworkshops erwartet, würden wir einen Teil auch mit aufgreifen. Also würde ich einladen, dass wir erst das eine kurz machen; aber ich glaube nicht, dass wir heute im Sinne der Drucksache AG1-30 neu in das Standortauswahlgesetz einsteigen. Dazu haben wir insbesondere ein Papier auch von Herrn Jäger; aber das würde ich nicht gerne ans Ende der Sitzung klatschen, wenn Sie nicht andere Vorstellungen haben. Dafür sind wir ja eine Großgruppe.

Vorsitzender Ralf Meister: Wir haben noch 35 Minuten zur Verfügung. Deswegen müssten wir schon genau klären, was wir jetzt noch machen. Also erst Reaktionen auf das vorgelegte Papier, wie es weitergehen kann, das ja ein breites Tableau eröffnet, an einigen Stellen allerdings auch spezifiziert ist, und dann der Blick auf die Anhörung von Frau Kotting-Uhl? Für das Erste wäre es tatsächlich nur ein Reflex, also eine erste Reaktion darauf. - Einverstanden? Es liegt Ihnen, glaube ich, seit einer Woche vor, ist das richtig?

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Seit Montag, ja.

Vorsitzender Ralf Meister: Sie müssten durch ein Signal zeigen, ob Sie das wünschen. - Herr Sommer.

Jörg Sommer: Ja, zwei Dinge hätte ich. Grundsätzlich ist es sehr gut, dass wir dieses Papier haben und so weiterentwickeln. Wichtig wäre mir noch einmal die Frage dieses berühmten immer wieder zitierten lernenden Verfahrens, woraus wir das ableiten. Das finde ich gerade in dieser Vorlage noch nicht. Ich habe jetzt extra noch einmal hineingeschaut. Dieser gemeinsame Beschluss der Fraktionen in Ergänzung zum Standortauswahlgesetz, der ja letztlich auch ein sehr wichtiger Faktor für die Beteiligung der Umweltverbände war, ist für mich zwar nicht Gesetz, aber für unseren Prozess auch nicht ohne Bedeutung und sollte da noch eingearbeitet werden. Es

würde nichts fundamental verändern; aber es ist gerade in der Schwerpunktsetzung noch einmal sehr deutlich. Ich würde mir wünschen, dass wir das da auch berücksichtigen.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Jäger.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Herr Gaßner, in Ihrem Papier habe ich jetzt die letzte Seite als sehr wesentlich empfunden, um daraus den Fahrplan unserer nächsten Sitzungen abzuleiten, was Sie bitte nicht so verstehen, dass ich das andere als nicht wesentlich ansehe. Ich muss gestehen, es ist sehr kompakt. Ich kann es mir noch nicht so im Einzelnen genau vorstellen, wie wir es machen werden.

Aber einen Punkt aus unserer letzten Sitzung würde ich gerne ansprechen, weil das für das Verfahren aus meiner Sicht wichtig ist. Das geht auf eine Anmerkung von Ihnen, Frau Kotting-Uhl, zurück. Wir haben ja mehrere Möglichkeiten, wie wir uns dem Thema Standortauswahlverfahren und Beteiligung in diesem Verfahren widmen.

Nehmen wir den Aufsetzpunkt so, wie er im Gesetz steht, wohl wissend, dass das wahrscheinlich nicht der Weisheit letzter Schluss sein wird, sondern dass sich da etwas ändern wird, oder machen wir es sozusagen von der grünen Wiese? Das scheint mir ein wesentlicher Aufsetzpunkt zu sein. Ich würde klar dafür werben wollen, ohne dass wir das jetzt im Detail diskutieren, dass wir erst einmal auf dem aufsetzen, was im Gesetz steht, damit wir eine Orientierung haben und dann darauf aufsetzen und fragen, welche Schritte es gibt, welche Formate im Standortauswahlgesetz angesprochen sind, ob wir die für sinnvoll und richtig halten und wo wir Ergänzungs- und Modifikationsbedarf sehen. Das wäre für mich, was die nächsten Sitzungen angeht, dann schon eine gewisse Richtungsentscheidung, wie wir uns dem Thema widmen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Wenn ich das anhand des Papiertes erläutern darf, dann wäre das genau die Vorstellung, weil wir unter der Ziffer I. 4. in der Mitte der zweiten Seite das Thema „Ablauf des Standortauswahlverfahrens“ haben, gliedert an den Schrittfolgen, die im Gesetz stehen, unten als einen ersten Diskussionseinstieg in Ihr Papier, und unter VI., Sitzungsschwerpunkte, unter der Sitzung für den heutigen Tag, die wir letztendlich verschieben müssen, unter a) einen Einstieg haben.

Mein großes Petitum wäre auch, ein positives Votum aus der Gruppe zu bekommen, dass wir uns die Schrittfolge innerhalb des Standortauswahlverfahrens angucken. Ich hatte auch schon einmal angemerkt und will Sie noch einmal damit locken, dass ich meine, dass insbesondere das Thema Auswahl von Standorten für die übertägige Erkundung eine Schrittfolge von der „weißen Landkarte“ bis hin zu den Standorten für die übertägige Erkundung in einem Absatz ist. Deshalb hat sich Herr Jäger damit auf unsere Bitten hin auch schon beschäftigt. Da das ein so großer Schritt ist, müssen wir da noch einmal gucken, ob wir nicht sogar auch die AG 3 darum bitten, hier das noch einmal deutlicher zu untergliedern, weil insbesondere der Beteiligungsprozess sich ganz entscheidend davon unterscheiden wird, ob ich diejenigen einbeziehe, die an einem potenziell übertägigen Standort sind, oder ob ich die einbeziehe, die in einer Region sind, die als solche identifiziert ist, wo ich aber den Standortbezug gerade noch nicht habe.

Und genau in diesem Schritt, dass ich in der Region lebe, aber noch nicht unmittelbar betroffen bin, ist eine Verständigung auf das, was folgt im Sinne, das Standortauswahlgesetz hat es vernünftig gemacht, der Beteiligungsprozess hat da durchaus gut abgeschichtet, und wir als Region nehmen uns dessen auch noch einmal an und gucken insbesondere, ob die Negativkartierung funktioniert hat, wie es vorgegeben ist, ob die Po-

sitivkartierung funktioniert. Das ist so ein Verständigungsprozess, bevor ich in den Standort gehe, dass ich da eine ganz große Gruppe habe, während der Unterschied zwischen übertägig und untertägig mit Verlaub später für die Betroffenen natürlich von großer Bedeutung ist, weil es enger wird. Aber es ist schon ein standortbezogenes Format.

Dies mit Ihnen ausführlich zu diskutieren, das steht jetzt unter dieser Oberüberschrift „Erörterung Ablauf des Standortauswahlverfahrens“, aber es unterscheidet sich zum Beispiel von der Frage der Vetorechte, die dann eine andere Überschrift haben.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Thomauske.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ich hätte nur eine Bitte. Sie betrifft die Frage ob wir das Thema „Ablauf des Standortauswahlverfahrens“ etwas weiter nach hinten setzen; denn ich glaube, das ist auch ein Punkt, bei dem wir intensiv in der AG 3 diskutieren müssen, was da sinnvoll ist. Insofern wäre es mir dem Grunde nach lieber, wir würden das etwas weiter nach hinten schieben, wenn sich das einrichten lässt.

Der zweite Punkt, den ich einfach, sage ich einmal, nicht so ganz verstehe, ist das Schreiben des Bundesamtes für Strahlenschutz, das aber kein Schreiben des Bundesamtes für Strahlenschutz ist, sondern von dem Mitarbeitern, aber dann auch wieder nicht, weil es aus dem PB-Bereich, also dem präsidialen Stabstellenbereich, kommt. Ist es jetzt etwas, was offiziell BfS ist, ist es nicht offiziell BfS? Auf der anderen Seite trägt es aber auch wiederum den Briefkopf des BfS. Alles das sind Dinge, die mir etwas seltsam scheinen, mit Verlaub.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich kann an dieser Stelle nur berichten, dass wir angeschrieben

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

worden sind und dass es bei Herrn Fuder versäumt wurde, es rechtzeitig anzuhängen, und hier haben wir es angehängt. Ich muss ehrlich gestehen, ich habe es noch gar nicht vollständig gelesen; ich habe mich also mit dieser Detaillierung noch gar nicht befasst, sondern das ist jetzt eine Zusammenstellung, damit wir sehen, welches Material wir für die nächsten drei Sitzungen haben.

Zu Ihrem ersten Beitrag würde ich bitten - - Mein Vorschlag wäre, dass wir jetzt endlich den Einstieg finden und dann genau sehen, wo wir das mit AG 3 verzahnen sollten. Aber wenn wir das jetzt mit Blick darauf, dass AG 3 das auch diskutiert, aber unter einem ganz anderen Blickwinkel, zurückstellen, würde ich persönlich - ich stelle es zur Diskussion - ein bisschen den Fahrplan verlieren, weil das, was ich gerade ausgeführt habe - -

(Prof. Dr. Bruno Thomauske: Nur tauschen mit der Sitzung danach, weil ich mich gerne daran beteiligen würde, aber an dem Termin nicht kann!)

- Weil Sie am 15. Juni nicht können?

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Genau, ich kann am 15. Juni nicht, aber an dem darauffolgenden Termin, und insofern würde ich es begrüßen, wenn man nur diesen Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung verschieben könnte.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Wir werden uns dann Mühe geben, mit der Abstimmung der Leistungsbeschreibung von Ausschreibungen für das Beteiligungskonzept sehr viel Zeit zu verlieren; dann können wir das einräumen.

Vorsitzender Ralf Meister: Wir haben es jetzt gehört und angenommen oder aufgenommen, und

wir sehen, wie wir es hineinnehmen. - Noch weitere erste Reaktionen? Sonst noch einmal doch zu den möglichen Anhörungen. - Frau Kotting-Uhl.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Wir haben ja schon davon geredet, dass diese beiden Anhörungen sinnvoll wären, auf jeden Fall natürlich die zu der Frage Öffentlichkeitsbeteiligung im Standortauswahlverfahren. Da hat sich auch herausgeschält - ich war natürlich eine starke Protagonistin dafür; aber ich habe das auch von vielen anderen gehört -, dass es Praktiker sein sollen, dass wir also Experten hören wollen, die in schwierigem Gelände Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt haben, denn das - ich meine das Folgende nicht abschätzig, sondern ganz im Gegenteil -, was alles dazu notwendig ist an theoretischem Überbau, haben wir meines Erachtens reichlich hin und her gewälzt und auch gelesen, auch wenn wir da vielleicht in der Bewertung noch nicht alle auf dem gleichen Stand sind.

Aber das brauchen wir, glaube ich, für die Anhörung nicht mehr; vielmehr brauchen wir für die Anhörung jetzt Leute, die tatsächlich Erfahrungen in Großprojekten gemacht haben. Es ist sicherlich kein Projekt mit dem vergleichbar, was wir vorhaben; das ist unbenommen. Trotzdem kann man ein paar Dinge davon ableiten, wenn man sich einfach einmal Leute holt, die zum Beispiel Stuttgart 21 mitgemacht haben.

Wir haben folgende vier Großprojekte vorgeschlagen: Stuttgart 21 - das sind nicht unbedingt gute Erfahrungen; aber auch aus schlechten Erfahrungen kann man ja sehr viel lernen -, dann der Netzausbau, die Windkraft, die ja leider sehr viel umstrittener ist, als vielen von uns lieb wäre, und zudem - das hatte Ulrike Donat einmal als ein Projekt genannt - den Flughafen Wien. Da kenne ich mich jetzt selber nicht aus, muss ich gestehen. Deswegen steht da auch kein Name; aber ich glaube, das macht Sinn, das auch hinzuzunehmen.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Also, die Grundidee ist einfach: Wo gab es ganz konkret sehr schwierige Projekte, und wo ist das gut gelaufen, und wo ist es schlecht gelaufen, und was kann man aus beiden Bereichen lernen? Die Fragen muss ich jetzt, glaube ich, nicht repetieren; die stehen alle da, die kann jeder nachlesen, und da kann man sicherlich auch noch einiges ändern.

Für das zweite Thema, die Frage nach dem Vetorecht, hatten wir ja überlegt, dass man auch dafür einmal eine eigene Anhörung machen sollte. Das berührt ja im Kern diese Grundfrage, die uns auch aus der kritischen Öffentlichkeit schon entgegengehalten wurde: Was soll eigentlich eine Beteiligung, wenn wir am Ende nicht Nein sagen können?

Ich glaube durchaus, dass es eine gute Beteiligung geben kann, auch wenn man am Ende nicht Ja oder Nein sagen kann; aber ich bin inzwischen überzeugt davon, dass ein Beteiligungsprozess absolut dadurch gewinnt, und zwar für alle Seiten, wenn am Ende die Möglichkeit des Nein-Sagens steht. Ich glaube, er kann dadurch - sowohl, was Transparenz und Verbindlichkeit des Prozesses angeht, aber auch, was die Beteiligung am Prozess betrifft - nur gewinnen, und er kann nur verlieren, wenn man das nicht hat. Aber das ist meine persönliche Sicht der Dinge. Sie liegt für die Anhörung ja nicht zugrunde, sondern die Anhörung soll beleuchten: Was hat es für Vorteile, was hat es für Nachteile? Wo liegen die Grenzen von Beteiligung, wie kann man sie kommunizieren? Diese Fragen stehen auf der Rückseite des Papiers, das Sie haben.

Da würden wir auf alle Fälle vorschlagen, sich Sachverständige aus der Schweiz zu holen. Sie hatten ja das Vetorecht ursprünglich drin und haben es dann herausgenommen, weil sie der Meinung waren, man kriegt sonst am Ende nie ein Ergebnis. Dieser Meinung sind hier auch viele.

Dann wäre noch der Vorschlag, einen Vertreter aus Schweden einzuladen, weil es da offensichtlich trotz Vetorecht ganz gut funktioniert. - Das wären unsere Vorschläge.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Sommer.

Jörg Sommer: Einmal abgesehen davon, dass ich die als persönlich definierte Meinung von Sylvia Kotting-Uhl durchaus teile, dass wir am Ende so etwas wie eine Freiwilligkeitsregelung brauchen, um Akzeptanz zu haben, denke ich aber auch, der Vorschlag für diese beiden Anhörungen ist unabhängig von dieser Position. Im Gegenteil, es kann uns dabei helfen, uns über diese Sache klar zu werden.

Ich würde also beide Anhörungen ausdrücklich begrüßen. Für die österreichischen Vertreter kann ich auch einen Namen nennen; aber wir sind jetzt in der öffentlichen Sitzung, und da würde ich keine Namen auf den Tisch legen.

Ein kleines Bedenken oder eine Anmerkung habe ich noch zu der Frage der Erfahrungen aus Großprojekten. Wir wissen eigentlich, dass es bisher in Deutschland kein abgeschlossenes Großprojekt mit gelungener Bürgerbeteiligung gibt. Das kann manchmal auch daran liegen, dass manche Großprojekte, die eine zurzeit ganz geschickte Bürgerbeteiligung anfangen, noch nicht abgeschlossen sind. Aber das sollte man zur Kenntnis nehmen, und Stuttgart 21 - ich war bei Stuttgart 21 Akteur - ist natürlich definitiv kein Beispiel dafür. Es ist eigentlich auch kein Beispiel für Bürgerbeteiligung. Es ist ein Beispiel für das, was passiert, wenn man Bürgerbeteiligung nicht oder schlecht macht.

(Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja!)

Deshalb: Ja, von mir aus kann man es machen; aber wir sollten aufpassen, dass wir keine Stuttgart 21-Anhörung noch einmal replizieren, die es

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

reichlich gab, sondern eher unter dem Gesichtspunkt: Was für Folgen hat es, und wie landet man nachher in einer Mediation, wenn man die Bürgerbeteiligung nicht ordentlich gemacht hat, mit sehr offenem Ausgang?

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Becker und Herr Jäger.

Thorben Becker: Ich finde den Vorschlag im Prinzip sehr gut. Ich finde bei der ersten Anhörung tatsächlich auch, dass einzelne Großprojekte wahrscheinlich relativ wenig mit den Herausforderungen zu tun haben, vor denen wir hier stehen, wenn es um das Verfahren geht. Das mag unter dem Stichwort Konfliktbearbeitung oder Mediation interessant sein.

Insofern ist, auch wenn er inhaltlich so weit weg ist, eigentlich der Netzausbau das, was am nächsten dran ist, weil wir da, mit einer ganz anderen Schwierigkeit und viel weniger emotional

(Lachen und Widerspruch)

- ja, okay, ziehe ich zurück -, eine ähnliche Herausforderung haben, dass wir bundesweit ein Verfahren haben, wo sich eigentlich jeder beteiligen kann, was auch Schwächen hat - das ist jetzt wahrlich nicht irgendwie das herausragende Verfahren -, was aber vor allen Dingen auch folgendes Problem aufzeigt: Wenn das, was abstrakt auf der Bundesebene verhandelt wurde, konkret wird, wenn es um konkrete Regionen und konkrete Trassen geht, dann waren diejenigen Leute, die es dann betrifft, an dem ersten Prozess nicht beteiligt, obwohl sie es theoretisch hätten sein können.

Das lohnt sich meiner Meinung nach tatsächlich genauer anzugucken, dann aber nicht nur von zwei Leuten, die sagen, es ist alles super - das werden die beiden Kandidaten äußern, die hier

darauf stehen -, sondern dann gerne auch von anderen, die kritischer darauf gucken; denn ich glaube, da kann man tatsächlich von der Struktur einiges lernen. Sich die Frage Vetorecht genauer anzugucken, erachte ich auch als sinnvoll. Da benötigte man wahrscheinlich noch ein paar weitere Vorschläge, wen man da hören kann. Aber das finde ich tatsächlich sehr interessant.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Jäger.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ja, es sind zwei sehr aktuelle Themen und für unsere Arbeit sehr grundsätzlich bedeutsame Themen. Ich fange bei dem letzten an, bei dem Vetorecht. Ich würde es auch begrüßen, dass wir das intensiv diskutieren, sehe allerdings doch mehr einen grundsätzlichen Vortrag, nicht nur Erfahrungen aus Schweiz und Schweden, wie Sie vorgetragen haben, Frau Kottling-Uhl, sondern da müsste uns jemand einmal erklären - möglicherweise können sie das, wer auch immer da kommt -: Gibt es überhaupt theoretisch eine Möglichkeit, wenn am Ende jemand Nein sagen kann, dann ein Ergebnis zu erzielen? Es ist ja zumal theoretisch nicht so schwer, sich Prozesse vorzustellen, die am Ende dann entweder mit einem Veto oder nicht mit einem Veto ausgestattet sind. Vor allen Dingen stellt sich die Frage: Was gibt es denn an Alternativen, die vielleicht eine ähnliche Wirkung erzeugen, aber am Ende eines Prozesses eben nicht solche K.-o.-Wirkung wie ein Vetorecht haben? Es ist eine Anregung also dazu, ein bisschen mehr theoretischen Input zu bekommen als nur die praktischen Beispiele, die Sie genannt haben.

Zum zweiten Thema, Öffentlichkeitsbeteiligung, also Erfahrungen in Großprojekten: Ich teile Ihre Einschätzung, Herr Becker; da laufen ja viele Projekte, die noch nicht abgeschlossen sind. Wichtig wäre ja, die jetzigen Erfahrungen mit Blick auf künftige Vorgehensweisen zu präsentieren, dass wir Leute hier haben, die sagen, wir haben uns Projekte angeschaut, wir haben die Besonderhei-

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

ten dieser Projekte analysiert, und wir schlussfolgern daraus, speziell für Deutschland wäre das und das angezeigt.

In diesem Zusammenhang würde ich gerne einen Vorschlag in die Diskussion einbringen. Es gibt ja auf der industriellen Seite, die sich ja intensiv damit auseinandersetzt, ebenfalls Überlegungen - zum Beispiel beim VDI - und Vorschläge, wie denn künftig Großprojekte zu gestalten sind, in Form einer VDI-Richtlinie. Sie sind ja letztendlich Ergebnis einer Auswertung von Erfahrungen bis dato und sollen Vorschläge für die Zukunft darstellen. Ich hielte es für durchaus hilfreich, wenn wir jemanden einluden, der uns diesen Prozess und die Erfahrungen, die dahinterstecken, hier übermittelt.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Thomauske.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ein Vorschlag: Ich könnte mir auch vorstellen, dass wir mit den Vertretern der Windkraft respektive mit denen zum Netzausbau einmal über die Einführung von Vetorechten auf der Bürgerseite diskutieren, ob diejenigen Vertreter, die Windkraftbefürworter sind, auch das Vetorecht bei Windkraftwerken gerne einführen wollten, und ob diejenigen, die Vertreter der Energiewende sind, auch dafür sind, dass die Leitungslegung ebenfalls mit Vetorecht ausgestattet wird. Insofern hätten wir dann einen ganz guten Querbezug, damit wir die Dinge in den unterschiedlichen Bereichen nicht so unterschiedlich diskutieren.

Der zweite Aspekt ist der: Wir haben jetzt eine Reihe von Projekten; das meine ich jetzt etwas flapsig - -

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Aber in thomauskescher Ernsthaftigkeit!

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Das erste meinte ich auch ernsthaft. Aber bezogen auf die Frage,

denke ich durchaus, dass wir eine ganze Reihe von Großprojekten haben, die völlig ohne öffentliche Diskussion durchgehen, auch in der Bundesrepublik, und insofern wäre eigentlich für mich von Interesse, Leute zu hören, die uns einmal sagen können, warum Bevölkerung auf bestimmte Projekt triggert und auf andere nicht, also was da den Unterschied macht und wie das zustande kommt.

Wenn ich beispielsweise die am höchsten belastete Region in der Bundesrepublik nehme, nämlich den Bereich Asse und Konrad, dann will ich dies nicht zuletzt deshalb hören, weil dies Punkte sind, die ich gerade aktuell an diesem Montag in einer SPD-Veranstaltung diskutiert habe.

Es gibt dort einen Salzstock, in dem die pastösen Abfälle aus der Lackverarbeitung von VW in eine Kaverne eingebracht werden. Das weiß jeder. Da gibt es eine kurze Nachricht in der Zeitung, dass es einen etwas erhöhten Lkw-Verkehr gibt, weil diese Grube gerade von oben verfüllt wird. Auf meine Frage, weil ja gerade bei dieser SPD-Veranstaltung die Asse und Konrad angesprochen waren, ob das nicht auch ein Thema ist, um sich damit zu beschäftigen, war der überwiegende Teil der Anwesenden der Auffassung: Ja, gegen VW kommen wir da nicht an; das sind unsere Arbeitsplätze.

Gilt das auch für die Parteien, gilt das auch für die hier vertretenen Parteien? Insofern ist meine Frage an dieser Stelle: Warum triggert Bevölkerung auf bestimmte Themenstellungen und auf andere nicht?

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Angesichts der fortgeschrittenen Zeit würde ich diesen Beitrag aus meiner Sicht jetzt gerne zurückgestellt wissen, weil er natürlich viel an Meinung auslöst, die wir jetzt über Organisatorisches nicht abdecken.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Jedenfalls würde ich gerne zu Ihrem Beitrag zum Vetorecht dann entgegen dem, was Sie gerade gesagt haben, insoweit etwas sagen. Ich sage einmal als Jurist: Davor, im Sinne einer Satzungsformulierung oder einer Vertragsformulierung einer Partei ein einseitiges Entscheidungsrecht einzuräumen, würde man eher zurückschrecken. Nur, auf dieser Ebene bewegen wir uns nicht, weil eben niemand hier die Gewähr hat, dass ein Weg ohne Vetorecht zum Ergebnis führt. Das ist ja die Herausforderung, der wir uns stellen, und dafür empfinde ich eine Anhörung auch einmal als gut.

Also, ich wiederhole: Wenn Sie jemanden fragen, ob er an einem Standortsuchprozess für ein Endlager auf dem Stand der jetzigen Diskussion und der Verspannungen - so sage ich es einmal, um es vorsichtig auszudrücken - teilnimmt, dann brauchen wir nicht lange zu diskutieren, dann kommt man zu keinem Endlager. Nur, würde man in dem Zustand, den wir jetzt an in Bezug auf Verspannungen haben, zu Bewegungen kommen, zum Beispiel aus Jülich? Also, was ist momentan noch ein Symbol, was ist eine reale Gefahr, was haben wir an Elementen, was muss sich bewegen?

Deshalb ist eine Diskussion um das Vetorecht eigentlich auch noch eine Gelegenheit, dass wir uns einfach erneut öffnen und sagen, es geht nicht um Entweder-oder - die einen wollen ein Vetorecht, und die anderen haben den guten Weg ohne Vetorecht -, sondern wir müssen uns das alles noch einmal angucken. Wir müssen uns dabei natürlich auch vergegenwärtigen, was wir auch schon angesprochen haben: Können vier Bundestagsbeschlüsse ein wichtiger Beitrag sein? Dazu kommt übrigens noch ein Gutachten aus der AG 2.

Also, langer Rede kurzer Sinn: Wir sollten uns insoweit ernst nehmen; nein, ernst nehmen, das kann ich nicht sagen. Ich will sagen: Ich glaube,

da steckt noch mehr drin, als wir nur mit der kurzen Formel Vetorecht Ja/Nein beschreiben können; vielmehr kommen wir durchaus wieder zu der Frage zurück: Was ist der richtige Weg? Freiwilligkeit kann sich ja anders ausdrücken, zum Beispiel auch in Form von Kompensation von Arbeitsplätzen oder so etwas. Also, da würde ich einfach auch einladen.

Ich würde jetzt überleiten wollen: Könnten wir uns vorstellen, dass wir das Thema 1, das Frau Kottling-Uhl vorgeschlagen hat, in der Großgruppe machen, in der Kommission, und dass wir das Thema 2 vielleicht erst einmal hier ansiedeln, weil wir nicht mit zwei Anhörungen in die Kommission kommen und weil wir außerdem einmal ausprobieren könnten, ob wir unter diesem Reizwort Vetorecht doch auch zu Inhalten kommen, die wir in die Großgruppe vermitteln? Denn auch die Großgruppe, auch die Kommission muss sich natürlich einmal mit diesem Thema befassen, in irgendeiner Art, wie wir es aufbereiten. Aber ich glaube, wir würden die Kommission momentan „überfordern“, wenn wir mit einem solchen Spezialthema hineingehen. Deshalb würde ich es so aufteilen.

Ich würde noch einmal ausdrücklich dafür werben wollen, solche Großprojekte wie Stuttgart 21 insbesondere dafür als beispielhaft zu sehen, was den Zeitstrahl angeht. Damit sind wir wieder bei unserer Diskussion. Also, ein hartleibiger Vertreter des Prozesses Stuttgart 21 wird natürlich immer jammernd darstellen, er habe alle Beteiligungsmodule in den 90er-Jahren zur Anwendung gebracht, und plötzlich habe die Bevölkerung verrückt gespielt.

Dieses „Plötzlich-hat-die-Bevölkerung-verrückt-Gespielt“ passiert uns natürlich genauso, denn der AkEnd ist von 2000,

(Zuruf: Von 2002!)

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

jetzt ist 2015 - AkEnd ist von 2003, ja? -, AkEnd ist schon lange her. Jetzt machen wir hier einen Riesenbericht, einen Riesenaufwand, 2023 sind wir bei den untertägigen Erkundung, 2031 soll in Betrieb genommen werden, Thomauske sagt, 2050.

Also, sprich: Wo haben wir überhaupt Vermittlungselemente, damit das, was wir jetzt hier diskutieren, später überhaupt einen Widerhall findet? Darum ist mir Folgendes wichtig: Wenn wir eine gute Personenauswahl treffen, ist es in dem Sinne schon auch beispielhaft: Wie schafft man es, überhaupt Beteiligung über so lange Zeit zu machen? Wir haben ja das Modul „Jugendliche/Junge Erwachsene“. Nur laufen wir auch dabei Gefahr, dass sie auch schon sehr grauhaarig sind, bis wir sie richtig in den Beteiligungsprozess einbauen; aber das müssen wir sehen.

Ich finde die Idee gut und hatte das mit Frau Kottling-Uhl auch kurz angesprochen: Wir sollten tatsächlich Leute, die von Amts wegen gehalten sind, momentan solche Beteiligungsprozesse zu machen - das sind die Leute von der Bundesnetzagentur -, auch mit einbeziehen, denn sie haben momentan einen Riesenapparat und dennoch relativ große Schwierigkeiten.

Ich finde auch gut, was Herr Jäger gesagt hat, sofern es nicht dazu führt, dass wir relativ bald wieder auf IFOK und Herrn Banthien stoßen.

(Prof. Dr. Gerd Jäger: Nein, den nicht!)

- Nein; der hat nur den VDI-Leitfaden mit geschrieben, und ich habe ihn gerne mit eingeladen. Der VDI-Leitfaden ist eine gute Grundlage und sollte auch irgendwo repräsentiert sein, weil wir tatsächlich die verschiedenen Zugänge auch mit repräsentiert sehen sollten, und da gehört natürlich das Bemühen des VDI dazu, in diesem Punkt jetzt auf die Höhe der Zeit zu kommen, das ich als super empfinde.

Vorsitzender Ralf Meister: Weitere Wortmeldungen? Herr Miersch?

(Abg. Dr. Matthias Miersch: Nein!)

- Herr Fuder.

Michael Fuder: Ja, noch einmal anknüpfend an den Satz von Herrn Gaßner, Veto Ja/Nein sei zu kurz gesprungen oder so. - Also, grundsätzlich, halte ich eine solche Anhörung für total wichtig und richtig, ebenso, dann auszuleuchten, welche Formen von Intervention es vielleicht unterhalb der Schwelle des Vetos gibt und wie sie jeweils zu beurteilen sind. Möglicherweise ist das dann für eine Anhörung viel zu viel; aber wenn, dann muss meines Erachtens die ganze Bandbreite hier auch einmal diskutiert und betrachtet werden, jedenfalls des Ja oder Nein.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Sommer.

Jörg Sommer: Ja, auch wenn ich jetzt versucht bin, auf einige Beiträge inhaltlich zu antworten, möchte ich es lassen, aufgrund der Zeit.

Aber ich halte den Vorschlag von Ihnen, Herr Gaßner, für sehr gut, zu versuchen, die erste Anhörung in der Gesamtkommission zu machen und die zweite Anhörung in der Kommission.

(Erhard Ott: Arbeitsgruppe!)

- Ja, in der AG.

Frau Kottling-Uhl hatte ja auch nicht eine Anhörung nur zum Vetorecht geplant; vielmehr geht es um die Frage: Wie kann man Verbindlichkeit und auch Akzeptanz der Ergebnisse erzeugen? Das ist meines Erachtens das Thema, mit dem wir uns essenziell beschäftigen müssen. Bei dieser Geschichte ist die Frage eines expliziten Vetorechts natürlich nur ein Pfad.

Vorsitzender Ralf Meister: Das halten wir jetzt als Beschluss für uns fest.

(Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich hatte mich auch noch einmal gemeldet!)

- Oh, Entschuldigung.

(Zuruf des Vorsitzenden Hartmut Gaßner)

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, ich hatte auch den Eindruck, dass Sie ihm das aufgeschrieben hätten. - Ich wollte zu ein paar Dingen durchaus noch etwas sagen; ich mache es sehr kurz.

Ich möchte doch einen Satz zu Herrn Thomauske sagen, zu seiner Frage, warum manche Großprojekte so laut sind, während andere geräuschlos vor sich gehen. Das ist sicherlich eine spannende Frage; aber ich meine, sie ist für uns nicht relevant, weil wir wissen, dass das Großprojekt, das wir vorhaben, nicht geräuschlos vor sich gehen wird. Deswegen brauchen wir nicht zu definieren, woran das wohl liegt. In unserem Fall wird es so sein, dass es schwierig werden wird.

Ich möchte es auch unterstützen, dass die erste Anhörung auf jeden Fall in der Kommission stattfinden muss; die zweite kann gerne hier stattfinden, das ist in Ordnung. Ich wollte noch einmal sagen, warum diese vier Projekte vorgeschlagen wurden. Das sind ja sehr unterschiedliche Projekte, auch von unterschiedlichem Erfolg geprägt, wobei das erste ja „Stuttgart 21 und Erfahrungen in Baden-Württemberg“ heißt. Das ist also ein bisschen breiter aufgefächert.

Dazu gehört zum Beispiel auch Atdorf, das Pumpspeicherkraftwerk, woraus man lernen kann, dass Beteiligung von denjenigen, die sich beteiligen, dann nicht als positiv empfunden wird, wenn das Ergebnis vorher feststeht. Auch das ist eine Erfahrung, die ganz wichtig ist und

die wir für unser anschließendes Großprojekt auch nicht unterschätzen dürfen.

Der Netzausbau ist bisher erfolgreich - das ist absolut wichtig -, das Windkraftprojekt war erfolgreich, und bei dem Flughafen Wien weiß ich es nicht. Aber all diesen unterschiedlichen Projekten ist meines Erachtens gemeinsam, dass die Strategien, welche Fehler man vermeiden muss, die gleichen sind.

Zu der Frage Vetorecht ist völlig klar: Man kann das auch positiv definieren. Das ist die Begrifflichkeit vom AkEnd: Beteiligungsbereitschaft. Deswegen sollte auch ein Mitglied aus dem AkEnd zu dieser Beteiligungsbereitschaft noch einmal reden.

Aber das Entscheidende ist auch nicht, ob wir ein Vetorecht wollen, um der Bevölkerung anschließend die Möglichkeit zu geben, Nein zu sagen, sondern das Entscheidende, warum ich diese Anhörung für wichtig halte, ist die Beantwortung folgender Frage: Wozu trägt ein Vetorecht positiv bei, und zwar im Vorfeld, und wozu trägt es eventuell negativ bei? Das müssen wir ausleuchten, und dann müssen wir das für uns bewerten.

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank. - Ich fasse das noch einmal kurz zusammen. Wir vereinbaren, dass die Befassung mit der Beteiligung in Großprojekten eine Anhörung in der Kommission sein wird. Wir beabsichtigen, dass dies schon im September dieses Jahres stattfindet. Die Frage Verbindlichkeit/Verlässlichkeit/Veto wird eine Anhörung hier in der AG.

Für beide Vorschläge gibt es einen Text, der jetzt allen zur Verfügung steht. Wir haben hier eine Veränderung und Ergänzung gehört. Wenn bis zum 15. Juni weitere Ergänzungen, auch zum Beispiel bei Personen, die eingeladen werden könnten, auftauchen, würde ich Sie fragen, Frau

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Kotting-Uhl: Kann das an Sie gehen, weil dieser Entwurf von Ihnen ist, dass Sie das an dieser Stelle so weiter bearbeiten, dass wir das am 15. Juni dann in einer Fassung so für uns, was Vetorecht angeht, beschließen und für die Kommission die Empfehlung weitergeben, dass sie es beschließt für die Kommission?

(Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja!)

Dann würde es im Juli in der Kommission sein, sodass wir im September damit dann auch rechnen können. - Würden Sie das machen? - Danke schön.

Wunderbar, herzlichen Dank. Dann rufe ich auf:

Tagesordnungspunkt 5 **Verschiedenes**

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich habe eine Bitte: Es gibt jetzt zwei AG-Sitzungen, eine im Juli und noch einmal eine, bei denen ich nicht anwesend sein kann und meine offizielle Vertreterin Julia Verlinden auch nicht. Da ist die Frage, ob unsere Mitarbeiterin Vanessa Janssen (?) diese Sitzungen für uns in Vertretung wahrnehmen könnte. Bei den Ministerien macht das teilweise auch die Arbeitsebene. Es geht konkret um zwei Sitzungen; es geht nicht um eine dauerhafte Vertretung.

Vorsitzender Ralf Meister: Ich sehe keinen Widerspruch dagegen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Danke.

Vorsitzender Ralf Meister: Wir haben zu dem Termin am 15. Juni einen Zeitrahmen von 11 bis 17 Uhr. Mir wurde die Anfrage hinsichtlich des 16. Juli zugetragen, für den wir eine Vereinbarung haben, die bislang den Beginn 13 Uhr vorsieht; so ist es jedenfalls bei mir immer noch aufgeführt. Da war die Frage, ob man das verlängern kann. Der Vorschlag wäre, auch den 16. Juli wie

den 15. Juni auf 11 Uhr bis 17 Uhr zu nehmen. - Ich gucke Sie an. Wenn es jetzt keinen Widerspruch gibt, dann sind die beiden nächsten Termine vor dem Sommer, 15. Juni und 16. Juli, jeweils von 11 Uhr bis 17 Uhr. Das würde dann auch so ins Netz eingestellt werden. - Danke schön.

Ein weiterer Punkt, den ich gerne noch aufführen möchte, ist: Wir, das heißt, Frau Rössig(?), Herr Adler und ich, haben mit dem Bundesjugendring gesprochen. Der Bundesjugendring hat sich beraten, auch unter dem Gesichtspunkt, ob sie jemanden in diese Arbeitsgruppe entsenden könnten. Wir haben ganz zu Anfang ja auch einmal als Anfrage aufgenommen, ob ein Vertreter oder eine Vertreterin - ich sage es einmal so -, der als Funktionär oder Funktionärin in der Jugendarbeit etabliert ist, in diesem Kreis als Gast zugelassen werden könnte. Diese Frage haben wir dem Bundesjugendring gestellt, der ja professionell die Interessen von Jugendlichen an vielen Punkten vertritt: Sie wären bereit und würden jemanden entsenden können.

Jetzt wäre also die Frage bei uns, ob wir das für einen überschaubaren Zeitraum auch mit einem Gaststatus an den Bundesjugendring geben, dass wir jemanden aufnehmen würden.

Ich persönlich halte es für sehr sinnvoll. Ich sage das auch unter dem Gesichtspunkt der Formate, die wir heute besprochen haben, wo die Multiplikation dieser Diskussion, aber auch dann die Ergebnisse noch einmal eine andere Dimension bekommen, wenn jemand im Gaststatus hier in der AG mitarbeiten könnte. - Herr Ott.

Erhard Ott: Ich halte es für ausgesprochen sinnvoll, dass wir das machen, zumal der Bundesjugendring ja in der Breite seiner Organisation ein Spektrum vertritt, das für unsere Arbeit, meine ich, ganz hilfreich sein kann.

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Vorsitzender Ralf Meister: Gibt es Widerspruch dagegen? Sonst würden wir das so weiter vermitteln. - Herzlichen Dank.

Gibt es andere Punkte unter Verschiedenes? - Dann wünsche ich Ihnen ein fröhliches Pfingstfest. Machen Sie es gut!

(Schluss der Sitzung: 14:00 Uhr)

Die Vorsitzenden der Arbeitsgruppe

Ralf Meister

Hartmut Gaßner